

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Kapitalistischer Internationalismus – Die Europäische Union

In der jüngeren Vergangenheit hat die *ARSTI* sich relativ wenig mit der EU und den damit zusammenhängenden Fragen befasst, dies gilt es nachzuholen. Ein Beitrag in diesem Heft bringt eine Darstellung der Entstehung und eine Analyse der wichtigsten Charakteristika der EU. Der zweite Beitrag diskutiert die von linker Seite vorgeschlagenen Strategien für den Umgang mit der EU und legt zu dieser Frage eigene Eckpunkte vor.

Das Thema EU ist sehr vielschichtig. In den zwei Artikeln können nicht alle damit zusammenhängenden Aspekte ausführlich dargestellt werden. Einige wichtige Punkte werden nur sehr kurz angesprochen. Im Text wird jeweils auf solche Lücken in der Darstellung hingewiesen.

Vorgeschichte, frühe utopische Konzepte und Ideen

Wenn man so will, hat die EU eine lange Vorgeschichte. Erste Vorschläge für ein vereintes Europa gehen bis

auf das 17. Jahrhundert zurück. Verschiedene Autoren haben dazu meist vage Ideen vorgelegt. Das Hauptmotiv dieser Autoren war der Wunsch einen dauerhaften Frieden in Europa zu sichern.

Auch in der Arbeiterbewegung wurde bereits vor dem 1. Weltkrieg über ein vereintes Europa diskutiert. Während des Krieges, auf der Zimmerwalder Konferenz von 1915, lag ein von Trotzki mitverfasstes Ma-

nifest vor, das die Notwendigkeit der „Vereinigten Staaten von Europa“ begründete. (Lenin und Luxemburg äußerten sich übrigens kritisch zu solchen Vorstellungen.)

Nach dem 1. Weltkrieg wurde die Konzepte dann etwas konkreter. Graf von Coudenhove-Kalergi, ein Adliger aus Österreich, veröffentlichte 1924 das „paneuropäische Manifest“

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Kapitalistischer Internationalismus – Die Europäische Union	1
In eigener Sache, Impressum	2
Unser Frühjahrestreffen in München	11
Venezuela: Das Scheitern des bolivariischen Projektes	14
Blauer Planet im Würgegriff	20
Bremen-Wahl:	24
Österreich: Ibiza und die Folgen	28
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland	31

In eigener Sache

Die politischen Ereignisse überschlagen sich in zum Teil unvorhersehbarer Weise. In den vorigen Nummern sind wir auf die gefährliche Zuspitzung der Weltlage eingegangen, wie sie sich uns darstellt, u.a. mit der Aufkündigung des Atomabkommens mit Rußland durch die USA, der militärischen Bedrohung des Iran, mit einem Venezuela unter US-Boycott, Nordkorea ohne Deal und Trumps Verschärfung des Handelskriegs gegen China. Das Schlimme ist, die Brandherde bestehen weiter und die EU-Staaten, auch Deutschland, machen sich immer mehr zu Komplizen dieser imperialistischen Politik.

Gegenwärtig steht nun in Deutschland die Innenpolitik mehr im Rampenlicht mit einschneidenden Veränderungen in der Parteienlandschaft, die man in diesem Ausmaß nicht voraussehen konnte. Da überraschte vor allem der phänomenale Aufschwung der Grünen (wie lange?), der getragen war von den realen Geschehnissen ökologischer Katastrophen. Für die SPD waren die Wahlen eine Fortsetzung des existenzbedrohenden Niedergangs, dessen Ursachen noch nicht ganz erforscht sind. Aber auch die CDU hatte starke Verluste, wobei viele Jugendliche für die Grünen votierten. Mag auch das Ergebnis der Wahl zum EU-Parlament nicht auf Bundestagswahlen eins zu eins übertragbar sein, so hat es doch die Tür noch weiter geöffnet für ein Mehr an unsozialer neoliberaler Politik künftiger Regierungskoalitionen. Wir werden uns noch näher mit die-

sem Umbruch im Parteienspektrum beschäftigen müssen.

Wie dem Bericht über unser Mai-Seminar zu entnehmen ist, war die Europäische Union für uns ein Thema und wir drucken das diesbezügliche Referat in diesem Heft ab. Auch auf die Landtagswahlen in Bremen gehen wir ein, galt doch der Stadtstaat (10 % Arbeitslosigkeit) bei manchem immer noch als „linke Hochburg“ in der BRD. Der befürchtete Aufschwung der AfD hat in der alten BRD nicht im befürchtetem Ausmaß stattgefunden. Doch die Gefahr der Radikalisierung nach rechts bleibt im krisenträchtigen Kapitalismus immer latent. Ist doch ein Nachlassen der Hochkonjunktur rundum angekündigt, was die Zunahme der Armut bei einem Teil der Bevölkerung bedeuten könnte. Die AfD-Erfolge in den ostdeutschen Bundesländern sollten eine Warnung sein. Zudem hat sich gezeigt, dass die Partei Die Linke auch in der ehemaligen DDR nicht mehr viele Proteststimmen auffangen kann.

In unserem Nachbarland Österreich herrschen schier unglaubliche Zustände, welche die dortige politische Verkommenheit auf die Spitze trieben. Der aufgedeckte Skandal hat zwar zum Sturz der Regierungskoalition von FPÖ und Konservativen geführt, aber die eigentlich fällige Aussicht auf eine Besserung der politischen Kultur schwindet immer mehr. Von diesem Tiefpunkt berichtet unser Genosse aus Österreich.

Wir haben auf unserem Seminar auch über die bedrohliche und schwierige Lage in Venezuela disku-

tiert und haben uns die ungünstigen Bedingungen für linke und soziale Politik vor Augen geführt. Dazu drucken wir auch einen Artikel eines Kenners der Situation nach. Wer darüber hinaus interessiert ist, dem können wir einen umfangreichen Artikel darüber unseres Bremer Autors zusenden.

In den bürgerlichen Medien hat es um die November-Revolution 1918 so viel Lügen und Verschweigen gegeben. Wir drucken dazu, als Beitrag zur Richtigstellung, den Artikel aus der Arbeiterpolitik, wie in der letzten Nummer angekündigt, ab.

Gerade richtig zu den Debatten um die EU-Wahlen und zum Wahlerfolg der Grünen erhielten wir eine grundsätzliche Analyse zum Thema Ökologie aus marxistischer Sicht. Darin wird betont, wie wichtig es ist, den drohenden Ökokatastrophen entgegenzutreten. Es sind aber das kapitalistische System und seine Wirtschaftsweise selbst, die einem durchschlagenden Erfolg entgegenstehen.

Nach drei Jahren haben wir endlich unsere Website umgestaltet und aktualisiert. Einige Sachen stehen noch aus, aber zumindest alle Ausgaben der Arbeiterstimme seit Ende 2002 sind dort zum download bereitgestellt, natürlich auch die aktuellen Ausgaben der Zeitung.

Bei Sendungen an unser Postfach bitte den Namen Thomas Gradl durch Arsti ersetzen!

Wir danken unsern Abozahlern und Spendern und bitten unsere Leserinnen und Leser auch weiterhin um Unterstützung.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, c/o Arbeiterstimme
Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



und gründete die *Paneuropa Union*. Diese *Paneuropa Union* gibt es auch heute noch. Sie ist jetzt ziemlich weit rechts verortet, damals, also 1924, wurde sie aber vom eher fortschrittlichen Bürgertum, von Liberalen und auch von einigen Linken unterstützt. Ein Unterstützer war auch Aristide Briand, der mehrmaligen französische Ministerpräsident und Außenminister, der selbst 1930 eine Denkschrift „Über die Errichtung einer Europäischen Union“, wie der übersetzte Titel lautet, veröffentlichte.

In ihrem *Heidelberger Programm* von 1925 schrieb die SPD: „Sie“, also die SPD, „tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“ Dieser Satz, ohne weitere Ausführungen und Erklärungen, findet sich im Abschnitt „Internationale Politik“, neben 6 weiteren Forderungen z.B. zur Abrüstung, gegen koloniale Ausbeutung und Demokratisierung des Völkerbunds.

Zusammenfassend kann man feststellen. Es existierten diverse Ideen über einen Zusammenschluss in Europa. Solche Vorstellungen speisten sich aus mehreren Quellen und fanden in verschiedenen Gesellschaftsschichten und bei verschiedenen politischen Richtungen eine gewisse Anerkennung und Zustimmung. Realpolitik war es aber nicht.

Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg

Das änderte sich nach dem 2. Weltkrieg. Bereits kurz nach Beendigung des Krieges gab es entsprechende Aktivitäten. Am bekanntesten davon ist vielleicht die Rede von Winston Churchill (er war damals nicht Ministerpräsident sondern Oppositionsführer) am 19. September 1946 an der Universität in Zürich, in der er von den „United States of Europe“ sprach, die anzustreben seien. Es wurden mehrere Vereinigungen gegründet die sich diesem Ziel widmeten z.B. die „Union der Europäischen Föderalisten“ 1946, oder die „Europäische Bewegung International“, 1948. Eine weitere, wichtige Organisation war das „American Committee for a United Europe“ (Amerikanisches Komitee für ein vereintes Europa, ACUE). Es wurde 1948 gegründet und war bis in die 60er Jahre aktiv. Bei der Gründung wirkte Coudenhove-Kalergi als Ratgeber mit. Geschäftsführer des ACUE war William J. Donovan, ein ehemaliger Geheimdienstler und sein Stellvertreter kein geringere als der damalige CIA Chef Allen Welsh Dulles (der Bruder des US Außenminister John Foster Dulles). Die ACUE wurde aus US-Haushaltsmitteln finanziert, daneben auch vom amerikanischen Kapital (z.B. Rockefeller Stiftung). Man muss keiner Verschwörungstheorie anhängen, um dieser Organisation einen erheblichen Einfluss als Anreger, Koordinator und besonders als Quelle von finanziellen Mitteln zuzusprechen. Finanziell unterstützt (und beraten) wurde zum Beispiel die „Union Europäischer Föderalisten“ an der auch Robert Schuman und Paul-Henri Spaak führend beteiligt waren. 1948 fand in Den Haag die erste „Eu-

ropean Conference on Federation“ unter dem Vorsitz Winston Churchills statt. An der Konferenz nahmen Parlamentarier aus den 16 Staaten teil, die Empfänger des Marshallplans waren. Von der Konferenz ging die Gründung des Europarat (1949) aus und man arbeitet bereits am Entwurf einer Verfassung für die „Vereinigten Staaten von Europa“.

In der Realität ging es dann doch nicht ganz so schnell mit den Vereinigten Staaten von Europa, aber es kam bald zu konkreten Schritten mit der Gründung der Montanunion und dann der EWG (für Details siehe Kasten).

Damit war die Situation eine völlig andere als die vor dem Krieg. Vor dem Krieg fanden die Befürworter einer europäischen Einigung keinen Zugang zur praktischen Politik. Jetzt wurde dieses Thema ein Teil der Realpolitik. Das bedarf einer Erklärung. Die weltpolitischen Situation hatte sich fundamental geändert. Mit der sich immer deutlicher und im Zeitverlauf immer schneller herausbildende Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion formierten sich neue Bündnisse und Blöcke. Die USA, als neue Führungsmacht, formulierten ihre Ziele für den unter ihren Einfluss stehenden Teil Europas: Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges und Stabilisierung der Verhältnisse im Sinne der westlichen, antikommunistischen Blockbildung. Zur Förderung des Wiederaufbaus diente der Marshallplan. Die Gelder des Marshallplan waren mit der Forderung nach Ausbau einer europäischen Kooperation und der Förderung des freien Handel verbunden. Bald spielte in diesen Plänen die Einbeziehung Deutschlands eine wichtige Rolle. Einbeziehung

Europäische Zusammenarbeit die frühe Phase, die Formierung des westlichen Blocks

- ▶ **3.4.1948: Verabschiedung des Marshallplan im US Kongress**, Laufzeit bis Juni 1952
- ▶ **5. Mai 1949: Gründung des Europarates**
Gründungsmitglieder: Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande,, Schweden und das Vereinigte Königreich,

- ▶ **Beitritte:** 1949 Griechenland, Türkei, 1950 BRD, 1956 Österreich, 1963 Schweiz, 1976 Portugal, 1977 Spanien; inzwischen sind praktisch alle Staaten Europas Mitglieder.
- ▶ **1949 Gründung der NATO**
Gründungsmitglieder: Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande,

- ▶ **Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten.** Beitritte: 1952 Griechenland, Türkei, 1955 BRD, 21982 Spanien
- ▶ **Mai 1950: Präsentation des Schuman-Plans, Vorschlag für eine Montanunion**
- ▶ **24.10.1950 Pleven Plan – Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)**
- ▶ **April 1951: Unterzeichnung des Vertrags zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**



war dabei auch unlösbar mit dem Ziel der Kontrolle durch Einbindung verknüpft.

Von Anfang war die Frage der wirtschaftlichen Kooperation eng mit der militärischen Zusammenarbeit verbunden. Nach dem Scheitern der EVG und der dann folgenden Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen ihrer Aufnahme in die NATO, hat sich die bis heute im wesentlichen erhaltene Arbeitsteilung in EWG, EG, EU als hauptsächlich wirtschaftliche und zivile Veranstaltung und NATO, zuständig fürs militärische, herausgebildet.

Obwohl ständig von den „*Vereinigten Staaten von Europa*“, von *europäischer Zusammenarbeit* und ähnlichem die Rede war, führte die zunehmende Konfrontation im Kalten Krieg in der Realität zu einer Teilung Europas. Dazu gehörte auch die Entscheidung der BRD für die klare „Westorientierung“ und das Nichteingehen auf ein eventuell vereintes, aber neutrales und vielleicht auch nicht eindeutig kapitalistisches Deutschland. Die Einbeziehung der BRD in und die Nutzung ihrer Ressourcen für die westlichen wirtschaftlichen und militärischen Bündnisse ist ein ganz wesentliches Moment der Nachkriegsordnung.

Die Propaganda für die europäischen Zusammenarbeit, für ein vereintes Europa war ein Teil des ideologischen Überbaus und diente zur Verfestigung des westlichen, antikommunistischen Blocks. Dabei wurde bewusst an die utopischen Vorstellungen der Vorkriegszeit angeknüpft und auf ein nicht kompromittiertes Ziel hin orientiert. Das Vereinte Europa war die freundlich und fortschrittlich klingende Vision, der gemeinsame Markt sollte die Basis für die weitere kapitalistische Entwicklung sein.

Praktisch alle führenden Politiker haben relativ schnell diese Linie akzeptiert. Ein Konsens der länderübergreifend und auch parteienübergreifend war (bei den westlich, bürgerlichen, antikommunistischen Parteien). Bei allen Unterschieden, die bei sonstigen Themen bestanden und natürlich auch zu Einzelheiten in der Europa-Frage, bestand Einigkeit über das Ziel einer Öffnung der Märkte und darüber hinaus einer engen staatlichen Zusammenarbeit. Dieser Konsens wurde von der eindeutig dominierenden Führungsmacht USA angeregt, unterstützt und orchestriert. Europa, als eventuell konkurrierender Block zu den USA, stand damals überhaupt nicht zur Debatte und wäre auch völlig unrealistisch gewesen.

Als entscheidend für die weitere Entwicklung der Nachkriegszeit muss man den starken wirtschaftlichen Aufschwung, der spätestens mit den 50er Jahren einsetzte, betrachten.

Die Prosperität des Kapitalismus im Zuge des Nachkriegsbooms ermöglichte eine weite Verbreitung von Massenwohlstand und damit eine Stabilisierung des Nachkriegssystems. Die allmähliche Etablierung eines gemeinsamen Marktes hat sicher die kapitalistische Prosperität unterstützt. Aber die wichtigste Ursache dafür liegt nicht in der europäischen Zusammenarbeit und deren Institutionen. Es gab ja nicht nur das deutsche „*Wirtschaftswunder*“, sondern auch ein österreichisches (war damals nicht in der EWG) und z.B. auch ein spanisches „*Milagro Espanol*“ (spanisches Wunder, damals auch nicht in der EWG) und mehr oder weniger vergleichbare Entwicklungen außerhalb Europas wie z.B. in Japan oder auch in den USA selbst.

Trotz dieses günstigen wirtschaftlichen Umfelds hat sich die Realisierung der europäischen Projekts als schwierig und kompliziert herausgestellt. Die EVG ist gescheitert, weil die Bereitschaft Souveränität aufzugeben, nicht so ausgeprägt war, um gerade beim sensiblen Thema Militärwesen damit zu beginnen. Auch die Entwicklung der EWG erfolgte oft sehr zäh. Als Stichpunkte dazu sollen das Veto De Gaulles gegen die Neuaufnahme von Großbritannien 1961, und seine zeitweise praktizierte Politik des leeren Stuhl bei den europäischen Institutionen (1965 bis 66) genannt werden. Oder man denke an die Mühen mit der gemeinsamen Agrarpolitik (Mitte der 70er Jahre wurden fast 90 % der EWG Mittel dafür aufgewendet, obwohl die reale Bedeutung der Landwirtschaft gemessen als Anteil der dort Tätigen oder am Anteil des BIP ständig im Sinken war).

Aber, die EWG erwies sich als Erfolgsmodell. Sie hat neue Mitglieder aufgenommen, die Integration vertieft und neue Politikfelder in die gemeinschaftliche Zuständigkeit überführt. Alternativorganisationen, wie etwa die EFTA, konnten sich nicht wirklich behaupten. Die Besonderheit der EWG/EG bestand im Gegensatz etwa zur EFTA von Anfang an darin, dass sie eigene supranationale Institutionen aufbaute und diese im Laufe der Zeit stärkte. Damit verbunden war jeweils eine Souveränitätsübertragung von den Mitgliedsstaaten auf die Gemeinschaft. Dies ist bemer-

(EGKS, Montanunion), durch Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, BRD und Italien

- ▶ **27.5.1952 Unterzeichnung des EVG Vertrags**, geplant war eine gemeinsame Armee der beteiligten Staaten (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, BRD), alle militärischen Kräfte der BRD sollten in der gemeinsamen Armee integriert sein, die anderen Staaten können auch nicht-integrierte nationale Kontingente unterhalten.
- ▶ **Juli 1952: Inkrafttreten des Vertrags zur Montanunion**
- ▶ **30.8.1954 Ablehnung der Ratifikation des EVG Vertrags durch das**

französisches Parlament, Scheitern der EVG

- ▶ **23.10.1954 Pariser Verträge**, zwischen Frankreich, Großbritannien, USA und BRD, Teilsouveränität für die BRD, Beschluss zur Wiederbewaffnung der BRD und Aufnahme in die NATO
- ▶ **9.5.1955 bundesdeutsche Ratifizierung der Pariser Verträge, Vollzug des NATO Beitritts der BRD**
- ▶ **25. März 1957: Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)**



kenswert, weil über die langfristige Zielsetzung des Einigungsprozess (die sogenannte Finalitätsfrage, z.B. Bundesstaat oder Staatenbund) nie eine verbindliche Übereinkunft getroffen wurde, ja nicht einmal ein informeller Grundkonsens aller Beteiligten hergestellt werden konnte.

Das europäische Projekt wurde unter Anleitung und (sanften) Druck der USA gestartet, zuerst um die europäischen Verbündeten zu stabilisieren. Durch den Nachkriegsboom dehnte sich das Wirtschaftsvolumen insgesamt aus, so dass für fast alle der Kuchen größer wurde. Deshalb führte der sich herausbildende gemeinsame Wirtschaftsraum zuerst einmal nicht zu einer starken Verschärfung der Konkurrenz. Das ursprüngliche Ziel Wiederaufbau wurde abgelöst durch neue Ziele, die deutlich über das Niveau der Vorkriegszeit hinausgingen. Im Laufe der Entwicklung konnten sich die europäischen Kapitale entfalten. Die Abhängigkeit von den USA wurde ökonomisch und politisch allmählich reduziert. Selbstverständlich gab es auch außerhalb Europas erhebliche politische und wirtschaftliche Veränderungen, die hier nicht alle dargestellt werden

können. Beispielhaft soll nur der Zusammenbruch des Währungssystem von Bretton Woods genannt werden.

Die EU nach 1989

Die Auflösung des „Ostblock“ und der Sowjetunion ab November 1989 bedeutete für die EG einen erheblichen Einschnitt. Es stellten sich neue Fragen, für die eine Antwort gefunden werden musste. Ähnlich wie der beginnende Kalte Krieg das Projekt „Europäische Einigung“ stark beeinflusst hat, hat auch das Ende des Kalten Krieges erheblichen Wirkung entfaltet. Das politische Umfeld der EG/EU hat sich wesentlich geändert. Zur Debatte stand, eventuell, eine „Neuerfindung“ der EU.

In diesen Zusammenhang wurden folgende grundsätzliche Entscheidungen getroffen:

Die EG bleibt in ihrer Grundstruktur erhalten, unternimmt aber weitere Schritte in Richtung einer Vertiefung der Zusammenarbeit. Der bedeutendste Schritt ist dabei die Einführung einer gemeinsamen Währung. Nach Außen wird diese Entwicklung in der Umbenennung von EG zu EU zum Ausdruck gebracht.

In diese EU werden viele neue Mitglieder aufgenommen.

Weitgehend, wenn auch nicht vollständig, parallel dazu erfolgt die Aufnahme der gleichen Länder in die NATO.

Die „Neuerfindung“ lief also auf ein einen weiter so, aber mit vertiefter Zusammenarbeit, hinaus. Alle beitretenden Länder mussten die bestehende EU mit ihren Strukturen akzeptieren. Eine Anpassung an die vielen neuen Mitglieder fand praktisch nur in Bezug auf den Ausbau von Mehrheitsentscheidungen statt.

Die Absicht zur Vertiefung führte konkret zum *Vertrag von Maastricht* (1992) in dem die Ausdehnung der Gemeinschaftszuständigkeit auf Umweltpolitik, Einwanderung und Asylrecht, Gesundheit und Drogenbekämpfung festgelegt wurde und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gestartet wurde. Mit Maastricht eng verknüpft ist das Vorantreiben der Einführung des Euro (zum 1. 1. 1999 als Buchgeld, 2002 auch als Bargeld). Diese Schritte wurden vor allem von Kohl und Mitterrand vorangetrieben. Dem Vernehmen nach, war diese Vertiefung und die Einführung einer gemeinsamen Währung mehr oder weniger die Bedingung von Mitterrand für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung. Es ging also auch hier wieder, wie bereits ganz zu Beginn, um eine Einhegung von Deutschland im europäischen Verbund.

Dann war noch geplant die Europäischen Union durch eine Europäische Verfassung zu krönen. Dazu wurde ein Vorschlag vom europäischen Konvent erarbeitet, dieser wurde 2004 von allen Mitgliedern

Chronik der Beitritte

- ▶ **März 1957:** Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM); Gründungsmitglieder: Frankreich, Belgien, BRD, Italien, Luxemburg, Niederlande
- ▶ **1961** erstes Aufnahmegesuch von Großbritannien und Dänemark, Veto De Gaulles
- ▶ **1967** zweites Beitritts-gesuch – Widerstand De Gaulles, Nach Rücktritt De Gaulles (1969) Initiative der EG zur Erweiterung und daraufhin
- ▶ **Januar 1973:** EG-Betritt von Großbritannien, Irland und Dänemark, Norwegen tritt wegen eines negativen Referendums nicht wie geplant

bei, Grönland als autonomer Teil Dänemarks tritt 1985 wieder aus

- ▶ **Januar 1981:** Beitritt Griechenlands
- ▶ **Januar 1986:** Beitritt Spaniens und Portugals
- ▶ **3. Oktober 1990:** Deutsche Vereinigung und damit Beitritt der neuen Bundesländer und Ost-Berlins zur EG
- ▶ **1. Januar 1995:** Beitritt von Schweden, Finnland und Österreich (in Norwegen 1994 wieder ein ablehnendes Ergebnis im Referendum)
- ▶ **Januar 2004:** große EU-Osterweiterung, Beitritt von Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Lettland, Litauen, Estland, Malta und Zypern
- ▶ **Januar 2007:** Beitritt von Rumänien und Bulgarien
- ▶ **Juli 2013:** Beitritt von Kroatien

- ▶ **Juni 2016:** Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union in Großbritannien mit dem Ergebnis pro Austritt (51,89 %, Beteiligung 72,2%)

- ▶ ? Austritt Großbritanniens aus EU
- ▶ Offizielle Beitrittskandidaten sind zur Zeit:

Türkei, seit 1999 Kandidat, seit 2005 Verhandlungen, deren Abschluss allerdings fraglich ist

Montenegro (seit 2010)

Serbien (2012)

Albanien (2014)

Nordmazedonien (seit 2005, Verhandlungen waren wegen des Namensstreit mit Griechenland blockiert, nach der Umbenennung in Nordmazedonien sind Verhandlungen noch nicht wieder aufgenommen)



unterzeichnet und sollte 2006 in Kraft treten. Aber in Frankreich und den Niederlanden wurde die Ratifizierung 2005 durch Volksabstimmungen abgelehnt. Als Ausweg aus dieser Sackgasse wurde stattdessen 2007 der *Vertrag von Lissabon* abgeschlossen. (Formaljuristisch ändert dieser die bestehenden Verträge, aber ersetzt sie nicht wie die Verfassung das getan hätte. Durch diese formalistische Argumentation konnten weitere Volksabstimmungen umgangen werden. Inhaltlich bleiben die Vorschläge der Verfassung aber weitgehend erhalten.) Dieser Vertrag ist das heute maßgebende Dokument für die EU.

Die EU heute, Charakteristika und Probleme

Durch die Erweiterungen hat sich die Heterogenität in der EU stark vergrößert. Das betrifft sowohl die materielle Basis, also die ökonomische Situation der einzelnen Mitglieder, als auch die politischen Verhältnisse und Traditionen. Die Interessen sind vielseitiger geworden, auch die Art wie sie sich organisieren und in der politischen Sphäre zum Ausdruck gebracht werden.

Es gibt heute mindesten drei „Gruppen“, der „Nordwesten“ (hier konzentrieren sich die EU-weit und

international konkurrenzfähigen Kapitale, man legt Wert auf geringe Staatsdefizite), der „Süden“ (schwächere Wirtschaftskraft, weniger konkurrenzfähig, Neigung zu größeren Staatsdefiziten) und der „Osten“ mit ganz eigenen Interessen und Politikstilen. Eine Besonderheit der osteuropäischen Länder liegt darin, dass sie nach Ende des Realsozialismus keine etablierte Kapitalistenklasse aufweisen konnten. In der Folge wurden sehr viele Bereiche (Industrie, Banken, Handel) von ausländischen Kapital übernommen. Damit ist eine große Zone mit abhängigen Kapitalismus in der EU entstanden. Zusätzlich gibt es innerhalb dieser Länder starke Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsstand, etwa zwischen Tschechien einerseits und Rumänien/Bulgarien andererseits. (Auf eine ausführlichere Untersuchung der östlichen Mitglieder und ihrer Bedeutung für die EU muss hier verzichtet werden, genauso wie auf die Darstellung des Verhältnis der EU zur Ukraine und zu Russland.)

Scheitern der gemeinsamen Asylpolitik

Die Blockade der EU in der Migrations- und Flüchtlingspolitik ist ein Beispiel für die spezielle Positionierung der osteuropäischen Länder. Durch ihre strikte Weigerung Migranten aufzunehmen, wird die angeblich gemeinschaftliche Asylpolitik untergraben. Der Anspruch der EU als Problemlöser aufzutreten, wird als Unfähigkeit bloßgestellt

Die Folgen der Euro Einführung

Die Einführung des Euro verlief technisch reibungslos und die neue Währung konnte sich einen respektablen Platz unter den kapitalistischen Währungen erobern und behaupten. Der Euro hat das Währungsrisiko unter den beteiligten Ländern ausgeschaltet und gewiss auch die Schwankungen zu den anderen Währungen, insbesondere den Dollar, wegen seines viel größeren Gewichts limitiert. Aus dieser Sicht kann man den Euro durchaus als Erfolg werten. Allerdings gibt es auch eine Problemseite. Die Einführung des Euro war als eine Vertiefung der Integration gedacht (oder wurde zumindest so angekündigt). Aber die Einheitswährung löste keine (quasi automatische) Angleichung der Verhältnisse über den Markt aus. In der Realität wurde durch die gemeinsame Währung die unterschiedliche ökonomische Stärke der Länder weiter verstärkt anstatt abgebaut. Ein deutliches Zeichen dafür sind die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, großen Exportüberschüssen, besonders von Deutschland, stehen logischerweise Leistungsbilanzdefizite bei anderen Ländern gegenüber. Eine gemeinsame Währung für einen disparaten Wirtschaftsraum ist aber ein Problem. Sie lässt nur eine gemeinsame Geld- und Zinspolitik zu, obwohl für einzelne Mitglieder der Währungsunion eine Differenzierung sinnvoll und notwendig wäre. Von dem vollzogenen Schritt, der Einführung des Euro, geht deshalb ein gewisser Druck aus, weitere Vereinheitlichungen des be-

Vertiefung der Zusammenarbeit, Entwicklung der Verträge

Die EU ist staatsrechtlich ein ziemlich kompliziertes Gebilde. Die Zuständigkeit (Kompetenz) für einzelne Aufgaben wird der EU per Vertrag von den Mitgliedsstaaten übertragen. Dies ist in der Geschichte der EU mehrmals geschehen. Die einschlägigen Bestimmungen wurden zuletzt im Vertrag von Lissabon zusammengefasst. Das Kernstück des Lissabonner Vertrags ist der „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“

(AEUV). Hier wird festgelegt wie die Institutionen der EU funktionieren, welche Kompetenzen sie haben, ihre Zusammensetzung, ihre Wahl und Abwahl, bei welchen Entscheidungen das EU-Parlament zustimmen muss etc. Nur dort wo die Zuständigkeit ausdrücklich auf die EU übertragen worden ist, kann diese gesetzgeberisch durch Verordnungen und Richtlinien tätig werden. In ausschließlicher EU Zuständigkeit sind z.B. Handelsver-

träge. Praktisch keine Kompetenzen hat die EU beim Steuerrecht.

Im EU-Recht gibt es aber auch Bereiche für gemeinsames Handeln ohne Souveränitätsübertragung. Eine Beispiel dafür ist die „Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik“ GASP. Diese findet sozusagen außerhalb bzw. neben der EU-Kommission statt. Deshalb gibt es auch keinen EU-Kommissar für Außenpolitik, sondern eine „hohe Vertreterin für Außen und Sicherheitspolitik“. Das EU-Parlament hat hier keine Zustimmungsrechte. Entscheidungen im EU-Rat zur Außenpolitik müssen grundsätzlich einstimmig getroffen werden.



troffenen Wirtschaftsraum folgen zu lassen. Finanztechnisch ist das durch die sogenannte „Europäische Bankenunion“ von 2014, die die EZB als zentrale Bankenaufsicht einsetzt und einen einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus festlegt, teilweise schon geschehen. Erforderlich wäre aber neben der rechtlich, formalen Seite auch eine größere materielle Gleichheit, das heißt entweder eine reale Angleichung der Ökonomien der Euro-Länder und/oder ein finanzieller Transfer von den starken in die schwachen Länder, gewissermaßen analog zum Finanzausgleich zwischen den deutschen Bundesländern. Es gibt Anzeichen dafür, dass auch einflussreiche Regierungen in der EU diese Problematik erkannt haben und zu einem gewissen Gegensteuern bereit sind (z.B. kann man die Vorschläge von Macron so sehen, eine genauere Analyse dieser Vorschläge kann hier leider nicht erfolgen). Allerdings ist unklar, was davon umgesetzt wird und es gibt starke Widerstände gegen eine solche Politik. Die Alternative zu einer Angleichung ist ein bewusstes Hinnehmen der Unterschiede zwischen armen und reichen Regionen und deren weiteres Anwachsen. Auf Dauer wäre das ökonomischer und politischer Sprengstoff und Basis für neue Krisen. Klar ist, dass sich der Euro nur technisch,

Neben dem Lissabonner Vertrag, dem alle Mitglieder zugestimmt haben und der für alle verbindlich ist, gibt es noch weitere völkerrechtliche Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten mit Regelungen für bestimmte Politikbereiche, wie etwa den Fiskalpakt. Diesen zusätzlichen Verträgen sind nicht alle Mitglieder beigetreten, sie sind deshalb auch nicht für die gesamte EU gültig. Der Weg mit zusätzlichen Verträgen wurde beschritten, weil starke Interessen bestanden die Regelungen durchzusetzen, aber keine Zustimmung aller Mitglieder erreicht werden konnte.

durch sein Vorhandensein und der Schwierigkeit und der Risiken einer Rückabwicklung als Klammer für die Zusammenhalt der EU erwiesen hat. Ökonomisch und sozial ist er bis jetzt ein Spaltpilz.

Die Stellung Deutschlands: Führungsmacht, Hegemon oder?

Es wurde schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die Einhegung Deutschlands ein wesentliches Motiv bei der Schaffung der gemeinschaftlichen Strukturen war. Sogar bei der Einführung des Euro soll dies noch eine Rolle gespielt haben. Letztlich ist aber Deutschland die stärkste Kraft in der EU geworden. Gegen einen deutschen Widerspruch geht praktisch nichts. Allerdings ist die Vormachtstellung nicht so stark, dass Deutschland die EU allein dominieren könnte. Es braucht dazu Verbündete. Diese Aussage bezieht sich nicht nur auf die formale Seite, also auf Abstimmungen im EU-Rat, bei denen jeweils eine Mehrheit organisiert werden muss. Deutschland kann nur dann als Führungsmacht auftreten, wenn es auch die allgemeinen Interessen aufgreift und vertritt. Hegemonie bedeutet, normalerweise, nicht extrem einseitiges Agieren, sondern das Finden einer Balance. Im Allgemeinen war sich die deutsche Politik dessen bewusst und pflegte einen vorsichtigen Politikstil. In jüngerer Zeit gibt es aber Anzeichen, dass versucht wird die eigenen Interessen härter durchzusetzen. Insbesondere wenn es, aus deutscher Sicht, um Kerninteressen

geht, wie etwa bei der Verteidigung der starken Exportposition (innerhalb und außerhalb der EU), die Durchsetzung von ausgeglichenen Staatshaushalten bzw. strikte Austeritätspolitik bei Krisen und die Ablehnung von weiteren Transfers innerhalb der EU.

Demokratiedefizit

Die Kompetenzen des EU Parlament wurden mehrmals erweitert. Aber sie haben immer noch nicht das erreicht, was bei Parlamenten in demokratischen Staaten üblich ist.

Das beginnt das mit dem Wahlmodus, zur Zeit zählt nicht jede Stimme gleich. Die kleinen Länder sind überproportional vertreten. Die Zahl der Sitze ist letztlich ausgehandelt. Es gibt keine Formel die die Zahl der Sitze z.B. nach Bevölkerungsgröße errechnet.

Und dem Parlament fehlen wichtige Rechte, insbesondere das Budgetrecht und das Recht die Exekutive, also die EU-Kommission, wirklich zu bestimmen.

Durch die Art der Entscheidungsfindung in der EU wird die politische Substanz der zu entscheidenden Fragen eher verschleiert als offengelegt. Generell ist der Rat, das heißt die Staats- und Regierungschefs oder die Fachminister, das bestimmenden Gremium. Die eigentliche Arbeit bei der Vorbereitung von Verordnungen (= Gesetzen) findet in etwa 150 Arbeitsgruppen statt. In diesen Arbeitsgruppen beraten Beamte aus den Fachministerien der Mitgliedsländer über die Vorschläge der Europäi-

► 18. April 1951: Unterzeichnung des Vertrags zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion), durch Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, BRD und Italien

► 24. Juli 1952: Inkrafttreten des Vertrags zur Montanunion

► März 1957: Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) **1. 1. 1958 Inkrafttreten**

Die wichtigsten Ziele:

• Aufheben der Import-Export Kontingente, Abbau der Zölle – 1968

wurde Zollunion erreicht

- Freien Austausch für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital
- gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten, gemeinsame Landwirtschafts- und Verkehrspolitik
- Schaffung europäischer Institutionen
- „beständige Wirtschaftsausweitung“, „ausgewogener Handelsverkehr“, „redlicher Wettbewerb“
- Angleichung innerstaatlicher Rechtsvorschriften

► 1965 Politik des leeren Stuhles durch De Gaulle. Beendet durch den Kompromiss von Luxemburg



schon Kommission, die allein das formale Recht der Gesetzesinitiative hat.

Zuerst muss sich jede Regierung der Mitgliedstaaten intern auf eine Position einigen, was je nach Konstellation und gegebener Koalition schon sehr schwierig sein kann. Dann wird diese Position mit den anderen Regierungen verhandelt, mit entsprechenden Zugeständnissen und Gegengeschäften, die natürlich auch Thema übergreifend sein können. Die Arbeitsgruppen und auch der Rat der Minister bzw. Regierungschefs, die dann letztlich die Beschlüsse fassen, tagen grundsätzlich geheim. Es gibt keine öffentlich einsehbaren Protokolle oder ähnliches. Offiziell veröffentlicht werden nur die Beschlüsse, nicht aber die Argumentation, die Taktik der Verhandlung, begleitende Absprachen etc. Dieses etwas undurchsichtige Verfahren bietet den zahlreich vorhandenen Lobbygruppen günstige Möglichkeiten auf den Gang der Dinge einzuwirken. Der, oft mühsam, im Rat gefundene Kompromiss muss zwar, in vielen aber nicht allen Fällen, noch vom EU Parlament behandelt und gebilligt werden. Meistens ist das Parlament aber nicht in der Lage das im Rat verhandelte Paket noch einmal aufzuschnüren. In der Öffentlichkeit werden Entscheidungen oft nach dem Muster wahrgenommen: Deutschland (oder Frank-

reich oder die Südländer etc.) hat/haben sich durchgesetzt oder nachgegeben. Die Entscheidungsfindung wird also (mit einem gewissen Recht) als Konkurrenz zwischen Staaten und nicht als Konkurrenz von politischen Richtungen wahrgenommen.

Die Art wie in der EU Entscheidungen getroffen werden ist für viele nicht mehr durchschaubar. Dementsprechend entsteht der Eindruck von übermächtiger Bürokratie und von Einmischung von Anderen/Fremden in die eigenen Angelegenheiten und von einer diffusen Abhängigkeit von „Brüssel“. Richtig ist auch, dass Politiker verschiedener Couleur (oft die deklarierten EU-Freunde) sich aus durchsichtigen opportunistischen Gründen hinter der EU verstecken. Regelungen, an denen ihre Partei und ihre Regierung aktiv mitgewirkt hat, werden als Vorgabe von „Brüssel“ dargestellt. Es wird verschwiegen, wer diese Regelung betrieben hat und warum er dies gemacht hat.

Festschreibung Neoliberaler Hegemonie

Seit dem Vertrag von Maastricht und spätestens seit dem Lissabonner Vertrag, der ja sozusagen die Verfassung der EU darstellt, ist ein klares neoliberales Wirtschaftsmodell die Handlungsgrundlage der EU.

Die Basis bilden die vier, bereits in den Römischen Verträgen als Ziele deklarierten vier Grundfreiheiten. Das sind die

- Kapitalverkehrsfreiheit
- Warenverkehrsfreiheit

- Dienstleistungsfreiheit
- Personenverkehrsfreiheit.

Relevant ist dabei besonders, wie diese Freiheiten inzwischen vom Europäischen Gerichtshof interpretiert werden, nämlich nicht mehr als Ziele, sondern als Grundrechte, die von einzelnen einklagbar sind.

Weitere neoliberale Festschreibungen im EU Recht sind

- das Beihilfeverbot (sprich das Verbot von Subventionen, der Rat kann aber Ausnahmen genehmigen)
- Strikte Vorgaben für öffentliche Ausschreibungen
- die Vorgabe, dass bei der Eisenbahn, der Post, den Telekommunikations- und Energienetzen Wettbewerb vorhanden sein muss (und damit ein einziger öffentlicher Anbieter ausgeschlossen ist).

Zentral ist der Vertrag von Maastricht (1992) und der sogenannten Stabilitätspakt (1997), die die Grundlage für die Einführung der Euro bilden. Hier sind die Verschuldungsgrenzen 3% und 60% definiert. Die Unabhängigkeit der EZB (von den Regierungen aber auch von jeder demokratischen Kontrolle) und die Verpflichtung der EZB allein auf das Ziel der Preisstabilität, und nicht auch auf Vollbeschäftigung, das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank.

Wesentlich bei den oben genannten Festlegungen ist ihre Verankerung im EU Primärrecht. Das heißt sie sind Bestandteil des Lissabonner Vertrags. Und dieser kann nur einstimmig geändert werden und die Änderung muss dann von allen Mit-

1966. Es ging um Abstimmungsregeln im Ministerrat. Durch bereits in den Römischen Verträgen vereinbarte Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen, hätten die großen Länder (Frankreich, BRD, Italien) ihr faktisches Vetorecht verloren. Im Kompromiss von Luxemburg erklärten die Mitglieder informell und nicht rechtsverbindlich auf Mehrheitsentscheidungen verzichten zu wollen, wenn ein Land den verhandelten Gegenstand für wesentlich erklärt.

- ▶ 1967 Zusammenlegung der Exekutivorgane der europäischen Institutionen EGKS, EWG und EU-

RATOM zu den Europäischen Gemeinschaften EG (Fusionsvertrag)

- ▶ 1979 Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS), beschränkte die Schwankungen der teilnehmenden Währungen innerhalb einer Bandbreite (normalerweise +/- 2,25%)
- ▶ 1984 Thatcher erreicht „Britten Rabatt“
- ▶ 1985 Schengen, Beginn der schrittweisen Abschaffung der Grenzkontrollen, mehrmals modifiziertes Abkommen genannt Schengen I bis Schengen III, ohne Großbritannien und Irland aber mit Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island

- ▶ 1987 Einheitliche Europäische Akte (EEA), EU-Parlament wird direkt gewählt, Stärkung des Mehrheitsprinzips im Rat, die Realisierung des Europäischen Binnenmarkt soll bis 1992 abgeschlossen sein

- ▶ Februar 1992: Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht (offiziell „Vertrag über die europäische Union“) Zusammenführung von EG, EURATOM und EGKS zur Europäischen Union (EU)

- Ausdehnung der Gemeinschaftszuständigkeit auf Umweltpolitik, Einwanderung und Asylrecht, Gesundheit und Drogenbekämpfung



gliedsländern ratifiziert werden. Somit würde bereits ein Land genügen, um eine Änderung zu blockieren.

Eine Weiterentwicklung stellt der sogenannte *Fiskalpakt* von 2012 dar. Dieser Pakt ist nicht im europäischen Primärrecht verankert, sondern als zusätzlicher Völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Regierungen abgeschlossen (ohne GB, Tschechien und Kroatien). Die Überführung in das EU Vertragsrecht war/ist für später geplant, die im Pakt genannte Frist von fünf Jahren ist aber bereits überschritten.

Der Fiskalpakt bezieht sich auf die Bestimmungen des Stabilitätspakt und des Maastrichter Vertrags, konkretisiert und verschärft sie.

Im einzelnen verpflichten sich die Länder:

- Auf einen ausgeglichenen Haushalt (dabei gilt ein Defizit von 0,5% des BIP als ausgeglichen) und einen Abbau der Staatsverschuldung auf unter 60% des BIP.
- Auf die Aufnahme von Regeln, die im Prinzip der deutschen Schuldenbremse entsprechen, in ihre Verfassung oder eine Kodifizierung auf vergleichbaren Niveau.

Allerdings sieht der Fiskalpakt mehrere Ausnahmemöglichkeiten vor, die durch Sondersituationen oder konkreten Bedingungen eines Landes bedingt sein können.

- Start der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), als intergouvernementaler Bereich mit Sonderstellung
- Eine Volksabstimmung zur Ratifizierung in Dänemark lehnt den Vertrag ab. Nach Einfügung von Spezialklauseln zur Nicht-Teilnahme am Euro findet eine zweite Abstimmung Zustimmung
- ▶ November 1993: Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht und Gründung der EU
- ▶ 1997 Vertrag von Amsterdam (1999 Inkrafttreten), Ausbau und Regelung von Mehrheitsentscheidungen, mehr Rechte für das europäische

Die EU Kommission hat die Aufgabe den Fiskalpakt zu überwachen. Die Länder müssen regelmäßig über ihre Bemühungen die Regeln einzuhalten berichten. Die jüngsten Diskussionen zwischen der EU-Kommission und der italienischen Regierung über den italienischen Haushalt beruhen auf diesen Fiskalpakt.

Seinen bisher deutlichsten Ausdruck hat die Neoliberalisierung bisher in der Behandlung der Krisen um Griechenland gefunden.

Europa als Friedensgarant?



Richtig ist, dass es nach 1945 in Europa weitgehend friedlich geblieben ist. Ein Krieg etwa zwischen Frankreich und Deutschland ist heute geradezu unvorstellbar geworden. Richtig ist aber auch, dass das nur innerhalb der EU und im Bezug zu anderen europäischen „Kernländern“ gilt. Die Auflösungs-

- Parlament, Zusammenarbeit in polizeilichen und justiziellen Fragen. Darin enthalten auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt (kurz Euro-Stabilitätspakt), Definition der Obergrenzen der Verschuldung von 3% bzw. 60%, Regelung von möglichen Sanktionen
- ▶ 1997 Inkrafttreten des Dubliner Übereinkommen, Regelung zur Durchführung von Asylverfahren
- ▶ Januar 1999: Einführung des Euros als Buchgeld
- ▶ Januar 2002: Einführung des Euros als Bargeld in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Nieder-

kriege um Jugoslawien haben gezeigt, auch in Europa sind Kriege noch möglich und die EU bzw. ihre führenden Mitglieder waren dabei keineswegs nur Friedensstifter. Bei nüchterner Betrachtung muss man auch zum Ergebnis kommen, dass der entscheidende Faktor für die friedliche Entwicklung zwischen den europäischen Ländern nicht in erster Linie die EU ist, sondern der Zusammenhalt der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion unter der Hegemonie der USA. Verändert sich diese Konstellation, gerät auch der Friede in Europa in Gefahr. Auch das haben die Kriege in Jugoslawien gezeigt.

Vergessen darf man auch nicht, dass EWG/EU Mitglieder von Anfang an an diversen Kriegen beteiligt waren, etwa Frankreich in Indochina, Algerien, bei der Suez-Krise und bei vielen weiteren Einsätze in Afrika, Großbritannien bei der Suez Krise, im Falkland- und Irakkrieg, auch Deutschland ist mit etlichen Auslandseinsätzen vertreten.

Die Vorstellung von der „Friedensmacht EU“ wird durch einige Äußerlichkeiten (scheinbar) unterstützt, z.B. durch die Arbeitsteilung zwischen EU und NATO. Für militärisches ist eben die NATO zuständig und nicht die EU. Die Schwierigkeit der 28 Mitglieder gelegentlich eine gemeinsame Linie zu finden, führt dann dazu, dass sich die EU als ganzes nur zurückhaltend positionieren kann. Man kann das als vorsichtige Politik missverstehen. Viele Kommentatoren bejammern es wortreich als Schwäche und mangelnde Handlungsfähigkeit Eu-

- lande, Österreich, Portugal, Spanien, 2007 Slowenien, 2008 Malta, Zypern, 2009 Slowakei, 2011 Estland, 2014 Lettland, 2015 Litauen
- ▶ 2001 Vertrag von Nizza, 2003 Inkrafttreten, Neuregelung von Mehrheitsentscheidungen im europäischen Rat, Zustimmung in Irland erst in der zweiten Volksabstimmung, geplanter Verfassungsvertrag Konvent erarbeitet den Vertrag bis 2003, Unterzeichnung am 29. 10. 2004, geplantes Inkrafttreten 2006, Ablehnung durch Volksabstimmungen in Frankreich (55% Nein Stimmen bei 69% Beteiligung) und den Niederlanden (61% Nein-Stimmen



ropas. Real bedeutet das aber nur, die EU kann (noch?) nicht effizient genug als imperialistischer Akteur auftreten.

Militarisierung

Neuere Entwicklungen strafen das Gerede vom Friedensprojekt EU sowieso Lügen, besonders das Projekt PESCO (*Permanent Structured Cooperation*). Hier geht es um die Zusammenarbeit auf militärischen Gebiet. 2017 wurde diese Kooperation gestartet 25 Länder beteiligen sich daran (ohne GB (Brexit), Dänemark und Malta).

Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich ihre „Verteidigungsausgaben stetig weiterzuentwickeln“ (es wird aber nicht festgelegt was das genau bedeutet z.B. im Sinne von Prozentsätzen oder Zeiträumen) und zur Teilnahme an europäischen Ausrüstungsprogrammen, wobei die Teilnahme an den einzelnen Rüstungsprojekten separat entschieden wird. PESCO bringt zwar eine gewisse Ausformung des Gemeinschaftsrechts bei militärischen Fragen, die Souveränität der Länder ist aber ausdrücklich nicht aufgehoben.

Es gibt starke Kräfte in der EU, die PESCO nur als Anfang betrachten und darauf hinwirken, die militärische Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Ausblick

30 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion sind weitere einschneidende Veränderungen der weltpolitischen Situation erkennbar. Das soll hier nur stichpunktartig festgehalten werden.

Der Aufstieg Chinas – insgesamt eine Verschiebung des ökonomischen Schwerpunkts nach Asien, darin eingeschlossen ist ein relativer Bedeutungsverlust Europas.

Das Verhältnis USA - Europa steht ernsthaft zur Debatte. (Und das vermutlich auch ohne den speziellen Politikstil von Trump.) Bisher war es immer noch ein Verhältnis von Hegemon zu abhängigen Verbündeten.

Auch bezüglich der näheren und weiteren Umgebung von Europa (Russland, Türkei, Naher Osten, Afrika) gibt es mehr Fragezeichen als Gewissheiten.

Die Einschätzung der EU fällt in dieser Hinsicht zwiespältig aus. Einerseits ist die EU als großer Verbund wesentlich besser gerüstet mit anderen Mächten harte Verhandlungen und Kämpfe auszufechten als es die vielen europäischen Nationalstaaten einzeln wären. Andererseits stellt sich die Frage, ob die Vereinheitlichung der EU wirklich schon so weit fortgeschritten ist, um in allen diesen, zum Teil sehr fundamentalen Fragen eine gemeinsame Position vertreten zu können. Eventuell sind die materiellen Unterschiede einfach zu groß, so dass einzelne Länder bessere Wege ohne EU für sich erkennen, oder glauben erkennen zu können.

Es ist offensichtlich, dass eine gemeinsame Linie schon jetzt sehr schwierig zu erreichen ist. Die weitere Abgabe von Souveränität in zentralen Themen wie Außenpolitik und Militärwesen an eine Zentralinstanz, wäre für viele Staaten und ihren herrschenden Klassen mit Risiken und Einflussverlust verbunden. Es ist aber denkbar, dass ein Schub für mehr Zentralität dann erfolgt, wenn die Umstände (Konkurrenz zu USA und/oder China) eine stärkeren Zusammenschluss der europäischen Kräfte nahelegen oder erzwingen.

Nicht unwahrscheinlich ist ein weiteres Auffächern in eine EU der verschiedenen Geschwindigkeiten und der verschiedenen Integrationsstufen, die es in der Praxis schon seit einiger Zeit gibt.

Trotz jahrzehntelangen Aufbau eines gemeinsamen Marktes und gemeinsamer Institutionen ist die Entwicklung noch nicht unumkehrbar. Der Ausgang ist offen. Alle denkbaren Pfade (von weiterer Integration hin zu einem Bundesstaat bis zu einem Auseinanderbrechen) sind möglich. Potentielle, auch die Substanz erschütternde Krisen, sind am (durchaus nahen) Horizont erkennbar, wie etwa eine große kapitalistische Überproduktion/Schuldenkrise oder die Klimaänderung mit ihren direkten und indirekten Folgen. Aber hier und heute lässt sich der reale Verlauf mit seinen politischen Implikationen nicht prognostizieren.

Juni 2019

bei 63% Beteiligung)

- ▶ 2007 Vertrag von Lissabon (2009 Inkrafttreten), die Regelungen der geplanten Verfassung werden im wesentlichen übernommen, Volksabstimmungen nicht notwendig, da nur Vertragsänderung und keine Vertragsersetzung.
- ▶ 2011 Sixpack, 6 EU-Verordnungen und Richtlinien, die gleichzeitig beschlossen wurden, die bisherigen Regelungen des Maastrichter Vertrags und des Stabilitätspakt werden im neoliberalen Geist konkretisiert und verschärft plus (eher technische) Vorgaben für Datenerhebung und Berichtspflicht.

- ▶ 2011 Euro-Plus-Pakt, Maßnahmenpaket zur „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ der teilnehmenden Länder, nicht rechtsverbindlich (ohne GB, Schweden, Tschechien und Ungarn)
- ▶ 2011 Europäisches Semester, Verfahren zur Überprüfung der nationalen Haushaltsentwürfe.
- ▶ 2012 Fiskalpakt (zusätzlicher Völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Regierungen, ohne Großbritannien, Tschechien und Kroatien), unterschiedliche Bestimmungen für Euro-Länder und nicht Euro-Länder, Verpflichtung zu ausgeglichenen Haushalt (Defizit von 0,5% des BIP

gilt als ausgeglichen), Abbau der Staatsschulden unter 60%, nationale Verankerung einer Schuldenbremse.

- ▶ 2014 Europäische Bankenunion, EZB wird zentrale Bankenaufsicht, einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus
- ▶ 2017 PESCO, (Permanent Structured Cooperation), „Permanente Strukturierte Zusammenarbeit“ auf militärischen Gebiet, ohne Großbritannien, Dänemark und Malta, Verpflichtung die Verteidigungsausgaben regelmäßig zu erhöhen, Zusammenarbeit bei Rüstungsprojekten, keine Übertragung der Souveränität in militärischen Fragen auf die EU

Unser Frühjahrstreffen in München



Am 18. und 19. Mai fand unsere Frühjahrstagung, die wir schon seit vielen Jahren Jahren gemeinsam mit der Gruppe International Dorfen veranstalten, wie immer in München statt. Dieses Jahr konnten wir eine höhere Teilnehmerzahl als in den letzten Jahren verzeichnen. Ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik war wieder gekommen und auch unser österreichischer Freund nahm wieder an dem Treffen teil. Aus der Diskussion der Themen im Vorfeld hatte sich letztendlich folgende Tagesordnung ergeben:

Samstag:

1. Die Europäische Union vor der Wahl: eine kritische Einschätzung der aktuellen Situation
2. Diskussion über die Lage in Venezuela

Sonntag:

3. Der Unmut wächst: Gelbwestenproteste in Frankreich/Klimademonstrationen der Schüler*innen – Wohin könnte die Reise gehen? Diskussion

Als Hauptthema wollten wir die Aussprache über die EU führen; dass am Wochenende darauf die EU Wahlen stattfanden, drückt sich lediglich im Titel aus. Im vorliegenden Referat und auch in der Diskussion gingen wir auf diesen Punkt nur am Rande ein. Eigentlich kann man das ganze Gedöns, das zurzeit um die EU gemacht wird, nicht mehr hören – die EU als Friedensgarant, Wohlstandsbringer, eine einheitliche Währung – die Wahl „Kämpfer*innen“ wurden nicht müde, ihr Hoheslied auf die EU zu singen. Wie die neoliberale EU Griechenland an den Rand des Abgrunds getrieben hat, was die hohe Arbeitslosigkeit in den südlichen und östlichen Ländern, besonders bei der Jugend, für eine Rolle spielt und welche Position die Friedensnobelpreisträgerin auf militärischen Gebiet einnehmen will – ganz zu schweigen von den Waffenexporten aus der EU – steht auf einem anderen Blatt und war im Wahlkampf nur von linker Seite zu hören.

Was die EU tatsächlich für ein Gebilde ist, wem sie nützt, wem sie schadet und wen sie bedroht, das alles wollten wir genauer untersuchen und Antworten darauf finden. Ein Genosse hatte sich dieses komplexen Themas angenommen und stellte seine Ausarbeitungen dazu als Grundlage für die Diskussion vor. Das Referat wird wie üblich in dieser Nummer der *Arsti* abgedruckt, wobei Anregungen aus der Diskussion eingearbeitet werden.

Die Diskussion selber hier in ihrer Gänze wiederzugeben, ist nicht möglich, es werden nur einige wichtige Thesen daraus zusammengefasst:

Eine solidarische EU, von der oft gesprochen wird und die allen Wohlstand bringen soll, ist nur Vernebelungstaktik, die vorgibt, die Interessen der Lohnabhängigen würden eine Rolle spielen. Kapital und Unternehmen haben die EU fest in ihrem neoliberalen Griff. Eine EU-weite gewerkschaftliche Solidarität, die diesen Namen verdient, gibt es nicht. Deutschlands Unternehmen haben innerhalb der EU mit ihrem großen Niedriglohnsektor (SPD) auf Kosten anderer Mitgliedsländer am meisten profitiert. Damit dies so bleibt, haben die deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einen gemeinsamen Aufruf zur EU-Wahl herausgebracht. Darin heißt es u.a. *„Jeder Einzelne profitiert im Alltag von mehr Wettbewerb, größerer Produktauswahl, günstigeren Preisen und hohen Verbraucherschutzstandards. Menschen reisen unkompliziert zwischen den Mitgliedstaaten. Sie können ohne Einschränkungen in einem anderen EU-Land leben und arbeiten. Diese Freizügigkeit gilt auch für den Waren- bzw. Kapitalverkehr und für Dienstleistungen. Der Binnenmarkt erleichtert das Leben und das Wirtschaften gleichermaßen.“*

So ist das Klassenbewusstsein auf den Hund gekommen!

Zurück zur Diskussion. Es wäre die Aufgabe für linke Kolleginnen und Kollegen in ihren Gewerkschaften, gegen das neoliberale Unternehmertum für eine wirklich solidarische

EU einzutreten. Denn das, was die Arbeiterklasse in Deutschland nicht schafft, kann sie nicht von den europäischen Gewerkschaften fordern.

Es sollten Haltelinien innerhalb der Gewerkschaften für die EU gezogen werden. Eine solidarische EU zum Wohl der arbeitenden Klasse muss sich diese schon selber schaffen – dazu müsste auch die Agenda der EU neu gestaltet werden.

Bereits jetzt werden Erosionerscheinungen in einigen EU-Staaten sichtbar. Der neoliberale Kurs hat in vielen EU-Staaten prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen und hohe Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung gesetzt. Besonders in einigen südlichen Ländern wird von einer verlorenen Generation bei den Jugendlichen gesprochen. Zur Zeit befindet sich die Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase – was passiert denn dann erst in einer Krise? Dass diese bereits am Horizont aufscheint, darüber sind sich auch bürgerliche Ökonomen einig.

Die neuesten Alleingänge durch den Präsidenten der USA bei der gefährlichen Zuspitzung des Irankonflikts haben den Mächtigen in der EU deutlich vor Augen geführt, in welcher Liga die EU militärisch spielt. Sie werden eine Militarisierung der EU weiter vorantreiben, ihnen kommen die Forderungen Trumps nach einer Erhöhung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP eventuell ganz gelegen – auch wenn sie darüber Krokodilstränen vergießen. Sie wissen, dass eine Wirtschaftsmacht ohne militärische Macht nicht viel zu melden hat.

Angesichts der Rüstungsexporte und der weltweiten Kriegseinsätze der EU meinte ein Genosse: *„Die Frie-*

denpolitik der Friedensnobelpreisträgerin endet an ihren Grenzen.“

Der zweite Tagesordnungspunkt des Samstags war der schier aussichtslosen Situation in Venezuela gewidmet. Leider konnte unser Autor aus Bremen, der dazu einen Artikel verfasst hatte – wir haben ihn in unserer letzten Nummer empfohlen – wg. Terminüberschneidungen nicht an der Tagung teilnehmen. Als Grundlage für die Diskussion hatten wir den Teilnehmern seinen und verschiedene andere Artikel empfohlen, die bei der Redaktion angefordert werden können.

Den Artikel von Edgardo Lander „Venezuela: Das Scheitern des bolivari-schen Projekts“ drucken wir in diesem Heft nach. Er ist zuerst in der Mai-Nummer 2019 der Zeitschrift *Marx 21* erschienen.

Zur Eröffnung der Diskussion hatte der Nürnberger Altgenosse einige Thesen und Informationen zusammengetragen, die wir in diesem Heft ebenfalls abdrucken.

Die ganze Diskussion hier wiederzugeben, würde den Rahmen sprengen. Viele der angesprochenen Probleme werden auch in dem Artikel von Edgardo Lander angesprochen.

Wir fassen die wichtigsten Punkte der Diskussion zusammen:

Die ökonomische Grundlage für die bolivari-sche Revolution in Venezuela ist den Chavisten buchstäblich

durch die Hände geronnen. Nun rächt es sich, dass immer nur auf die Einnahmen aus dem Öl gesetzt wurde – werden konnte (?) – und fast keine anderen Industrie aufgebaut worden war. Venezuelas Abhängigkeit vom Öl ist auf 90 % gestiegen. Das Absinken des Ölpreises wirkt sich also umso verheerender aus – zusätzlich ist die Ölförderung in Venezuela fast um ein Drittel gesunken. Damit sind dem „Sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat“ Venezuela die Grundlagen entzogen worden, mit denen für die Ärmsten der Bevölkerung in den Favelas die Alphabetisierungskampagne und die Gesundheitsfürsorge aufgebaut worden waren.

Kritik wurde auch an der Bildung der Partei geäußert. Die Selbstorganisation von unten sei durch die Alimentierung quasi unterlaufen worden. Ungünstig wirkte es sich dabei auch aus, dass es in Venezuela keine Arbeiterklasse gibt – die Arbeiter in den Städten sind Tagelöhner. Ein Genosse führte den Gedanken weiter aus und bezeichnete sie nach Marx mit dem Begriff Lumpenproletariat. Ebenfalls ungünstig wirkte sich auch der in Venezuela tief verwurzelte Antikommunismus aus.

In Venezuela herrscht zurzeit ein politisches Patt – die „Profiteure“ des Ölreichtums in der Armee und der Bevölkerung unterstützen Maduro. Die Opposition hat kein politisches

und wirtschaftliches Programm; sie ist in sich selbst gespalten und uneins. Nur das gemeinsame Ziel, der Sturz Maduros, hält sie zusammen.

Den Friedensverhandlungen in Oslo wurden wenig Chancen für eine konstruktive Lösung eingeräumt. Die Lage ist von außen nur schwer einzuschätzen. Eine Einmischung von außen durch die USA und ihrer Vasallen ist strikt abzulehnen.

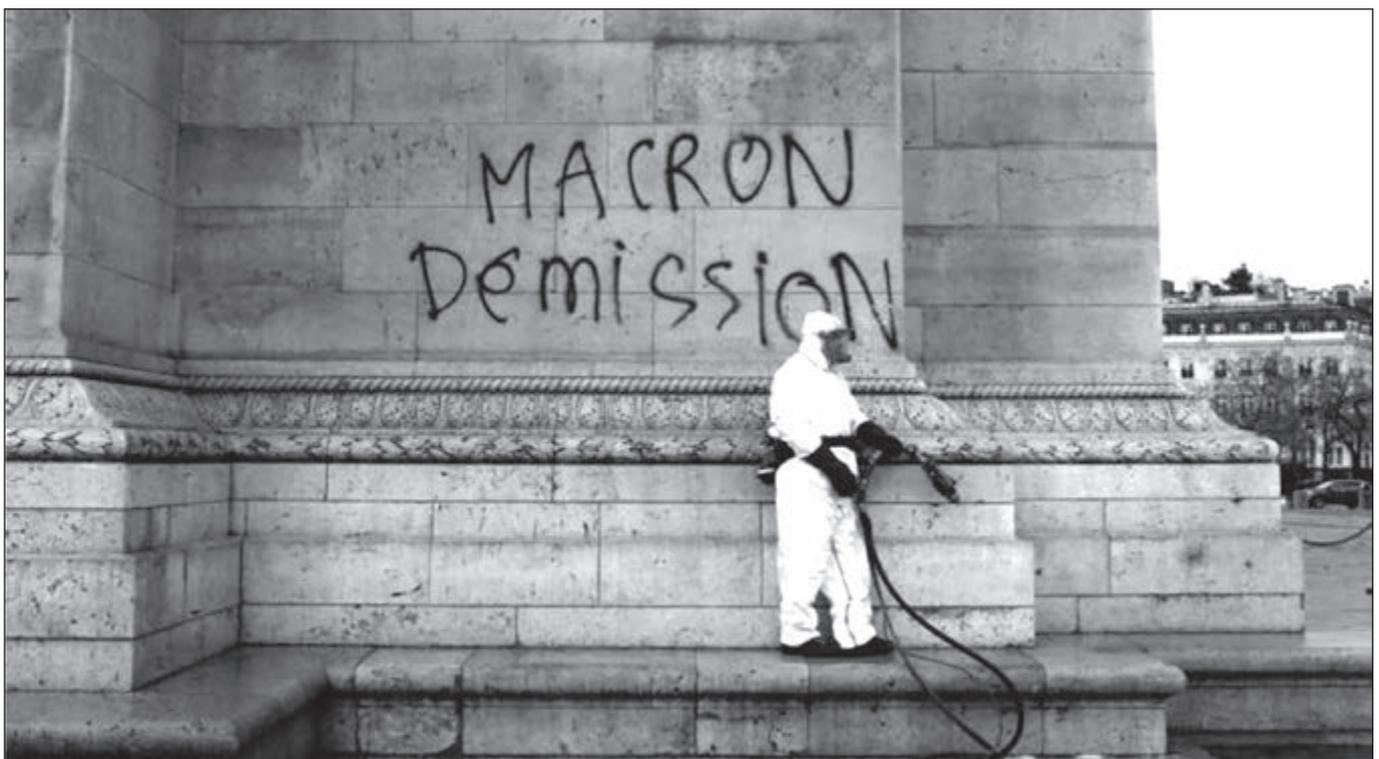
Die Parole muss lauten: Hände weg von Venezuela!

Am Sonntag widmeten wir uns den beiden Bewegungen, die zurzeit in Europa für Aufmerksamkeit sorgen: den Protesten der Gelbwesten in Frankreich und den Klimademonstrationen der Schülerinnen und Schüler *Fridays for Future*.

Zu beiden Themen lagen keine ausgearbeiteten Referate vor. Die Diskussionen werden zusammenfasst wiedergegeben:

Zunächst zu den Protesten der Gelbwesten in Frankreich.

Frankreich war schon immer ein Anzeiger für gesellschaftliche Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, es kann auf eine lange Tradition von Volksaufständen zurückblicken. Die Gelbwesten zeigen gesellschaftliche Widersprüche auf, die sich an Maßnahmen des Staates als Vertreter der herrschenden Klasse und ideeller Gesamtkapitalist entzündeten. Auslöser in Frankreich war



die geplante Anhebung der Steuern für Benzin und Diesel. Die Wurzeln allerdings sind in ganz Europa vorhanden – es sind: zu wenig bezahlbarer Wohnraum, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, Altersarmut – die Liste ließe sich unschwer fortsetzen. Der Niedergang kommunistischer Parteien und die Schwäche der Gewerkschaften (sie sind quasi Systemträger geworden) haben den Raum aufgemacht für andere politische Protestformen. So stellt sich die Gelbwestenbewegung als Form emanzipatorischer, basisdemokratischer Bewegung dar, die von Arbeitern, Angestellten und Kleingewerbetreibenden getragen wird. Am 1. Mai stießen auch Gewerkschaften zu den Protestierenden. Politisch können die Gelbwesten nicht genau verortet werden; sie sagen von sich, weder links noch rechts zu sein, tendieren aber mit ihren Forderungen eher nach links. Antisemitismus und Gewaltexzesse in ihren Reihen lassen sich nicht abstreiten, sie waren aber bei der Größe und Dauer der Bewegung eher Randerscheinungen und wurden als willkommenes Mittel zur Kriminalisierung medial entsprechend ausgeschlachtet.

„Die Historikerin Michelle Zancharini-Fournel ist der Meinung, dass die Repression ein höheres Ausmaß hat als im Mai 1968. Mit 6.475 Festnahmen zwischen dem 17. November und dem 7. Januar beispielsweise werden die Zahlen von 1968 übertroffen.“ (aus Arpo Nr. 1/2019, S. 7)

Wir stellten uns die Frage, wie die Klassenfrage in die Gelbwestenbewegung getragen werden könne. Ein Ausgangspunkt läge in der ungerechten kapital- und unternehmerfreundlichen Steuerpolitik. Ein Genosse sah die Proteste bereits als Vorstufe für kommunistische Klassenauseinandersetzungen. Diese Ansicht wurde jedoch mehrheitlich nicht geteilt. Festgestellt wurde, dass die Herrschenden vor den Protesten der Gelbwesten und dem, was sich weiter daraus entwickeln könnte, durchaus Respekt haben – sie haben bereits Zugeständnissen gemacht und sind zu weiteren bereit, um die Bewegung und die Proteste und ihre Strukturen zu befrieden – bevor die nächste größere Krise, die sich ja bereits ankündigt, kommt.

Am Ende unserer diesjährigen Frühjahrstagung beschäftigten wir uns mit der Klimabewegung der Schülerinnen und Schüler *Fidays for Future*. Der Klimawandel ist menschengemacht, davon sind zurzeit über 90 % der Wissenschaftler überzeugt. Ebenso werden andere Entwicklungen eingeschätzt, wie: das Artensterben, die Vermüllung der Meere besonders mit Plastik und die Verschmutzung des Grundwassers – daraus resultieren letztendlich zum Teil auch die Migrationsströme. Es ist dies ein Ausdruck der Widersprüche des Kapitalismus und seiner Produktionsweise. Die Jugendlichen sehen ihre Zukunft dadurch zu Recht bedroht. Mit dem „Handeln“ der Herrschenden, die ideologisch vorgeben, viel zu tun, während real angesichts der Herausforderungen fast nichts passiert, lassen sie sich nicht mehr abspesen. Auch die ehemaligen Umweltaktivisten der Grünen sind für die jungen Menschen keine Vorbilder mehr, denn jetzt mischen sie ja auch schon im Politikbetrieb mit. (trotzdem haben die Jüngeren bei der EU-Wahl vermehrt Grün gewählt). Die Bewegung losgetreten hatte die schwedische Schülerin Greta Thunberg, die seit letztem Herbst jeden Freitag hartnäckig gegen die Klimakatastrophe demonstriert hat. Mit den Verbreitungsmöglichkeiten, die Digitalisierung und neue Kommunikationsformen bieten, konnten erstaunlich schnell Massenproteste – sogar weltweit – organisiert werden. Durch diese Bewegung am Freitag auf der Straße, trotz angedrohter Repressalien, erzielten sie sichtliche Erfolge. Sie konnten vor der UNO, der Kohlekommission und den Weltwirtschaftsforum in Davos sprechen. Wenn die Schülerinnen und Schüler dasselbe nach Unterrichtschluss getan hätten, wären sie lange nicht so schnell so in aller Munde gewesen; denn das Schulschwänzen war quasi Katalysator für das Thema Klimakatastrophe. All das sind Anzeichen dafür, wie stark Teile dieser Generation die Bedrohung der Grundlagen des Lebens auf dem Planeten und ihrer eigenen Zukunft empfinden.

Klimawandel und ökologische Bedrohung sind Themen, bei denen das Denken in Klassenfragen auf den ersten Blick nicht angebracht erscheint; es scheint sich vielmehr um Gat-

tungsfragen zu handeln. Allerdings sind es durchaus Fragen, die aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise und der kapitalistischen Gesellschaft entstehen und damit doch wieder Klassenfragen.

Ein Genosse brachte die Marxsche Auffassung vor: „...daß das Kapital seine Produktivkräfte nur entwickeln kann, indem es die Springquelle allen Reichtums untergräbt: den Arbeiter und die Erde.“

Das Schlusswort zu dem Themenkomplex sprach unser Altgenosse: „Bewegungen entstehen aus den Widersprüchen des Kapitalismus. Sie sind ein Ansatz dafür, dass sich überhaupt etwas rührt. Sie sind Anzeichen von Klassenbewusstsein, das nur entstehen kann, wenn die Menschen beginnen, sich aus ihrer Bedrängung zu lösen. Es ist ein langer Weg – aber es besteht durchaus die Chance, dass es fruchtbar wird.“

Die Tagung in München hat uns darin bestätigt, unseren Weg weiterhin zu verfolgen.

Zum Thema Gelbwesten empfehlen wir den Artikel in der *Arbeiterpolitik* Nummer 1 aus 2019 (www.arbeiterpolitik.de): *Die Gelben Westen zwingen Macron zum Zurückweichen und flößen den besitzenden Klassen Furcht ein.*

Anzeige

Wieder Lieferbar:

**Die Bremer
Linksradikalen**



**Aus der Geschichte der
Bremer Arbeiterbewegung
bis 1920**

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Venezuela: Das Scheitern des bolivariischen Projektes



Hauswand in Caracas, 2008

Die Wende in Lateinamerika ist für uns alle ein großer Rückschlag und wir sind noch nicht am Ende angelangt. Vor allem das revolutionäre Kuba wird dadurch zunehmend bedroht. Das Land wurde von einem Venezuela im Umbruch stark unterstützt, was nun nicht mehr fortgeführt werden kann.

Wie ein Fanal kam einst aus Caracas der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Viele Sozialisten und Kommunisten sahen einen neuen Hoffnungsschimmer. Doch bei allem Fortschritt in Venezuela, die Entwicklung dort und in der Welt lief anders. Venezuela war und blieb ein kapitalistisches Land und auf Grund seiner Unterentwickeltheit und Bedrohlichkeit stand auch nichts anderes in Aussicht. Der Sozialismus oder gar Kommunismus stand niemals vor der

Tür. Die kommunistische Partei rechnete mit einer Anhängerschaft von zwei bis drei Prozent und war nahe davor, von der Maduro-Staatspartei integriert zu werden. Es ging um eine Art linkssozialdemokratische Politik, die fußend auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Land sozialer und fortschrittlicher machen sollte; unter Einbeziehung selbstbewussterer Massen. Das konnte nur auf Kosten der herrschenden Klassen gelingen, die sich nun mit Zähnen und Klauen dagegen wehren. Wird es als offener Klassenkrieg ausgetragen bis zum bitteren Ende, wird auch die siegreiche Seite nur noch ein Torso sein. Kommt es zum Kompromiss, besteht die Gefahr, dass er nicht von Dauer sein wird, was aber von der weltpolitischen Entwicklung abhängt. Nun ein Blick auf das Land und die gegenwärtige Situation.

Der Befund über den katastrophalen Zustand des Landes ist unbestritten, ob von der Opposition oder von den Anhängern der bolivariischen Bewegung. Der Staat und die Wirtschaft sind am Zusammenbruch, die Inflation wird bodenlos, die Verelendung des Volkes und die Hungersnot nehmen zu, die Kriminalität greift um sich. Durch den verstärkten Würgegriff des US-Imperiums zieht sich die Schlinge weiter zu. Es ist abzusehen, dass dann auch politisch das gegenwärtige Patt nicht mehr lange anhalten wird. Weder die Regierung noch die gesplante Opposition können einen Ausweg aufzeigen.

Wir drucken einen Artikel von Edgardo Lander, der in deutsch zuerst in der Mai-Nummer 2019 der Zeitschrift Marx 21 erschienen ist.

Arbeiterstimme

Der boliviarische Prozess in Venezuela begann mit der Wahl von Chávez im Jahr 1998, in einem kritischen Moment in der Geschichte des Landes. In einer Gesellschaft, in der bereits zwei Jahrzehnte zuvor die Erschöpfung des Rentierölmodells und des damit verbundenen Staates begonnen hatte, eine Gesellschaft, die eine schwere Wirtschaftskrise mit einem instabilen und stark delegitimierten politischen System durchlebte, gelang es Chávez mit seinen Vorschlägen und seinem Diskurs, eine Orientierung zu geben, eine gemeinsame Hoffnung, dass eine andere Richtung für die Gesellschaft möglich wäre.

Aufbau einer besseren Zukunft

Im ersten Jahrzehnt der Chávez-Regierung gab es wichtige Veränderungen in der Gesellschaft. Es wurde ein konstituierender Prozess durchgeführt, der in der Annahme einer neuen Verfassung durch ein Referendum gipfelte. Sie hat eine breite Palette von Modalitäten der partizipativen Demokratie festgelegt, die nicht zum Ziel hatte, die repräsentative Demokratie zu ersetzen, sondern die Demokratie zu vertiefen. Zu einer Zeit, als eine starke neoliberale Welle über den ganzen Kontinent rollte, wurden nicht nur politische Rechte, sondern auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte, wie das Recht auf Bildung auf allen Ebenen und der Zugang zu einem kostenlosen öffentlichen Gesundheitssystem, festgeschrieben. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden indigene Völker und ihre Rechte, einschließlich der territorialen Rechte, anerkannt. Eine umfassende staatliche Kontrolle über die Ölindustrie und andere Schlüsselindustrien wurde etabliert.

Infolge einer stärkeren öffentlichen Kontrolle der Öleinnahmen und eines anhaltenden Anstiegs der Ölpreise stiegen die Steuereinnahmen erheblich. Die öffentlichen Ausgaben wurden stark auf die Sozialpolitik ausgerichtet, die so genannten Misiones („Bolivarianische Missionen“), die sich in erster Linie an die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen richteten. Der Sozialversicherungsschutz wurde außerordentlich ausgebaut. Als Ergebnis

dieser Politik und eines über mehrere Jahre anhaltenden Wirtschaftswachstums konnten sowohl die Armut als auch die kritische Armutsgrenze (gemessen am Geldeinkommen) wie auch der Ungleichheitsindex deutlich gesenkt werden. Alle wichtigen sozialen Indikatoren, wie Schulbesuchsquote, Ernährungsniveau und Kindersterblichkeit verbesserten sich.

Es gab tiefgreifende Veränderungen in der von der Mehrheit getragenen politischen Kultur. Von allgemeinen Bedingungen der Apathie und Distanz in Bezug auf ein diskreditiertes politisches System, in der jede Vorstellung einer Gemeinschaft verschwunden war, hin zu einem neuen Zustand von Optimismus, Würde und Überzeugung, dass mit Organisation und kollektiver Mobilisierung der Aufbau einer besseren Zukunft möglich würde. Es gab reiche und vielfältige Prozesse der Basisorganisation, wie die technischen Wasserausschüsse, die kommunalen Wasserräte, die Stadtlandschaftsausschüsse, die Gesundheitsausschüsse und später die Gemeinschaftsräte, an denen Millionen von Menschen beteiligt waren. Mehr als ein Jahrzehnt lang genoss die Chávez-Regierung ein hohes Maß an Legitimität in der venezolanischen Gesellschaft und gewann zwischen 1998 und 2012 aufeinanderfolgende Wahlen.

Globale Ausstrahlungskraft und Widerstände

In Lateinamerika spielten die Beispiele und Initiativen der boliviarischen Regierung eine wichtige Rolle bei der Entstehung so genannter fortschrittlicher Regierungen, die im größten Teil Südamerikas an die Macht kamen. Ihre Initiativen waren sowohl bei der Niederlage der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA), der neoliberalen Verfassungsordnung, die die US-Regierung auf dem gesamten Kontinent durchsetzen wollte, als auch bei der Schaffung neuer lateinamerikanischer Solidaritäts- und Integrationsmechanismen wie UNASUR, CELAC, Alba und Petrocaribe wichtig.

Dieser außergewöhnliche Veränderungsprozess wurde zu einer globalen Referenz, zu einem Lichtblick für die lateinamerikanischen

Gesellschaften und Bewegungen, aber auch für weit entfernte Gemeinschaften wie die palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut und die sozialen Bewegungen in Indien und Südostasien.

Wie zu erwarten war, stand das boliviarische Projekt in einem politischen Prozess, der als antiimperialistisch und später als sozialistisch definiert wurde, während all dieser Jahre unter dem äußeren Druck der globalen Rechten, insbesondere der US-Regierung. Von Anfang an sah sich die Chávez-Regierung mit imperialistischen Aktionen konfrontiert, die darauf abzielten, sie zu entsorgen. Die US-Regierung hat die Versuche der venezolanischen Rechten, sie zu stürzen, jederzeit politisch und finanziell unterstützt, beginnend mit dem Staatsstreich vom April 2002 und der Aussperrung in der Ölindustrie, die das Land zwischen 2002 und 2003 für zwei Monate praktisch lahm legte.

Der aktuelle politische Wandel Lateinamerikas in Richtung Neoliberalismus und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten haben den kontinentalen Kontext, in dem der boliviarische Prozess bis vor kurzem stattgefunden hatte, erheblich verändert, was zu einer starken und wachsenden Isolation führte, nicht nur auf internationaler, sondern auch auf lateinamerikanischer Ebene. Die venezolanische Regierung hat nicht nur die lateinamerikanische Unterstützung, die sie zuvor hatte, verloren, sondern sieht sich systematischen Angriffen der meisten Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und dem ständigen Druck der sogenannten Lima-Gruppe ausgesetzt.

Widersprüche und mehrdimensionale Krise

Dieser zutiefst ungünstige Kontext reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die tiefe mehrdimensionale Krise zu erklären, in der sich das Land heute befindet. Wie im Folgenden dokumentiert wird, begannen sowohl die Rezession als auch der nachhaltige Rückgang der Ölproduktion im Jahr 2014, drei Jahre vor den von der Regierung Trump verhängten Finanzsanktionen. Der boliviarische Prozess war von Anfang an von tiefgreifenden Widersprüchen

und internen Schwachstellen geprägt, die im Laufe der Zeit immer deutlicher wurden. Dies bedeutete, dass, unabhängig von den hochtrabenden Diskursen die Fähigkeit, externen Belastungen zu widerstehen, eingeschränkt war. Dazu gehören:

- Die Widersprüche zwischen einem Projekt, das sich selbst als antikapitalistisch und multikulturell bezeichnet, auf der einen Seite und seine extreme Abhängigkeit vom Öl- und Bergbaurentiermodell, verbunden mit der Vertiefung der kolonialen Exporteinbindung in das globale Regime der internationalen Arbeitsteilung auf der anderen Seite.
- Die außerordentliche Abhängigkeit von der Rolle von Hugo Chávez als unbestrittener charismatischer Führer des bolivarianischen Prozesses. Das hatte zutiefst widersprüchliche Folgen. Chávez schaffte es, mit der Lethargie, Apathie und Resignation der Gesellschaft zu brechen, indem er eine neue Richtung anbot. Auf der anderen Seite erlebte der venezolanische Prozess aber auch die negativen Folgen einer Ein-Mann-Führung. Dieses Führungsmodell erzeugt am Ende eine Art von Vergöttlichung des Führers und die Forderung nach treuer Ergebenheit. In diesem Zusammenhang stört kritische Debatte, und dissidente Stimmen werden marginalisiert.
- In den letzten Jahren gab es einen starken Widerspruch zwischen dem Anreiz und der Förderung mehrerer Formen von Basisorganisationen und der Schaffung vertikaler Kontrollstrukturen dieser Organisationen sowie der Schaffung einer permanenten finanziellen Abhängigkeit vom Staat, wodurch die autonomen Möglichkeiten dieser Organisationen untergraben wurden.
- Ebenso schwerwiegend sind die Grenzen eines sozialen Transformationsprozesses, der sich auf politische, organisatorische und institutionelle Dynamiken konzentriert, ohne eine entsprechende Veränderung der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft. Es werden Schritte in Richtung einer größeren politischen Demokratie unternommen, ohne dass dies von einer Demokratie im Bereich der Produktion begleitet wird. Ohne eine eigene produktive Basis können populäre Organisationen nicht aufhören, vom Staat abhängig zu sein.

produktive Basis können populäre Organisationen nicht aufhören, vom Staat abhängig zu sein.

- Der Widerspruch zwischen der Erweiterung der Demokratie und der Förderung ihrer partizipativen Modalitäten einerseits und einer militärischen Kultur des vertikalen Befehls, die mit einer starken militärischen Präsenz in allen Bereichen des Staates (Ministerien, Institutionen und öffentliche Unternehmen, Gouverneure, Bürgermeisterämter) und der Regierungspartei verbunden ist, andererseits.
- Die Auffassung und Praxis der Politik als Konfrontation zwischen Freund und Feind führte in der venezolanischen Gesellschaft zu einer Kultur des Sektierertums, des Misstrauens und der Nichtanerkennung des anderen, was die Möglichkeiten für Dialoge und Vereinbarungen, auch auf minimaler Ebene, angesichts der tiefen humanitären Krise, in der sich das Land befindet, stark behindert.
- Die strukturelle Grundbedingung der venezolanischen Gesellschaft, die ein grundlegender Faktor der gravierenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Schwierigkeiten ist, mit denen sie seit Jahrzehnten konfrontiert ist, ist die Krise ihres Rentierölmodells. Mit anderen Worten: ihre sehr hohe Abhängigkeit vom Export eines einzelnen Produkts und das entsprechende Modell eines zentralistischen und klientelistischen Staates. In den Jahren der Regierung Chávez wurden, im Gegensatz zu den herrschenden Diskursen, nicht nur keine Schritte in Richtung einer Überwindung der Ölexportabhängigkeit Venezuelas unternommen, sondern diese verschärfte sich noch weiter, bis die Ölexporte 96 Prozent des Gesamtwertes der Exporte des Landes erreichten.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Venezuela

Als der bolivarianische Prozess in den Jahren 2006 und 2007 als sozialistisch definiert wurde, unter einem starken kubanischen Einfluss, wurde der Sozialismus mit dem Staat gleichgesetzt. Ohne die Folgen des Versuchs in Kuba, die gesamte Wirt-

schaftstätigkeit von staatlichen Institutionen lenken zu lassen, fundiert und kritisch zu bewerten, wurde ein sehr breites Spektrum von Landwirtschafts-, Industrie-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen zu staatlichen Unternehmen, insgesamt schätzungsweise über 500. Ihre Führung wurde in die Hände von politischen Vertrauenspersonen gelegt, oft Militärs, obwohl diese keine Kenntnis von der Tätigkeit hatten, die sie auszuführen hatten. Der Privatsektor ist nicht besser aufgestellt. Nach der jüngsten Umfrage der Industrie- und Handelskammer Conindustria wurden bis Mitte 2017 nur 45 Prozent der Industriekapazität genutzt.

Um den aktuellen Stand der venezolanischen Wirtschaft zu analysieren, gibt es keine aktuellen offiziellen Informationen. Die meisten der von der Zentralbank Venezuelas und dem Nationalen Statistikinstitut veröffentlichten Statistiken liegen drei bis vier Jahre zurück. Die Regierung hat eindeutig beschlossen, keine Informationen zu veröffentlichen, die das Ausmaß der Wirtschaftskrise bestätigen würden. Die Schätzungen, die von Wirtschaftsanalysten, akademischen Zentren, Wirtschaftsverbänden und internationalen Institutionen verbreitet wurden, sind sehr unterschiedlich.

In den letzten Jahren erlitt die venezolanische Wirtschaft einen noch stärkeren Rückgang als bei der Aussperrung in der Ölindustrie 2002-2003. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in drei aufeinander folgenden Jahren gesunken: 2014 (-3,9 Prozent), 2015 (-6,2 Prozent), 2016 (-16,5 Prozent). Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die Zahl für 2017 auf -12 Prozent, so dass die venezolanische Wirtschaft Ende 2017 wahrscheinlich ein BIP von nur 66 Prozent des Wertes von 2013 aufwies. Da sich die Krise im Laufe des Jahres 2018 verschärft hat, ist es nach einigen Prognosen wahrscheinlich, dass sich das BIP bis Ende 2018 der Hälfte des Niveaus von 2013 angenähert hat. Ein Abstieg von wahrhaft katastrophaler Natur. In diesen Jahren gab es ein starkes Haushaltsdefizit des öffentlichen Sektors: 2012 (15,1 Prozent), 2013 (13,2 Prozent), 2014 (8,8 Prozent), 2015 (10,3 Prozent), 2016 (17 Prozent). Die Inflation im Jahr 2017 übertraf 2000 Prozent und es begann eine Zeit der Hyperinflation. Bis Mitte

2018 betrug die Inflation mehr als 100 Prozent monatlich. Der IWF schätzt, dass die jährliche Inflation bis Ende 2018 eine Million Prozent erreicht hat.

Abhängigkeit vom Ausland und Verschuldung

Der Gesamtwert der Exporte sank von 99 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012 auf 27 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016. In einem vollständig von Importen abhängigen Land sanken die Importe zwischen 2012 und 2016 von 66 Milliarden US-Dollar auf 16 Milliarden US-Dollar, was einem Rückgang um 75 Prozent entspricht und aufgrund des Fehlens von Produktionsmitteln und Ersatzteilen schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit insgesamt hatte. Besonders dramatisch waren die Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Transport.

Seit 2015 ist ein Defizit in der Leistungsbilanz zu verzeichnen. Die internationalen Reserven sanken von 35 Milliarden US-Dollar im Jahr 2009 auf 8,7 Milliarden US-Dollar im Juli 2018. Die Gesamtauslandsverschuldung wird auf 184,5 Milliarden US-Dollar geschätzt, ohne „kommerzielle Verschuldungsverpflichtungen, Schulden gegenüber PDVSA-Lieferanten, Verstaatlichungsschulden, multilaterale Verpflichtungen und andere“ mitzurechnen (Die PDVSA, *Petróleos de Venezuela S.A.*, ist die größte Erdölgesellschaft Lateinamerikas und Venezuelas größter Exporteur. Anmerkung der Redaktion). Dies ist zwanzigmal größer als die gesamten internationalen Reserven des Landes und entspricht fast dem Siebenfachen der Gesamtmenge der Exporte im letzten Jahr, für die es offizielle Informationen gibt (2016).

Trotz jahrelang sehr hoher Ölpreise stieg die Auslandsverschuldung pro Kopf von 1.214 US-Dollar im Jahr 1999 auf 3.916 US-Dollar im Jahr 2017. Die Tatsache, dass die Regierung der rechtzeitigen Zahlung dieser Schulden Vorrang vor dem dringendsten Nahrungsmittel- und Gesundheitsbedarf der Bevölkerung eingeräumt hat, war ein wesentlicher Faktor in der aktuellen sozialen Krise. China und Russland waren in den Jahren des bolivarianischen Prozesses die Hauptquellen der Fremdfinanzierung.



Zusammenbruch der Ölproduktion

Der Zusammenbruch des Ölpreises, der zwischen 2012 und 2014 von durchschnittlich 100 US-Dollar pro Barrel auf durchschnittlich 41 Dollar pro Barrel im Jahr 2015 fiel, war ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftskrise im Land. Er reicht jedoch bei weitem nicht aus, um sie zu erklären. Kein anderes Ölland hat in den letzten Jahren eine ähnliche Verschlechterung erlebt. Außerdem haben sich die Ölpreise bis Mitte 2018 auf über 66 US-Dollar pro Barrel erhöht, ein Preis, der über dem Durchschnitt der 14-jährigen Regierungszeit von Chávez liegt.

Abgesehen vom Ölpreis befindet sich die Ölindustrie praktisch in einem Kollaps, der einige der wich-

tigsten Widersprüche und Verzerrungen des bolivarianischen Prozesses aufzeigt. Während sich die nationale Regierung das Ziel gesetzt hatte, die Ölförderung bis 2019 auf sechs Millionen Barrel pro Tag zu erhöhen, war die venezolanische Produktion (nach sekundären Quellen) laut OPEC-Monatsbulletin für Juni 2018 auf 1,34 Millionen Barrel pro Tag gesunken, nur 44 Prozent der Produktion von 2009 und das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten. Dieser Produktionseinbruch hat weder mit der Absicht zu tun, die Treibhausgasemissionen zu re-

duzieren, noch mit der OPEC-Politik zum Schutz des Ölpreises. Es besteht eine außerordentliche Diskrepanz zwischen den Produktionszielen, die sich die Regierung selbst gesetzt hat, und dem erreichten Produktionsniveau.

Nicht jedes exportierte Barrel Öl führt zu neuen Einnahmen, da ein erheblicher Teil dieser Exporte darauf ausgerichtet ist, die Ölschuld zu tilgen, die der venezolanische Staat gegenüber China erworben hat. Die PDVSA-

Raffinerien arbeiten so prekär, dass sie nicht mehr in der Lage sind, den Inlandsmarkt zu versorgen. In den letzten Jahren sind die Betriebskosten gestiegen, was zu einer entsprechenden Verringerung des Steueranteils des Unternehmens an den Gesamteinnahmen geführt hat. Nach der jüngsten Veröffentlichung des PDVSA-Konzernabschlusses für 2016 sank der Nettogewinn von mehr als neun Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf 828 Millionen US-Dollar im Jahr 2016.

Es gibt viele Ursachen für die Verschlechterung des Unternehmens und den Zusammenbruch der Produktion, unter denen neben den oben genannten externen Faktoren die Unfähigkeit des Managements, die zu Ineffizienz und Improvisation führt, Korruption, die skandalös

überteuerten Preise der Betriebe, die kontinuierliche Entlassung von qualifiziertem Personal und die begrenzten Investitionen in Wartung und Technologie zu nennen sind. Die praktisch kostenlose Verteilung von Benzin auf dem Inlandsmarkt und der damit verbundene massive Schmuggel bedeutet Verluste für den Staatshaushalt in Höhe von Milliarden US-Dollar pro Jahr.

In der Ölindustrie herrscht Korruption. Die Beauftragung von Subunternehmen zu überhöhten Preisen – und unter Zahlung von Provisionen – auch bei Operationen, die vom Unternehmen selbst durchgeführt werden könnten, wurde zur weit verbreiteten Praxis. Ohne diese monumentalen Hinterziehungen, die in diesen Jahren stattgefunden haben, wäre die wirtschaftliche Situation des Landes heute sicherlich anders.

Extraktivismus und Exportorientierung

Anstatt nach Alternativen zur vorherrschenden Exportorientierung zu suchen, die dem Land so viel Schaden zugefügt hat, setzt die venezolanische Regierung angesichts der anhaltenden Verschlechterung der Öleinnahmen eindeutig auf eine Steigerung des Exports, jetzt durch groß angelegte Minen. Zu diesem Zweck erließ Präsident Nicolás Maduro im Februar 2016 das Arco-Minero-del-Orinoco-Dekret, das 112.000 Quadratkilometer, 12 Prozent des Staatsgebietes, eine Fläche, die der gesamten Oberfläche Kubas entspricht, für den internationalen Großbergbau öffnet. Es ist ein riesiges Gebiet, das reich an Mineralien ist, darunter Gold, Coltan, Aluminium, Diamanten und radioaktive Mineralien. Das zu fördernde Mineral, auf das die Regierung den größten Wert gelegt hat, war Gold. Laut dem damaligen Minister für Erdöl und Bergbau und Präsidenten der PDVSA, Eulogio Del Pino, wird geschätzt, dass die Goldreserven des Gebiets 7.000 Tonnen betragen, was etwa 280 Milliarden US-Dollar entsprechen würde.

Das Gebiet verfügt über sozio-ökologische und sogar wirtschaftliche Reichtümer, die weit über dem potenziellen finanziellen Wert der Bergbaugebiete liegen. Es ist Teil des

heiligen Landes der indigenen Völker der Warao, E'Ñepa, Hoti, Pumé, Mapoyo, Kariña, Piaroa, Pemón, Ye'kwana und Sanema, deren materielle Bedingungen für die Reproduktion ihres Lebens durch diese Minenausbeutung zerstört würden. Dies verletzt nicht nur die verfassungsmäßigen Rechte dieser Völker schamlos, sondern bedroht das Leben der Bevölkerung.

Die Region ist ein Teil des Amazonasgebiets, das eine entscheidende Rolle bei der Regulierung des Weltklimas spielt und dessen Erhaltung entscheidend ist, um das Fortschreiten des Klimawandels zu stoppen. Ein Gebiet von außergewöhnlicher biologischer Vielfalt, das die Hauptwasserquelle Venezuelas ist und in dem sich die Staudämme befinden, die mehr als 70 Prozent des im Land verbrauchten Stroms liefern. Die Vertiefung der extraktivistischen Logik gibt der Erzielung kurzfristiger Geldeinnahmen den Vorzug, obwohl dies eine irreversible sozio-ökologische Verwüstung bedeutet.

Venezuela: Politik für die Konzerne

All dies durch Präsidialdekret bei völligem Fehlen einer öffentlichen Debatte, in einem Land, das in seiner Verfassung als demokratisch und partizipativ, multiethnisch und multikulturell definiert ist. Dieses Dekret stellt eine offene Verletzung der Umweltrechte und –pflichten dar, die durch die Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela, die geltende Umweltgesetzgebung und internationale Abkommen, die von Venezuela als Konvention über die biologische Vielfalt unterzeichnet wurden, festgelegt wurden.

Im Projekt Arco Minero ist die Beteiligung von „privaten, staatlichen und gemischten Unternehmen“ vorgesehen. Das Dekret sieht eine Vielzahl von öffentlichen Anreizen für diese Bergbauunternehmen vor, unter anderem die Lockerung der Rechtsvorschriften, die Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren, die Nichterfüllung bestimmter in der venezolanischen Gesetzgebung vorgesehener rechtlicher Anforderungen, die Schaffung von „bevorzugten Finanzierungsmechanismen“ und

eine spezielle Zollregelung mit Vorteilen für ihre Importe. Eine besondere Steuerregelung sieht die vollständige oder teilweise Befreiung von der Zahlung von Einkommensteuer und Mehrwertsteuer vor.

Die Möglichkeiten, den negativen Auswirkungen des Großbergbaus im Gebiet des Arco Minero entgegenzuwirken, sind durch die Bestimmungen des Dekrets verboten. Um zu verhindern, dass Unternehmensaktivitäten durch Widerstand behindert werden, wird unter der Verantwortung der Bolivarischen Nationalen Streitkräfte eine Strategische Entwicklungszone geschaffen. Das Dekret sieht ausdrücklich die Aussetzung der bürgerlichen und politischen Rechte im gesamten Gebiet des Arco Minero vor. Dies kann zweifellos zur Aufhebung der Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter führen, die in der Verfassung und im Arbeitsgesetz vorgesehen sind.

Maduro und der Niedergang des Chavismus

Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 gewann die in der Mesa de Unidad Democrática (MUD) organisierte Opposition mit großer Mehrheit die Wahlen und erhielt 56,26 Prozent der Stimmen gegen 40,67 Prozent der Anhänger der Regierung. Als Ergebnis eines verfassungswidrigen Wahlgesetzes, das darauf abzielte, die Mehrheit zu überrepräsentieren, als dies noch die Situation der Chavisten war, erhielt die Opposition insgesamt 112 Parlamentarier und erreichte damit eine Zweidrittelmehrheit in der Versammlung. Die vorherige Identifizierung der Mehrheit der Gesellschaft mit dem Chavismus war gebrochen.

Die Regierung Maduros steht somit vor einem ernsthaften Dilemma. Wenn Maduro die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die neuen Verhältnisse anerkennt, wonach er nicht mehr die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung hat, würde er in eine Situation geraten, in der er unbedingt mit den Oppositionskräften verhandeln müsste. Wenn er der Verfassung treu bleiben und die Wahlergebnisse respektieren würde, könnte er nicht an der Regierung bleiben. Er beschließt eindeutig, die staatliche Kontrolle nach eigenem Ermessen zu behalten, auch



wenn dies bedeutet, die Verfassung und den Willen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler zu ignorieren.

Schritt für Schritt unternimmt die Regierung Maßnahmen, um die Kontrolle über den Staat zu behalten; Entscheidungen, die immer autoritärer werden. Der erste Schritt in diese Richtung wurde einige Tage nach dem Scheitern der Parlamentswahlen durch die Regierung von Präsident Maduro getan. Unter klarer Verletzung von Verfassungsnormen und etablierten Verfahren wurden Ende Dezember 2015, als Maduros Mehrheit in der Nationalversammlung nur noch wenige Tage Bestand hatte, neue Richter in die verschiedenen Kammern des Obersten Gerichtshofs berufen. Diese neuen Richter waren nicht nur eindeutig der Regierung treu, sondern einige von ihnen erfüllten nicht einmal die formalen Anforderungen des Gesetzes, um solche Positionen einzunehmen.

Die Rolle, die dieser Oberste Gerichtshof unter den neuen Bedingungen des Landes spielen würde, wurde enthüllt, als die neuen Richter ohne Beweise beschlossen, die Ergebnisse der Wahlen im Amazonasstaat und die bereits von der Wahlbehörde ausgerufenen gewählten Abgeordneten nicht anzuerkennen. Somit wurde verhindert, dass die Opposition ihre Mehrheit in der Nationalversammlung nutzt.

Die Ziele von Opposition und Imperialisten

Die Manipulation des Wahlsystems zur Sicherstellung der Regie-

rungskontrolle wurde bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2018 wiederholt. Diese Wahlen waren laut Verfassung für den Monat Dezember desselben Jahres geplant und wurden überraschenderweise für den Monat Mai angesetzt. Angesichts der Spaltungen und ihrer fehlenden klaren politischen Ausrichtung und der Tatsache, dass die meisten Oppositionsparteien disqualifiziert worden waren, sowie des Mangels an Zeit für Verhandlungen oder die Durchführung von Vorwahlen zur Auswahl eines einheitlichen Kandidaten nahm der größte Teil der Opposition aus dem breitesten politischen Spektrum nicht an diesen Wahlen teil.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sowie der Generalsekretär der OAS und der Lima-Gruppe, Luis Almagro, übten sehr starken Druck aus dem Ausland auf die Oppositionsparteien aus, sich bei diesen Wahlen der Stimme zu enthalten, um auf diese Weise dazu beizutragen, die Regierung weiter zu delegitimieren und ihren Sturz zu beschleunigen. Sie haben der Bevölkerung keinen Hinweis gegeben, was nach dem Wahlsieg von Maduro passieren würde. Einige dieser Befürworter der Enthaltung hatten die Vorstellung, damit eine friedliche innenpolitischen Lösung der Krise des Landes endgültig zu verhindern. Damit bliebe nur noch die Möglichkeit einer externen Intervention, entweder durch direkte Aktionen oder durch die Verstärkung der Wirtschaftssanktionen, um den Zusammenbruch der venezolanischen Wirtschaft zu vertiefen, obwohl es die Bevölkerung und nicht

ihre Herrscher wären, die die Folgen erleiden würden.

Für die imperialistischen Politiker und für die radikalsten internen rechten Gruppen war und ist das Ziel nicht nur eine Wahlniederlage für Maduro, wenn die immer noch bedeutende Unterstützung der Regierung in Teilen der Gesellschaft lebendig erhalten bleibt. Verlangt wird nicht nur das Ende von Maduros Regierung, sondern auch die Zerschlagung der Gedanken einer antikapitalistischen Veränderung, die in den vergangenen Jahren innerhalb und außerhalb Venezuelas so viele Erwartungen geweckt haben. Es geht um eine Niederlage, mit vielen Toten, wenn nötig, um als Lehre zu dienen. Auch, um auf die stärkste Weise die Unmöglichkeit einer Alternative zur kapitalistischen Ordnung zu beweisen.

Edgardo Lander
Übersetzung von
Nicole Möller Gonzalez.

Dieser Text ist die stark gekürzte Übersetzung eines Artikels, der zuerst 2018 auf dem chavistischen Portal Aporeea.org erschienen ist.

*Auf deutsch erschienen in der Zeitschrift Marx21, www.marx21.de
Wir bedanken uns für die Nachdruckerlaubnis bei der Redaktion von Marx21 und der Übersetzerin.*

Edgardo Lander ist ein in Lateinamerika bekannter linker venezolanischer Soziologe, Mitglied des Transnational Institute und emeritierter Professor in Caracas. Er war maßgeblich an der Organisation des Weltsozialforums 2006 in Caracas beteiligt.

Herr Kapital und Frau Erde Blauer Planet im Würgegriff



Wasser, der Biodiversität und dem Klima hängt die Welternährung. Sie stützt sich zu 75 % auf Weizen, Reis und Mais. In der industrialisierten Landwirtschaft, die fast vollständig auf hohe Dünger- und Insektizidgaben angewiesen ist, wird mehr technische Energie verbraucht als sie an biologischer liefert. Ihr geht es dank massiver Staatsbeihilfen richtig gut, während Ökolandbau und Naturschutz schwer zu kämpfen haben. Ähnlich steht es um den Primärenergieverbrauch, der gegenwärtig zu 80% aus Kohle, Öl und Gas gedeckt wird, dem Lebenssaft kapitalistischer Gesellschaften. Nur der Rest entfällt auf erneuerbare Energien.

Süßwasser birgt (noch) eine relativ zu anderen Umweltsystemen hohe Faunavielfalt. Es wird zur Hälfte vom Menschen vernutzt, zwar in der Menge meist ausreichend, aber oft stark verschmutzt, z.B. durch Fäkalien und Phosphate, und voller Krankheitserreger. 4/5 aller Krankheiten auf der südlichen Erdhalbkugel gehen auf den Verbrauch unsauberen Wassers zurück, aber auch in den USA steigt diese Rate. Malaria, Cholera und Typhus breiten sich erneut aus. Die Hälfte der Weltbevölkerung hat keine angemessenen sanitären Anlagen und ca. eine Mrd. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Pro Jahr sterben 1,5 Mio Kinder an diesem Mangel und die dadurch ausgelösten Krankheiten. Der Weltwasserverbrauch hat sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vervierfacht, doppelt so viel wie in der Industrie, die wie die Haushalte das Wasser obendrein verunreinigt, Verluste durch Verdunsten und Versickern nicht gerechnet. Pro Einheit Gebrauchsgut wird das Mehrfache an Wasser verbraucht, was die zur Verfügung stehende Menge übersteigt. Der Quell des Lebens wird in erschreckendem Ausmaß vernutzt, verschmutzt und verschwendet. Eine weltweite Süßwasserkrise droht. Verteilungskämpfe um Wasser stehen an. Die Verbräuche sind in den Indust-

Keine andere Produktionsweise vor ihr hat die Natur vor und außerhalb des unmittelbaren Geltungsbereichs der Gesellschaft derart genutzt und umgewandelt wie die kapitalistische. Anscheinend grenzenlos verwendet sie deren als unendlich und kostenlos angesehenen Stoffe zur Herstellung von Tauschwerten, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei mißachtet sie deren Besonderheiten und untergräbt dadurch ihre eigenen natürlichen Voraussetzungen. Das liegt schon an den zerstörerischen Wirkungen der naturtransformierenden Arbeit selber; die kapitalistische Produktionsweise versucht jedoch, systematisch die für Erhaltung und Wiederherstellung der menschlichen und natürlichen Bedingungen gezogenen Grenzen beständig zu überspringen. Was ehemals ein Ursprung der frühen Akkumulation war, erweist sich nun als Bumerang.

Wir sehen und wissen, dass sowohl Rohstoffe wie Luft, Wasser und Boden in die landwirtschaftliche und industrielle Produktion sowie in die private und öffentliche Konsumtion eingehen. Auf allen Stufen fällt Energiebedarf an. Naturstoffe werden

verbraucht und/oder denaturiert. Die Menschen beanspruchen derzeit 40 % der Nettoprimärproduktion der Erde; 60 % gelten als absolute Grenze. Nach dem 2. thermodynamischen Gesetz entstehen dabei unvermeidliche Verluste in der Stoff- und Energiebilanz, bis irgendwann Stockung eintritt. Die Exkremente dieser Vorgänge werden weggeworfen oder gelangen zur Ausgangsbasis zurück und können nur mit hohem Energie- und Arbeitsaufwand wieder nutzbar gemacht werden.

Die Industrieländer sind weit überproportional an der Nutzung der Umwelt und ihrer Ressourcen beteiligt. In der Schweiz etwa verbraucht jeder Bürger jährlich 90 t Grundstoffe, davon 2/3 als Wasser. Ressourcenausbeutung und Umweltzerstörung werden über den Außenhandel auch in viele sich entwickelnde Länder transportiert. Dort zieht ebenfalls ökologische Entropie ein, d.h. Zerfall von energetischen Ordnungsstrukturen, gefolgt von sozialer durch exponentielles Bevölkerungswachstum, sozioökonomischer Unterentwicklung und sich verschlechternder kollektiver Lebensqualität. Am verfügbaren Boden, am

rie- und Entwicklungsländern höchst ungleich. Währenddessen wird es vom Kapital privatisiert und in Wert gesetzt, wobei gewaltige Profite eingestrichen werden oder winken. Der Weltmassermarkt wird auf 400 Mrd. Dollar geschätzt.

Die Veränderung des Weltklimas schreitet drastisch voran. Die gewichtigsten Ursachen des sog. Treibhauseffekts liegen im vermehrten Ausstoß von Klimagasen (Kohlendioxid, Stickoxid und (Fluor)Kohlenwasserstoff), da durch sie die Wärmestrahlung der Erde nicht ins All entweichen kann. Sie werden erzeugt durch eine energie- und stoffintensive Produktions- und Lebensweise. Auftauen der Permafrostböden und Auflösung der Methanhydrate am Meeresboden können rückkoppelnd diesen Prozeß noch verstärken. Entgegen den Gleichgewichtsbedingungen der Atmosphäre seit 10 000 Jahren werden dadurch die grundlegenden biochemischen Zyklen gestört. Die Schätzungen der Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts reichen von einem bis sechs Grad an Zunahme. Nach einer langen Phase der Stabilität erfolgt der Anstieg von Treibhausgasemissionen, Temperaturen und des Meeresspiegels seit Jahrzehnten sprunghaft.

2005 gab es 6,5 Mrd. Menschen auf der Erde, 2040 werden es wahrscheinlich 8 Mrd. sein. Die Zuwachsrate ist jedoch in den letzten Jahren gesunken. Es ist umstritten, inwieweit die Erde eine solche Masse, die körperlich immerhin gut 500 Mrd. kg auf die Waage bringt, vertragen und ernähren kann. Mit Sicherheit hat es Folgen für den Druck auf die Ressourcen, die Kapitalausstattung und Arbeitsproduktivität sowie die Siedlungsdichte. Die bloße Menge der Bevölkerung ist allerdings weniger entscheidend als Ebene und Intensität ihrer ökonomischen Aktivitäten und deren ökologische Konsequenzen. Davon hängt auch der Naturzustand ab.

Ursache und Wirkung

Bisher haben wir einen Blick auf die erscheinende Oberfläche der bereits einsetzenden Ökokrise in der Welt geworfen. Darin tritt sie, gerade weil das allgemein akzeptiert wird, als naturwüchsig auf. Die menschen-

gemachten bzw. politökonomisch hervorgerufenen Ursachen waren bisher nicht im Blick. Dabei geht es hier ums Ganze, nämlich die Quelle des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, das, wie wir gesehen haben, von einem erdrückenden Übergewicht menschlicher Faktoren gekennzeichnet ist. Das hat, und noch nicht einmal im kritischen Zweig der ökologischen Wissenschaft, zur Formulierung geführt, dass wir uns im Anthropozän, d.h. eines auf menschlicher Aktivität gegründeten Erdzeitalters befinden, zum ersten Mal, seit es die Erde gibt. Die Reichweite dieser Erkenntnis erschließt sich im analytischen Zugriff auf den bestehenden Zustand wie in der Frage, welche Abhilfen es ihm und den ihm innewohnenden schwerwiegenden Gefahren gegenüber geben müßte und kann. Jegliche Argumentation, die das nicht aufnimmt, muß an den bestehenden Zuständen abgeleiten. Wir können weder auf die Selbstheilungskräfte des Planeten noch auf die Einsichtigkeit in den drohenden Zusammenbruch unserer ökologischen Grundlagen bauen. Was wir hingegen brauchen, sind Forschung und Debatte zu den Ursachen, aus denen sich angemessene Gegenstrategien herzuleiten haben. Die Kluft zwischen dem, was wirtschaftlich läuft und dem ökonomisch-ökologisch Möglichen war noch nie so groß wie heute. Natürliche und soziale Armut sind die Zwillingsschwester der kapitalistischen Überakkumulation.

Die herrschende Produktions- und Lebensweise gestaltet die Umwelt. Indem die Menschen sich durch Arbeit reproduzieren (und den Profit vermehren), setzt sich die „Rationalität okzidentaler Naturbeherrschung“ (Max Weber) auch und gerade gegenüber der Natur durch. Im Vordergrund steht heute die tauschwertmaximierende Struktur und Operation des Weltmarkts, in welche (fast) alle Länder, Kulturen und Ressourcen hineingezogen werden. Obgleich selbst nur produziert, erscheinen sie als unumgehbarer Sachzwang. Seit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ab der frühen Neuzeit in Europa ist die Ökologie des Menschen und der Natur den Gesetzen der Ökonomie unterworfen worden. Die Kapitalherrschaft bemächtigte sich des Erdballs, auch und gerade

der Arbeitskraft. Im neoliberalen Siegeszug mit seiner Vergötzung des Marktes wurde die moderne politische Ökologie als Wissenschaft des gesellschaftlichen Naturverhältnisses geboren; eher aus naturschützenden Kreisen als aus der Arbeiterbewegung, welche die Natur des Arbeitsvermögens gegen das Kapitaldiktat zu schützen hätte.

Die Doppelform der Ware als Stoff und Wertquantum schlägt sich auf dem Markt in Geldform nieder. In ihm realisieren sich Wert und Mehrwert als Grundlage erweiterter Kapitalakkumulation. Natur ist bloße Unterlage dieser Bewegung, welcher sie ansonsten äußerlich und gleichgültig ist. Allerdings ist „sie ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte...als die Arbeit, die selbst nur Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“ (Marx, MEW 19, 15) Selbstzweck des Prozesses ist die Vermehrung des Kapitalwerts. Konkret-nützliche Arbeit und die Naturgrundlagen sind der Stoff dieser Bewegung, die sich als Macht der Gesellschaft auferlegt. Damit ist ein spezifisches Naturverhältnis etabliert. Die ökonomische Rationalität dieser Gesellschaftsformation, die auf Privateigentum, Eigennutz und Wettbewerb beruht, schließt sich von ihren zerstörerischen ökologischen Folgen ab und zerspaltet die Welt in bewußte Nutzer und ‚bewußtlose‘ zur Warenform Benutzte. Die einen besitzen, die anderen werden besessen. Naturstoffe bilden bloß eine profitbetriebene Werkkammer. Jegliches Verwandtschaftsband ist hier zerschnitten. Der ‚große Räuber‘ Kapital steht an der Spitze der Nahrungs- bzw. Nutzenkette. Er folgt einer (selbst) mörderischen, von der Fülle (nicht) menschlichen Lebens abgekoppelten Rationalität.

Nicht irgendwelche natürlichen Gegenstände bilden den obersten Fetisch dieser Produktionsweise, sondern das Kapital und seine Bewegung in Ware und Geld. „Das bloß atomistische Verhalten der Menschen zu ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß und daher die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten individuellen Tun unabhängige, sachliche Gestalt ihrer eigenen Produktionsverhältnisse“ erscheinen in der von ihnen losgerissenen Waren- und Geldform der Produkte. (Marx,

Kapital I, MEW 23, 108) Karl Polanyi beschrieb diesen Vorgang als Entbettung. Natur, Arbeit und Leben sind der Kapitalverwertung untergeordnet; deren Verhältnis reproduziert die strukturellen Zwänge der Gesellschaft. Die modernen Produktivkräfte verhalten sich zur Natur als totem Stoff und zum Arbeiter als verdinglichtes Anhängsel der Maschine. Eine winzige Oligarchie beherrscht alle erheblichen ökonomischen, politischen und kulturellen Entscheidungsprozesse, obwohl sie ihnen in Wahrheit nur aufsitzt. Der Neoliberalismus besetzt gegenwärtig die ideologische Leerstelle zwischen der wachsenden Rationalität der Produktionsmethoden und der ausufernden Irrationalität im Ablauf und den Resultaten des Ganzen. Er behauptet, die Steigerung der marktorientierten Prozeduren beseitige die Übel, welche er erst eigentlich hervorrief bzw. verschärft, nämlich eine kaum verantwortliche Produktion und Konsumtion, die zur biosphärischen Degradation und Leid führt. Ein immer größerer Teil des Güterausstoßes ist, gemessen an gesellschaftlich-geschichtlichen Grundbedürfnissen, verschwenderisch, ja destruktiv, denken wir nur an den gewaltigen Rüstungshaushalt der USA. Während das Warenuniversum blüht, ächzt die Erde.

Die kapitalistische Inwertsetzung zerstört nicht nur ihre eigenen natürlichen Grundlagen. In der Biotechnologie, intensiven Landwirtschaft oder der Indienstnahme des Meeresbodens und des Weltraums eröffnet sie neue Felder der Kapitalakkumulation. Währenddessen vollziehen sich beispielsweise im Land Grabbing (Landraub) oder im offshore-farming (Küstenfarmbetrieb) der Fischzucht Momente der ursprünglichen Akkumulation. Die kapitalistische Produktionsweise hat seit je die Erde als ihre Schatzkammer betrachtet, wie Rosa Luxemburg herausarbeitete. Um den produzierten Mehrwert produktiv zu verwenden, erstrebt sie eine möglichst unumschränkte globale Auswahl ihrer Aktivitäten, was zu einer unaufhörlichen Suche nach Investitionsmöglichkeiten, materiellen Ressourcen und Arbeitskräften führt. Die zunehmende Finanzialisierung des Kapitals bedeutet eine weitere Verselbständigung und Abstraktion der wertheckenden Bewegung gegen-

über ihrer stofflichen Basis, was eine der Grundvorgänge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften darstellt. Es sind nicht zuletzt die hohen Renditeerwartungen dieses Vorgangs, die auch die Auspowerung der Natur antreiben.

Das was heute die ökologische Krise genannt wird, ist dem Kapitalismus als Folge systemimmanenter gesellschaftlicher Widersprüche eingeschrieben. Für Marx erscheint Natur immer als geschichtlich-gesellschaftlich geformte, aus welcher Beziehung auch ihre krisenhafte Entwicklung stammt. Die Kapitalkumulation auf wachsender Stufenleiter schließt unweigerlich einen steigenden Materialverbrauch ein, selbst wenn er relativ sinkt. Ihre quasi naturgesetzliche Funktion führt unweigerlich die Ausbeutung des Menschen sowie die Ausplünderung der Natur mit sich. Die Dreieit von Kapitalismus, Industrie und Fossilregime (Kohle, Erdöl und -gas) bildet das Schwungrad der herrschenden Produktions- und Lebensweise. Was allein zählt, ist die Vermehrung des vorgeschossenen Kapitalwerts. „Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann.“ (Marx, Kapital III, MEW 25, 269) Sie allein bewegt den „Koloss des Wirklichen“, den schier „subjektlosen Kapitalismus“. (Adorno/Horkheimer) Das rationale globale Marktsystem, das unter neoliberaler Obhut die gesellschaftliche Herrschaft beansprucht, ist das Tummelfeld der managerialen „Charaktermasken“, die entbettet von sozialen oder ökologischen Belangen zu handeln trachten. Sie muten gegenüber der weiblich aufgefaßten Natur als egoistisch-kalkulative Herrensubjekte an. Das aktive ‚Eine‘ erlegt sich dem passiven ‚Anderen‘ auf.

In der Konkurrenz der vielen Kapitale wird der Markt konditioniert. Auch Grund und Boden sind ihr ausgeliefert, was derzeit zu absurden Grundstückspreisen und Mieten führt. Sie agiert auch auf dem Sektor der Landwirtschaft und verdrängt nicht kapitalförmige Produzenten. In dieser Bewegung wälzen sich beständig die technischen und gesellschaftlichen Grundlagen der Produktion um. Die natürlichen Bedingungen

derselben sind ihr vorgelagert und gehen sie nur nach Reichhaltigkeit und Kosten etwas an. Sie werden teilweise gratis angeeignet wie die Luft oder selbst in Wert gesetzt. Dabei handelt es sich nicht um einen Pappentstiel. In einem Artikel der Zeitschrift „nature“ (15.5. 1997) wird der Beitrag natürlicher Faktoren zum globalen Reichtum auf 16 000 bis 54 000 Mrd. Dollar geschätzt. Die Bestäubungsleistung von Insekten wird in den USA mit knapp 200 Mrd. Dollar berechnet. Es gibt allerdings keine für die Natur und die Produktion gleichermaßen plausible Recheneinheit.

Die natürlichen Ressourcen scheinen im Grundsatz unendlich zu sein und sind mit ökonomischen Kategorien gar nicht zu erfassen. Wird allerdings die Belastbarkeit der Erde überschritten, tauchen Knappheit und steigende Kosten auf und beeinträchtigen die Kapitalakkumulation. Insoweit liegt hier durchaus eine Schranke der Kapitalverwertung, von Krise und Klassenkampf nicht zu reden. Für Marx standen primär die ökologischen Folgen der kapitalistischen Ökonomie und nicht die möglicherweise krisenhaften systemischen Grenzen vermittels des Naturverbrauchs im Vordergrund. Der einsetzende ökomarxistische Diskurs nimmt den Charakter des vorhandenen gesellschaftlichen Naturverhältnisses vermehrt und differenzierter in den Blick, auch und gerade um Alternativen noch im Rahmen des Bestehenden aufzuweisen. Denn der Teufel kapitalistischer Naturzerstörung ist kein globaler Totschlag in toto, sondern wird auch eingehegt nicht nur von der ökologischen Bewegung, sondern ebenfalls von den Eigeninteressen seiner Fortexistenz, wie schwach und widersprüchlich auch immer. Jenseits der notwendigen Kritik bleiben die Details mühevoller Kleinarbeit an der gesellschaftlichen Ökologie.

Ökoethik und Klassenkampf

Das Vorgetragene soll helfen, Ursachen, Konturen und Folgen der ökologischen Krise ins Auge zu fassen. Als solche ist sie unleugbar, wenn man denn hinschauen will. Viel wird aber verdrängt. Das liefert gewissermaßen den Zollstock

für den human-ökologischen Umbau des Lebenshauses. Information und Kenntnis bilden nur den einen Hebel, den anderen freilich die theoretisch-praktische Aufklärung der Gesellschaft über sich selbst. Dafür wird es unverzichtbar sein, dem herrschenden Profitmotiv mindestens Zügel anzulegen; seine Aushebelung steht angesichts der Verhältnisse der Klassenkräfte nicht unmittelbar an. Das herrschende gesellschaftliche Naturverhältnis ist weder das erste noch das letzte Wort der Geschichte. Individuelle Einsicht und naturverträgliches Handeln dürften für seinen Wandel allerdings nicht genügen.

Schon vor 40 Jahren beschloß die UNO eine „Weltcharta für die Natur“. Eine ökologische theologisch-sozialmoralische Sittenlehre verlangt zuoberst den Schutz der gegebenen wie der evolutionär möglichen Natur. Wir sind in die Rolle der Verantwortung gedrängt. Sie wahrzunehmen erfordert einen klaren Blick und erhebliche Ausdauer. Eine entschiedene basisorientierte Demokratie schliesse auch die Rechte der Natur und jedes (nicht)menschlichen Lebens ein. Gelingt das nicht, spricht der hartgesottene Ökolog, schaufele sich die Menschheit eben ihr eigenes Grab. Eine ökologische Ethik hingegen fußt auf den Umweltfolgen des kapitalistischen Produktivismus und Konsumismus. Was hindert uns am Umdenken und umweltverträglicheren Handeln? Das liegt gewiß auch an einer komplexen und widersprüchlichen aktuellen Lage des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft. Auch haben wir Schwierigkeiten, in weiter entfernte Zeiträume zu schauen.

Wie soll eine moderne Industriegesellschaft aussehen, die nicht auf steigenden Ressourcenverbrauch, wachsende Umweltzerstörung und Zunahme gefährlicher Emissionen baut? Der französische Enzyklopädist Holbach wußte bereits vor 250 Jahren, daß eine unmäßig lebende Zivilisation sich in Zukunft wird einiges versagen müssen. Der „environmental holocaust“ (Jared Diamond) ist im Gang. Die bürgerliche Gesellschaft wird ihre Exzesse fortsetzen, wenn sie nicht daran gehindert wird. Solange sie um den Profitmittelpunkt kreist, wird Frau Erde weiter unter Herrn Kapital leiden. Doch sind keineswegs alle Möglichkeiten, den Stoff- und



Energiedurchsatz von Produktion und Konsumtion zu senken, angereizt. Letztendlich ist das eine Klassenfrage. Wer bürdet wem welche Lasten auf? Am meisten leiden unter der ökologischen Krise die Ärmsten der Welt. Ohne ein grundlegende Änderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist das, wie Naomi Klein betont, nicht zu haben. Viele spirituelle und meditative Praktiken zielen darauf. Wenn es stimmt, dass das gesellschaftliche Verhältnis unter den Menschen das zur Natur bedingt und umgekehrt, muß für einen ökologischen Wandel beides anvisiert werden. Im ökologischen Imperialismus greifen die Entwürdigung der Erde und des Menschen Hand in Hand. Klima- und Arbeitskampf sind von daher zwei Facetten der gleichen Sache, nämlich der Bewahrung der Natur vor dem Zugriff des Kapitals, der gegenwärtig obenan steht.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen ist allerdings auch und gerade in der Produktion wenig erschüttert. Jeder Erfolg im vielschrittigen Prozeß hin zu einer menschlich-natürlichen Ökologie und die koproduktive Umwälzung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ist an die Klassenzustände gebunden. Die herrschende ökonomische Logik mit ihrer Verdinglichung und Entfremdung des Menschen wird in Frage zu stellen und zu überwinden sein. Naomi Klein spricht die vielen möglichen und notwendigen Aktionen des Widerstands an, auch und gerade gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft, als „blockadia“ an. Die materiellen Mittel einer Wende

zur Schonung von Mensch und Natur sind durchaus vorhanden. Seit Friedrich Engels haben es gewerkschaftliche und sozialdemokratische Gruppierungen an Äußerungen zu ökologischen Problemen nicht fehlen lassen. Und auch im Alltagskampf geht es um menschenwürdige und naturgerechte Arbeits- und Lebensbedingungen.

Wissen um das real Mögliche ist mit dem Ansatz der radikalen Kritik zu verbinden, um Nah- wie Fernpfade der Befreiung ausfindig zu machen. Die Vorstellung einer künftigen ‚Einheit‘ mit der Natur fordert eine veränderte Wirklichkeit durch befreite Produktion und reintegrierte Phantasie. Es gibt durchaus reformerische Ansätze etwa seitens der WBGU, des wissenschaftlichen Umweltbeirats der Bundesregierung, welche die Verhältnisse aufhellen und mindestens ansatzweise verwirklichtbar erscheinen lassen. Es sind Zeichen auf dem Weg zu einem neuen Naturverhältnis. Die Geschichte hat ein solches bislang nicht geliefert, auch und gerade nicht in den sozialistischen Ländern. 1843, in versteinerten Verhältnissen, schrieb Marx an Arnold Ruge: „Wenn ich nicht an ihr (der Gegenwart) verzweifle, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“ (MEW 1, 342).

Gerhard Armanski

Die Ausführungen stützen sich u.a. auf mein Buch „Monsieur le Capital und Madame la Terre. Blauer Planet im Würgegriff“. Münster: Westfälisches Dampfboot 2015. Darin auch weiterführende Literatur.

Bremen-Wahl: SPD am Scheidepunkt



Von links: Kristina Vogt (Linke), Maïke Schaefer (Grüne) und Carsten Sieling (SPD)

Opposition oder weitermachen wie bisher? Die regierende SPD ist jedenfalls weit abhängiger geworden von möglichen Koalitionspartnern. Die Wahldebakel der SPD setzten sich auch in ihrer hanseatischen Stammhochburg gravierend fort. Für die Sozialdemokraten im kleinsten Bundesland der BRD mit 474.103 Wahlberechtigten in Bremen und Bremerhaven, deutete sich dies schon bei der lange einzigen Umfrage vom September 2018 an. Demnach war ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der hanseatisch traditionell schwachen CDU bei 25 bis 26 Prozent der Stimmen zu erwarten. Dieser Trend setzte sich in den letzten Umfragen vom Mai 2019 fort, bzw. schlug noch deutlicher zuungunsten der SPD durch. Die CDU konnte demnach erstmals knapp stärkste Fraktion werden und die Mehrheit für Rot-Grün stand ohne einen Dritten im Bunde in Frage. Neun Tage vor der Wahl verkündete die SPD, weder mit der CDU noch FDP koalieren zu wollen. Der Ausgang am 26. Mai versprach also durchaus interessant zu werden.

SPD oder CDU in der Entscheidung

SPD-Bürgermeister und Spitzenkandidat Carsten Sieling (*1959) hat seine erste Legislatur mit einer krachenden Niederlage von fast acht

Prozent Verlust für seine Partei beendet. Er sah im Ergebnis „bittere Zahlen, wir hatten andere Erwartungen“. Der gebürtige Niedersachse aus Nienburg an der Weser und etwas farblos wirkende, gemäßigte SPD-Linke, hat das Image eines eher zurückhaltenden, nüchternen und rednerisch wenig zündenden Parteiarbeiters. SPD-Altbürgermeister Henning Scherf kommentierte: „Das ist ein Lernprozess, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir nicht wie selbstverständlich immer die Stärksten sind“. Von 1995 bis 2003 koalierte er selbst drei Mal mit der CDU und gab mitten in der 3. Legislatur auf, so sehr hatte es den von Haus aus Parteilinken verschlissen. Der moderate Jens Böhrnsen löste ihn ab. Vom Ex-SPD-Landesvorsitzenden und ehemaligen IGM-Bevollmächtigten, Dieter Reinken, kam nur drei Tage nach der verlorenen Wahl harsche Kritik an der Führung aus Bürgermeister Sieling und SPD-Landeschefin Sascha Aulepp, die er ein „Duo der Verlierer“ nannte und ihren Austausch verlangte. Auch ein scheidender langjähriger SPD-Parlamentarier mit Karriere erst Bürgerinitiativ-Protestler, dann Grüner und schließlich zur SPD, Klaus Möhle, fand kritische Worte zur Lage seiner Partei: Man hätte schon aus der „vergeigten“ Wahl 2015 nichts gelernt. Von einer Bereitschaft zur Aufarbeitung und Kritik sei diesmal noch weniger zu spüren, das sei schlicht „gruselig“, sagte er dem *Weser-Kurier*. Beim Ergebnis der

als Schicksalswahl hochstilisierten EU-Wahl konnte die SPD das arg geschwächte Kräftebild wieder etwas grade rücken, indem sie – wie bei der Bremen-Wahl wenigstens in Bremerhaven – erneut stärkste Kraft wurde. Es entfielen 24,5 Prozent EU-Stimmen auf die SPD (dennoch auch hier fast 10 Prozent Verlust), 22,7 Prozent auf die Grünen, CDU 21,9 Prozent, Die Linke nur 7,9 Prozent, FDP 4,7 und AfD 7,7 Prozent bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung von 62,8 Prozent gegenüber 40,3 Prozent 2014. Bremen wird allerdings künftig im EU-Parlament nur noch mit einem Abgeordneten, dem Sozialdemokraten Joachim Schuster, vertreten sein.

Dem agil auftretenden IT-Unternehmer und Quereinsteiger Carsten Meyer-Heder (*1961) fehlt als Spitzenkandidat der CDU (Slogan: „*Unser Bremen kann mehr*“), der er erst seit 2018 angehört, noch sichtlich die politische Beschlagenheit. Der stämmige 2-Meter-Mann mit Markenzeichen Glatze, der schon vom Erscheinungsbild Eindruck macht, bemühte sich, im Wahlkampf mit flotten und auch hohlen Sprüchen Dynamik zu versprühen und lockere Zuversicht zu verbreiten, auch die 30 Prozent zu knacken. Dem in Bremen geborenen, lokalen „*Unternehmer des Jahres 2014*“, der bis zur Wahl die Unternehmensgruppe *team neusta* mit etwa 1.200 Mitarbeitern leitete, traute man als Macher-Typ notwendige Innovationsfähigkeit und Erneuerungskompetenz offenbar eher zu. Im lokalen TV-Nachrichtenmagazin *buten un binnen* sagte er in der Elefantenrunde am Wahlabend: „*Im Wesentlichen haben die Wählerinnen und Wähler drei Sachen entschieden: Sie möchten nicht mehr, dass die SPD regiert, sie haben die CDU gewählt für eine bessere Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und sie haben die Grünen gewählt für mehr Umwelt- und Klimaschutz*“. Die sich allerdings mit dieser saloppen Aufgabenteilung kaum zufrieden geben dürften. Der Unterschied zwischen Sieling und Meyer-Heder im Auftreten wie auch bei den direkten Kandidatenstimmen (65.000 zu

104.000) bestimmte auch den öffentlichen Eindruck, den sie hinterließen und erklärt vielleicht sogar zum Teil auch den wachsenden Zuspruch für einen Politneuling, werden „unverbraachte“ Gesichter doch mehr denn je gesucht. Einer, dem man aber auch zutrauen könnte, dass er wieder abspringt, wenn der schnelle Erfolg ausbleibt. Der Politikwissenschaftler Andreas Klee meinte in der NDR-TV-Wahlsendung *Bremen hat gewählt*, dass es die SPD in den letzten 20 Jahren nicht mehr geschafft habe, ihr eigentliches Wählerpotenzial zu mobilisieren. Die Parteien in der Mitte würden unschärfer, deshalb nehme die Neigung zu, ein Experiment zu wagen. Viele SPD-Wählende waren zu den Grünen abgewandert.

Das Wahlergebnis vom 26. Mai

Ein vorläufiges amtliches Endergebnis lag erst im Verlauf des Donnerstags vor, was am komplizierten Bremer Wahlverfahren seit 2011 liegt, wonach jeder Wähler nicht nur eine, sondern fünf Stimmen hat, die er oder sie beliebig auf die Listen oder Personen verteilen konnte (kumulieren und panaschieren), was aus dem Stimmzettel ein ganzes Heft machte. Zugleich fanden in Bremen auch noch die kommunale Beiratswahl und in Bremerhaven die gesonderte Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung (SVV) statt. Die 22 Beiräte sind Stadtteilparlamente mit eingeschränkten Entscheidungsmöglichkeiten. Sie wählen die Ortsamtsleiter der Stadtteile, haben eigene Budgets für stadtteilbezogene Projekte und sollen für Bürgernähe und Behördenberatung sorgen. Bremerhavens Eigenständigkeit schlägt sich in einer mit getrenntem Stimmzettel gewählten, eigenen kommunalen Stadtverordneten-Versammlung mit umfassenden Rechten nieder. Die *Frankfurter Allgemeine* bezeichnet die Stadt als „freieste Kommune der Welt“. In der SVV ging die bestehende Mehrheit der regierenden SPD-CDU-Koalition durch klare Verluste beider Parteien (SPD -8,3, CDU -3 %) verloren. 73 Jahre ununterbrochener Regierung seit 1945 haben nicht nur einen ausgeprägten SPD-Filz und abgenutzte Routine entstehen lassen, sondern auch – nicht ohne Eigennutz – solche

bürgerfreundlichen Organe geschaffen. Es fand zusammen mit der EU-Wahl eine mehrfache Abstimmung plus Volksentscheid über ein Bauprojekt der Stadt statt. Das konnte den einen oder die andere schon mal etwas verwirren, verzögerte aber auch die zentrale Stimmenausschüttung erheblich. Die Wahlbeteiligung hatte deutlich zugenommen von 2015 50,1 Prozent auf nun 64 Prozent. Vielen war offenbar klar, was die Stunde für die großen Parteien so oder so geschlagen hatte. Vor allem gab es eine verbreitete Stimmung gegen ein „weiter so“ mit Rot-Grün, was besonders die CDU für sich nutzte. Das Endergebnis im Einzelnen (in Klammer zum Vergleich: die Zahlen von 2015):

SPD: 24,9 %/23 Sitze (32,8 %/30 Sitze); CDU: 26,7/24 (22,4/20); Grüne: 17,4/16 (15,1/14); Linke: 11,3/10 (9,5/8); FDP: 5,9/5 (6,6/6); AfD: 6,1/5 (5,5/4); Bürger in Wut: 2,4/1 (3,2/1); Andere: 5,3/- (5,0/-).

Zweifellos kommt dieses Ergebnis einer SPD-Abwahl gleich! Und es fragt sich, ob es aus Sicht der Linken eine so gute Idee ist, sich nur um der Macht willen für eine Koalition mit einer abgewirtschafteten SPD und starken Grünen in Stellung zu bringen. Die Wahlgewinnerin CDU schnitt in Bremen-Stadt mit teilweise Werten deutlich über 40 und 50 Prozent ab, im peripheren „Speckgürtel“ (Blockland, Strom, Seehausen) und Randstadtteilen des gehobenen Mittelstands und der gut Verdienenden wie in Schwachhausen, Horn, Borgfeld und Oberneuland. Ihr bestes Ergebnis erzielte die SPD dennoch im „Problemstadtteil“ Gröpelingen im nahen Hafengebiet mit 36,7 Prozent (CDU: 20,5; Linke: 11,5; AfD 10,3 %). 30 Prozent und knapp darüber konnte sie nur noch in zwei weiteren Stimmbezirken (Osterholz ganz im Osten mit dem sozialen Brennpunkt Tenover und Woltmershausen links der Weser) verbuchen. Die Grünen kamen oft auf gute Ergebnisse dort, wo auch die CDU am meisten punktete, zu Lasten der SPD. In den drei Bezirken Mitte, Neustadt (links der Weser) und Östliche Vorstadt (nahe Zentrum) wurden die Grünen mit deutlich über 20 Prozent sogar stärkste Fraktion. In den beliebten Wohn-Stadtteilen mit grünen Erholungsflächen konzentrieren sich vor allem studentische, linksalternative und bildungsbürger-

liche Milieus. Auch die Linke schnitt hier überdurchschnittlich ab und kam auf ihre höchsten Werte (Mitte: 20,1; Östl. Vorstadt: 23,5; Neustadt: 19,7). In allen drei Bezirken landete die AfD bei unter 4 Prozent. Die FDP liegt klar über ihrem Ergebnis nur in Blockland, Borgfeld und im noblen Oberneuland. Ihren höchsten Wert mit 12,6 Prozent erzielte die AfD in Blumenthal (Bremen-Nord), wo nahebei in Vegesack die Vulkan-Werft ansässig war und der kleinbürgerlich-proletarische und verarmte Anteil an der Bevölkerung im Vergleich hoch ist.

Strukturwandel und wirtschaftlicher Hintergrund

Der Zwei-Städtestaat an der Unterweser ist nicht nur kleinstes Bundesland, sondern hat mit einer Quote von rund 10 Prozent (Bund: 4,9 %) auch deutlich die höchste Arbeitslosenzahl aller Bundesländer (34.818; Stand: April 2019). Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 2018 436.000, davon etwa ein Drittel in Großbetrieben. Der Anteil Bremens am nationalen Bruttoinlandsprodukt betrug 2017 mit 33,7 Milliarden Euro ein Prozent. Eine genauere Darstellung des strukturellen und arbeitsmarktpolitischen Wandels der letzten 30 bis 35 Jahre muss hier aus Platzgründen unterbleiben. Doch genau in dieser Entwicklung ist der Hauptgrund für den erheblichen Rückgang des Stammwählerzuspruchs für die SPD und das Überholen der CDU zu sehen. Deshalb hier nur ein kurzer Abriss der wesentlichen Verschiebungen. Als erstes wären sowohl die Krisen im Werft- und Stahlbereich zu nennen. Durch die Schließung der beiden großen Werften Bremer Vulkan in Bremen-Nord und AG Weser im Bremer Westen in den 1980er Jahren wurden jeweils mehrere tausend Beschäftigte binnen weniger Jahre arbeitslos. Sie fanden bei weitem nicht immer Anschlussbeschäftigung, zum Beispiel in der kleineren Lürssen-Werft jenseits der Weser im niedersächsischen Lemwerder, mit den Schwerpunkten Spezialyacht- und Rüstungsschiffbau (Fregatten) und 1.400 Beschäftigten. Oder auch im neu angesiedelten Automobilwerk von Mercedes Benz im Bremer

Osten auf dem ehemaligen Gelände von Borgward und Hanomag. Mit aktuell etwa 12.500 Beschäftigten Bremens größter privater Arbeitgeber nach der Stadt (40.000) und den Häfen (57.000). Daraus baute sich allmählich ein Sockel von Langzeitarbeitslosen auf, der aktuell etwa um die 15.000 Betroffene (2018) umfasst. Hinzu kam die schwere Krise durch billige Stahlimporte und asiatische Weltkonkurrenz bei den Klöckner Stahlwerken und deren Übernahme durch den weltgrößten belgischen Stahlkonzern Arcelor-Mittal. Die Produktionspalette wurde deutlich reduziert und Personal eingespart, so dass heute noch etwa 3.100 Stahlwerker beschäftigt werden. Die Schiffbaukumpel nahmen der regierenden SPD das Werften-Aus sehr übel, was dem prominenten Bürgermeister Hans Koschnick das politische Amt und der SPD viele Sympathien in der Arbeiterschaft und ihren Familien kostete.

Mit diesen Entwicklungen einher ging eine völlige Umstrukturierung des Betriebs der beiden Häfen hin zum zeit- und personaleinsparenden, automatisierten Containerumschlag mit großem Güterverteilzentrum in Bremen-Stadt. Kaffee-, Tee-, Baumwoll- und Tabakumschlag, seit jeher traditionelle Säulen des Hafengeschäfts, brachen zum Teil völlig ein oder verschwanden ganz. Tabak- und Baumwollbörse schlossen die Pforten. Man schüttete den im alten Stil nicht mehr lukrativen Überseehafen zu und errichtete darauf die Überseestadt mit komfortablen Wohnungen für zahlungskräftige Mieter und Käufer. Die Einwohnerstruktur veränderte sich erheblich. Die traditionelle Nähe von Arbeits- und Wohnstätten im Hafennareal wurde aufgesprengt, alte proletarische Milieus schrumpften merklich zusammen oder verschwanden ganz. Gröpelingen (eine Wahl-„Hochburg“ der AfD) im Nordwesten ist heute ein verarmender „Problemstadtteil“ mit vielen türkischen Mitbürgern, Arbeitslosen und ausländischen Bewohnern. Jeder fünfte Bremer lebt an der Armutsgrenze. Der Bremer Westen und der Arbeiter- und einstige Fischereistandort Bremen-Nord sind nicht mehr die Wähler-Bastion der SPD wie ehemals. Hier haben CDU und Grüne klar aufgeholt.

Fusionen und Übernahmen gab es auch im Nahrungs- und Genussmittelbereich. Die 1981 fusionierten beiden Bremer Großbrauereien Haake Beck und Beck's Bier gingen 2002 auf im belgischen Brauerei-Weltkonzern Anheuser-Busch mit einer gestreckten Belegschaft von heute noch etwa 1.400 Beschäftigten. Bei der Zusammensetzung der Beschäftigten kam es zu tiefgreifenden Verschiebungen von Facharbeitern und angelernten Arbeitskräften hin zu hochqualifizierten Technischen Angestellten und Ingenieuren, die lange nicht mehr die gleiche bodenständige Solidar- und Gewerkschaftsorientierung mitbringen. Bremen wurde sozusagen als „Ausgleich“ zum Standort einer boomenden High-Tech-Industrie mit expandierendem Technologiepark um die Universität herum, Flugzeugbau (Airbus Bremen), Raumfahrt-, Raketentechnik und IT-Robotik (Astrium Bremen, eine EADS-Tochter) und Atlas-Elektronik als Teil von Thyssenkrupp Marine Systems. Zusammen mit der Universität (direkt und außeruniversitäre Forschungsbereiche) beschäftigen diese Sparten etwa 16 bis 17.000 Mitarbeitende. Bei der Digitalisierung und Ausrüstung von Schulen mit Computern rangiert Bremen bundesweit dennoch nur auf einem der mittleren Plätze. Die Verkehrsinfrastruktur ist teilweise in einem dramatisch schlechten Zustand. Der Bremische Wohnungsmarkt ist einerseits wie überall in Ballungsräumen von Konzentration auf Akkumulation und Teuerungsraten geprägt. Andererseits muss man sagen, dass die Mieten zum Teil in gut sanierten genossenschaftlichen Altbauwohnungen noch immer recht erschwinglich sind und nicht einem automatisierten Wuchertrend unterliegen. Baugrund und Wohnraum sind im flächenmäßig begrenzten Bremen, das wegen seiner Nähe zum grünen Umland auch gerne als „größtes Dorf Deutschlands“ bezeichnet wird, ein großes Problem, immer mehr grüne Areale und Kleingartengebiete müssen der Bauerschließung weichen. Über die künftige Verwendung des 36 Hektar großen Geländes der Galopprennbahn in der Vahr, wo die Stadt rund 1.000 neue Wohneinheiten errichten will, fand am Sonntag ein Volkstentscheid statt, der mit knapp 56 Prozent dagegen ausging.

Grüne Partei als „Königsmacherin“

Die Frage einer künftigen Koalition scheint inzwischen (6. Juni) vorentschieden, nachdem der Grünen-Vorstand und die Mitgliederversammlung sich am 5. und 6. Juni für die Aufnahme von Verhandlungen mit SPD und Linkspartei ausgesprochen haben. Ein Zusammengehen mit CDU und Liberalen scheint demnach keine Option mehr zu sein. Es hätte auch verwundert, da die grüne Basis in Bremen sehr linksorientiert ist. Nur in einem Dreierbündnis kann die SPD weiterregieren. Man favorisierte daher von Anfang an Rot-Grün-Rot. Die Grünen wurden in ihrer Gründungshochburg zur gewichtigen Zunge an der Waage. Orientierung ist dabei nach den Worten der grünen Spitzenkandidatin Maike Schaefer, mit welchem Bündnis sich mehr „grüne Inhalte“ umsetzen lassen. Für Rot-Grün sprachen auch die letzten vier Jahre gemeinsamer Regierung. Hermann Kuhn, grüner Landesvorsitzender und einer der Verhandlungsführer, machte jedoch klar, dass es eine Fortsetzung des bisherigen Bündnisses, nur erweitert um einen weiteren Partner, nicht geben werde.

Mögliche Streitpunkte liegen auf dem Tisch. So grundsätzlich über die Frage der Erhöhung der Staatsausgaben und damit Neuverschuldung für soziale Projekte zwischen SPD-Grünen und Linken. Die Spitzenkandidatin der Linkspartei, Kristina Vogt, konstatierte in *buten un binnen*: „Bremen hat gewählt. Wir sind der Meinung, dass ein Politikwechsel in Bremen möglich ist“. Nach strammer Schuldenabbaupolitik über drei Legislaturen durch die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert, tickt die Schuldenuhr inzwischen rückwärts. Das hat auch gerade im Sozial-, Bildungs-, Wohnungs- und Infrastrukturbereich zu deutlichen Einsparungen und liegengeliebenen, kommunalen Vorhaben geführt. Der SPD-Fraktionschef und Koalitions-Sondierer Björn Tschöpe betonte, man habe in den vergangenen 10 Jahren einen harten Spar- und Konsolidierungskurs gefahren und es versäumt, früher mehr Geld in den Bereich Bildung zu investieren. Bürgermeister Sieling gab im Interview zu, dass die Bürger dies zu spüren bekommen hätten. Zu möglichen per-

sönlichen Konsequenzen aus der Niederlage wollte er sich jedoch nicht äußern. 2016 hatte die neue Regierung Sieling wegen der Krise der Bremer Landesbank einen Misstrauensantrag der Opposition überstanden.

Das „kleine“ rechte Lager

Bisher konnten die Rechten in Bremen relativ klein gehalten werden. Die extreme Rechtspartei AfD schaffte es im Flüchtlingskrisenjahr 2015 mit gerade mal 5,5 Prozent in die Bürgerschaft. Ihre kleine Parlamentsgruppe von vier Abgeordneten zerlegte sich alsbald in internen Streitereien selbst, drei von ihnen traten aus der Partei aus und bildeten einen eigenen Klügel, der mit Frauke Petrys Parteineugründung Die Blaue Partei sympathisierte. Inzwischen hat sich die AfD in Bremen reorganisiert. Die Wahlsonderheit des Landes Bremen ermöglicht aber einer kleinen oder neuen Partei, mit nur einmal übersprungenen 5 Prozent und relativ geringem Aufwand in einer der beiden Städte ins Parlament einzuziehen. So gelangte damals auch noch die Wählerversammlung *Bürger in Wut (BIW)* mit nur 3,2 Prozent in die Bürgerschaft, da sie in Bremerhaven mit seinen Problemstadtteilen (Flüchtlinge, Migrant*innen, Arbeitslose) den Sprung über die 5-Prozenthürde sicher schafften, aber mit einem einzigen Mandatsträger ebenfalls keine vernehmbare Rolle spielten. Der Kandidat der Wutbürger, Joachim Timke, konnte in Bremerhaven gleichwohl mit 6.300 Direktstimmen fast ebenso viel Zustimmung einfahren wie der SPD-Spitzenkandidat und Wirtschaftssenator Martin Günthner, der 6.500 Stimmen erhielt. Man kann bei diesmal insgesamt über 16 % für AfD und BIW durchaus von einem Rechtsruck in der Seestadt sprechen. Traditionell votiert das „proletarische“ und eher kleinbürgerliche Bremerhaven gegen das sozialliberal-bürgerliche Bremen immer stärker für Rechts. Darin drückt sich ein gewisser Anti-Eliten-Protest und vielleicht auch Sozialneid aus. Die soziale Schere zwischen den beiden Städten geht deutlich auseinander. 30 Prozent der Bremerhavener Bürger sehen sich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung, in Bremen sind es dagegen

nur 17 Prozent. Bei der Armutsquote steht Bremerhaven klar schlechter da als Bremen-Stadt. Zum relativ bescheidenen Gesamtabschneiden seiner Partei unter 7 Prozent kommentierte der AfD-Spitzenkandidat Frank Magnitz, man hätte es in Bremen mit einem „extrem schwierigen Pflaster“ zu tun gehabt. Als einen Grund dafür nannte er den Umstand, dass doch viele zur AfD wechselbereite CDU-Wähler, mit deren Überlaufen man rechnete, bei der Kopf-an-Kopf-Situation zwischen SPD und CDU für die CDU votierten, um den Wechsel herbeizuführen. Man habe zwar mit einer „acht“ vorne gerechnet, aber immerhin könne seine Partei jetzt mit fünf Mandaten einen Fraktionsstatus beanspruchen, was parlamentarisch mehr Rechte und Einfluss bedeutet.

SPD zwischen Auf-der-Stelle-treten und Abschmieren

Bremer SPD-Bürgermeister seit 1967 – Koschnick, Wedemeier, Scherf, Böhrnsen und jetzt Sieling – waren meist immer (und sind) moderate, gemäßigte Linke, die falls erforderlich mit den Liberalen, der CDU oder seit 2007 den Grünen koalierten. Stets behauptete man aber klar die Führungsschaft unter den Parteien und das jetzt über 73 Jahre. Das kleine Flaggschiff Bremer SPD unter rotweiß gestreifter Speckfahne quasi als ewig haltbare „CSU des Nordens“. Das jetzige Ergebnis bedeutet darum einen die Genoss*innen besonders schockierenden wie schmerzenden Einschnitt. Obwohl auch die Christlichen unter Meyer-Heder, der die erkonservative Evangelikale Elisabeth Motschmann ablöste, ihr erklärtes hehres Ziel, 30 plus x Prozent, verfehlten. Carsten Sieling machte für das superschlechte Abschneiden seiner hanseatischen SPD vor allem auch das schlechte Bild seiner Partei im Bund und in Berlin mit verantwortlich. Einbestellte hohe Parteiprominenz bei der SPD-Abschlusskundgebung am Freitag vor der Wahl, von der Parteichefin Nahles, über Vizekanzler Scholz, SPD-Außenminister Maas, EU-Spitzenkandidatin, Justizministerin Barley, und sogar Juso-Chef Kühnert, sollte wohl das rettende „letzte Aufgebot“ (*junge Welt*) mit Berliner

Rückenwind demonstrieren. Allein es half nichts mehr.

Trotz mancher Anstrengungen kommt die SPD seit Monaten aus ihrem Umfragetief im Bund zwischen 15 und 17 Prozent nicht heraus. Die Grünen sind klar an die 2. Stelle gerückt. In der GroKo kommt die SPD mit ihren sozialen Vorhaben (Grundrente, Hartz IV-Reform) nicht voran. Deren schleppende Fortsetzung oder vorzeitiges Ende wird zur Schlüsselfrage im kommenden „heißen Wahlherbst“. Man reagierte bei den Genossen und Genossinnen im Willy-Brandt-Haus empfindlich, ja geradezu verstört, als vor kurzem der Juso-Vorsitzende und vehemente Nahles-Kritiker Kevin Kühnert von Sozialisierung in der Autoproduktion fabulierte. Alles, bloß das nicht, scheint man zu meinen. Johannes Kahrs vom SPD-Seeheimer Kreis wettete: „Was für ein Unfug“; Lars Klingbeil, SPD-Generalsekretär, beschwichtigte: „Er spricht über eine gesellschaftliche Utopie“. Es sei weder seine noch die Position seiner Partei. Die maßregelnden parteiinternen Dämpfer für Kühnert zeigen, dass die SPD im Bund absehbar weder mehrheitlich zu einem linken Reformprojekt in der Lage noch dazu fähig und gewillt ist. Sie steht am Scheidepunkt zwischen einem Nein zu einer neuen GroKo nach 2021 und dem Problem, eine Mehrheit Mitte-links davon zustande zu bekommen. Womöglich dann als Juniorpartner der immer mehr zur neuen „Volkspartei der Mitte“ mutierenden bürgerlichen Grünen, was allen gehörige Leibschmerzen bereitet. Oder als drittes in der Opposition zu landen. Die Wähler und Wählerinnen scheinen das zu spüren und lassen lieber ganz die Finger von einer solchermaßen schwankenden und halbherzigen SPD und laufen in Scharen zu den Grünen oder Rechten über. Doch ist die Allgemeinheit aber auch selbst schwankend in ihrem Urteil. 80 Prozent (SPD-Anhänger 77 Prozent) lehnen laut *ZDF-Politbarometer* vom 10. Mai zwar eine Kollektivierung großer Unternehmen ab, sprechen sich aber mit deutlichen Mehrheiten für gerechteres bezahlbares Wohnen, Entschädigung für manipulierte Dieselaautos und eine Klimaschutzwende aus, was ohne Eingriffe in die soziale MACHT wirtschaft nicht zu haben ist.

Österreich: Kapital-Sebastian gestürzt – Kickls Ausreisezentrum für Ibizaurlauber geöffnet



Kurzes Resümee der Regierung Kurz/Strache: Wie in meinem Arsti-Artikel kurz nach der Nationalratswahl vorhergesagt, hat die abgesetzte Regierung ein marktradikales Programm durchgezogen, sozusagen einen im Vergleich zu anderen führenden europäischen Ländern nachholenden Neoliberalismus verbunden mit brutaler Ausländerhetze! Diese Regierung hat die rassistische Ideologie salonfähig gemacht! So wurde die effiziente Selbstverwaltung der Krankenkassen zerschlagen und in deren Entscheidungsgremien eine Machtverschiebung zugunsten des Kapitals durchgesetzt, der 12 Stunden Tag, die 60 Stunden Arbeitswoche eingeführt, die Kürzung bei der Familienbeihilfe, die Verschlechterung bei der Mindestsicherung zulasten der Ärmsten verordnet. Angriffe auf die Pressefreiheit und den öffentlichen Rundfunk waren an der Tagesordnung. Die *taz* fasst das treffend zusammen: „Der neoliberale und der autoritäre, rassistusgetriebene Staatsumbau gehören zusammen“.

Der kühle Maschinist der Macht (Kurz) hat in den kurzen zwei Jahren die Volkspartei in eine moderne zentralistische Partei verwandelt, weg von den tonangebenden Bündeln (Bauernbund, Wirtschaftsbund etc.) und den Ländern, die die eigentlich dominierenden Kräfte in der Partei waren, hin zu einer straffen Führung.

Die Volkspartei liegt ihrem Hero zu Füßen! Er erfüllt die Sehnsucht nach einem jungen eloquenten starken Führer, der scheinbar tatkräftig ans Werk geht und gleichzeitig ein Kanzler der Herzen ist, wie es in einem Flugblatt einer oberösterreichischen VP heißt! Kurz und Strache erfüllten das Klischee der autoritären Männlichkeitsfiguren!

Kurz bleibt der beliebteste Politiker Österreichs! Ein Stab von installierten Journalisten, Pressefotografen und Meinungsmachern im Kanzleramt vermittelte das gewünschte harmonische Bild einer schlagkräftig arbeitenden Regierung. Er sorgte dafür, dass nur vorzensurierte Meldungen die Medien erreichten (Stichwort: Message Control), tatkräftig unterstützt dabei vom Boulevardmedien. Kritische Journale, wie *Falter* und *Standard* wurden prinzipiell boykottiert. Kurz präsentierte sich als Paterfamilias und das kommt an.

Der Plan des Kanzlers war es, so wie seinerzeit in der ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Schüssel die deutschnationale, rechts-extreme Clique in der FPÖ zu neutralisieren. Das Gegenteil ist eingetreten: die rechtsextremen, neonazistischen Vorfälle in den Reihen der FP häuften sich, diese Szene, sowohl auf Landes-, wie Ortsebene fühlte starken Aufwind. Mit dem Regierungseintritt sahen die „Kellernazis“ Oberwasser, mit Rückgriffen auf die NS-Ära, die

„Volksgemeinschaft“ und gegen alles Fremde.

Erst Ende Mai wurden Gemeinderäte aus Scharding wegen ihm Internet verbreiteter nationalsozialistischer Bilder verurteilt und ein Braunauer Vizebürgermeister diffamiert dichtend Zuwanderer als „Ratten“. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Jedes mal reagierte die FPÖ gleich: man sprach von Einzelfällen, es folgten Rücktritte oder Parteiausschlüsse! Tatsächlich sind die Einzelfälle System.

Nach dem Christchurch-Attentat in Neuseeland kamen Verbindungen des Attentäters zur Identitärenbewegung in Österreich ans Tageslicht. Die bürgerlichen Medien entdeckten plötzlich die eigentlich schon lang bekannten Querverbindung von schlagender Burschenschaft, Identitären und FPÖ in Linz. Erst jetzt fordert der Schweigekanzler Kurz erste Maßnahme von seinem Regierungspartner, die nur zögerlich umgesetzt wurden! Seine Selbstinszenierung der Macht und die Kräfteverlagerung zu Gunsten, vor allem des Großkapitals durfte nicht gestört werden!

IBIZA und die Folgen

Das bekannte Ibiza-Video änderte vieles. Der Schweigekanzler konnte nicht mehr anders: er forderte den Vizekanzler zum Rücktritt auf, und verkündete nach stundenlangen ergebnislosen Verhandlungen im September Neuwahlen abzuhalten. „Genug ist genug“ formulierte der Altkanzler und so wurden in kürzester Zeit aus scheinbar harmonischen Regierungspartnern Erzfeinde. Die Bedingung zur Fortführung der Regierung, die Ablösung des bei der FPÖ-Wählerschaft äußerst beliebten Hardliners, des Innenministers Kickl von der FPÖ und dessen Ersetzung durch einen VP-Mann war

für die FPÖ inakzeptabel! Unter dem Vorwand, die Untersuchungen der Affaire Ibiza nicht einem Parteigänger zu überlassen, wollte Kurz das strategische Innenministerium zurückhaben. Kritiker aus den eigenen Reihen, vor allem Landeshauptleute, hatten Kurz bereits bei Regierungsantritt gewarnt, den Rechtsextremen den gesamten Sicherheitsapparat (Polizei, Geheimdienst, Militär etc.) zu überlassen.

Als Folge trat die gesamte Regierungsmannschaft der FPÖ zurück. Der Scharfmacher Kickl übte sich sogleich angriffig gegenüber dem einstigen Koalitionspartner. Der Verkehrsminister Hofer (FPÖ) wurde an Straches Stelle neuer Parteivorsitzender. Hofer, der sanfte Ausgleichende und Kickl der Scharfmacher, der die Wirtshaustischbrüder befriedigt, spielen dabei den Good Cop und Bad Cop.

Nicht erfreut über die Ibiza Enthüllungen war die *Kronenzeitung*, eine der Förderer des Herrn Strache und Co. Im Video hatte er die Übernahme des Blattes und die Eliminierung der wenigen kritischen Schreiberlinge angedeutet. Das geht gar nicht, die Boulevardmedien gingen auf Distanz zu Strache und die sonst so primitiv-proletenhaften rassistischen Leserbriefschreiber teilten sich in zwei Lager auf. Einerseits „jetzt erst recht“, andererseits harsche Kritik!

Das Ibiza-Video löste ein Erdbeben in der politischen Landschaft aus. Der Linzer SPÖ-Bürgermeister Luger, an deren rechten Rand beheimatet, kündigte den Koalitionspakt mit der extrem rechten von schlagenden Burschenschaftern dominierten FPÖ auf. Im Burgenland kündigte der SP-Landeshauptmann Doskozil, ebenfalls in Koalition mit der FP Neuwahlen im Frühjahr an, behielt die Zusammenarbeit aber bei. In Oberösterreich musste in der ÖVP/FPÖ Landeskoalition der rechtsradikale Landesrat Podgorschek die Landesregierung verlassen. Der Landeshauptmann blieb allerdings weiter auf demselben Kurs. Podgorschek war vor allem durch eine Skandalrede bei der AfD in Sachsen „bekannt“ geworden. Darin sprach er ganz unverblümt von der Machtübernahme in der Justiz, forderte für Grüne das Schafott etc.

Nach dem Rücktritt der FP-Ministerriege ersetzt Kurz die vier vakanten Ministerposten mit sogenannten Experten, denen er aber jeweils quasi Aufpasser der eigenen Fraktion zur Seite stellt.

Die Konstituierung dieser nur kurzen Übergangsregierung erfolgt in äußerst autoritärer Weise ohne wirkliche Konsultationen mit anderen Parteien. Daher ist es nicht verwunderlich, dass am Tag nach der EU-Wahl ein Mißtrauensantrag, eingebracht von der SPÖ und unterstützt von FPÖ und Liste Jetzt die gesamte Regierung Kurz stürzt! Österreich erhält ein Übergangskabinett. Von da an liegt die Entscheidungsgewalt beim Bundespräsidenten!

Zur Abwahl: Die SPÖ befand sich im Dilemma! Einen Tag zuvor ein schlechtes Abschneiden bei der Wahl zum EU-Parlament. Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung kam vor allem auf Druck der vielen Funktionäre zustande, die die ständigen Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung satt hatten und außerdem bot man damit dem Kanzler keine Möglichkeit mehr sein Amt für Wahlauftritte zu nützen, was der geveifte Taktiker bereits anschaulich bewiesen hatte. Andererseits ist Kurz bei vielen ein beliebter Kanzler und seine Absetzung kommt in Teilen der Bevölkerung nicht gut an! Die letzten Umfragen bescheinigen infolge den Sozialdemokraten verheerende Zustimmungsraten.

EU-Wahlen

Die Sozialdemokratie erreichte ihr schlechtestes Ergebnis bei Wahlen (23,5 %) in Österreich. Ein auf ein soziales Europa ausgerichteter Wahlkampf mit einem farblos wirkenden Spitzenkandidaten wurde von den Ibiza-Vorkommnissen überlagert, bei denen die Parteivorsitzende hilflos agierte. Der Partei fehlt ein Programm und ein Plan zur Rückgewinnung ihrer Wähler. Eine Option wäre, wie in Dänemark ein komplexe Link-rechts Mischung aus sozialen und migrationskritischen Standpunkten. Doch das würde sicher linksliberale Wählerschichten abschrecken. Eine wenig überzeugende Vorsitzende Rendi-Wagner wird in den eigenen Reihen von der

männerdominierten Funktionärschicht in Frage gestellt. Der *Standard* titelt treffend: „Männliche Grobheit schlägt weibliche Inhalte“. Nach wie vor hat die Partei ihre große Verankerung in den Betrieben und bei den österreichweit abgehaltenen Arbeiterkammerwahlen.

Die Grünen erreichten bei der EU-Wahl knapp das Ergebnis der letzten Wahl (ca. 14 %), legten aber gegenüber der Nationalratswahl deutlich zu. Damals flogen sie aus dem Nationalrat, erreichten nicht einmal die 4 % Hürde. Mit spärlichem Budget reiste der hemdsärmelige Kandidat Kogler durch die Lande. Als PR-Gag holte er sich die Spitzenköchin Sarah Wiener an die zweite Stelle der Liste. Die Grünen profitierten vom europäischen Trend, den Klimaprotesten, der Zerfall der Liste des ehemaligen Grünen Aushängeschildes Pilz und vor allem der Rückgewinnung vieler SPÖ Wähler, die bei der Nationalratswahl damit schwarz/blau verhindern wollten.

Die NEOS forderten als einzige die Vereinigten Staaten von Europa, also den imperialistischen Gegenpol zu USA und Asien und eine EU-Armee mit österreichischer Beteiligung. Während die anderen Parteien die Neutralität scheinbar versteckt entsorgen, verletzen sie damit bewusst die Verfassung. Sie erreichen ungefähr das gleiche Ergebnis wie bei der letzten EU-Wahl (ca. 8,4 %). Ihr Leitmotiv: Neoliberalismus, ihr Basis: Startups und KMUS.

Die FPÖ verliert zwar im Vergleich ca. 2,5 % im Vergleich zur letzten EU-Wahl und ca. 9 % zur letzten Nationalratswahl, der große Absturz infolge von Ibiza aber bleibt aus! D. h. die Freiheitlichen haben jetzt eine relativ starke Stammwählerschaft, nicht so wie nach der ersten gescheiterten FPÖ-Regierungsbeteiligung als sie auf wenige Prozentpunkte abstürzten. Kuriosum: Strache kandidierte eigentlich nur symbolisch an letzter Stelle und bekam mit tatkräftiger Unterstützung der Identitären 44.000 Vorzugstimmen(!!!)! Er wäre somit für das EU-Parlament gewählt! Strache taktiert, hinter den Kulissen laufen hektische Schacher, um ihn von der Annahme des Mandats im europäischen Parlament abzuhalten!

Dieser muss sich bis Anfang Juli entscheiden.

Ein EU-Abgeordneter Strache könnte sich negativ bei den vorgezogenen Wahlen für die FPÖ auswirken. In vielen anderen Parteien würde ein solches Vorgehen einen Parteiausschluss und ein Abwenden der Spitzenfunktionäre von ihrem ehemaligen Chef bedeuten. Nicht so in der Ewiggestrigen-Fraktion: aus Tirol und dem Burgenland kamen sogar Solidaritätsadressen(!!!).

Die KPÖ schaffte es bundesweit 2400 Unterschriften für die Kandidatur aufzubringen! Das war der einzige Erfolg. 0,8 % Prozent waren ein enttäuschende Ergebnis mit einer farblosen Spitzenkandidatin und einen Boykott praktisch in allen Medien. Eine Sonderstellung innerhalb der KPÖ nehmen die auf lokaler Ebene so starken steirischen Genossen ein. Sie ignorieren die EU-Wahl, treten praktisch für einen Öxit ein und propagieren einen Nationalismus. Der Anteil in der Steiermark lag im österreichweiten Durchschnitt, d. h. am Bewusstsein der Menschen hat sich durch eine Art Caritaspolitik nichts geändert!

Die ÖVP war der große Wahlsieger. Sie erreichte 34,5 % (plus 7,5 %!). Kurz konnte das auf seine Fahnen schreiben. Als Spitzenkandidat fungierte Othmar Karas, ein Pro-EU-Politiker ohne wenn und aber und langjähriger führender EVP-Mann. Er hatte in diversen Interviews die FPÖ scharf angegriffen und war ein dezidierter Gegner einer freiheitlichen Regierungsbeteiligung. Trotzdem nominierte ihn die Partei als Spitzenkandidaten. Dahinter stand die taktische Überlegung seine Anhängerschaft zu integrieren (ca. 100.000 Vorzugsstimmen), da er sonst höchstwahrscheinlich mit einer eigenen Liste angetreten wäre! Innerhalb der neugewählten Fraktion fetzt es jetzt ordentlich, da die an zweiter Stelle gereichte Edtstadler (Kurz-Intimus) durch eine parteiinterne Mobilisierung mehr Vorzugsstimmen erhielt als Karas. Die Regierung Kurz wurde einen Tag nach seinem grandiosen Erfolg im Parlament abgewählt, was natürlich medial sofort zugunsten des neoliberalen Schnösels ausgeschlachtet wurde! Es gelingt ihm hervorragend die Verantwortung für das Scheitern

der Regierung von sich zu weisen und sofort das Gespenst von einer rot/blauen Koalition an die Wand zu malen!

Laut Verfassung wird in regierungslosen Zeiten der Bundespräsident zum wichtigsten Entscheidungsträger. Er ist dafür mit extrem viel Kompetenz ausgestattet. In dieser Situation wird die Gefahr ersichtlich, die von einem knapp unterlegenen FPÖ-Hofer ausgegangen wäre. Sein Saga: „Ihr werdet Euch noch wundern, was geht, wenn ich Präsident bin“ deutet daraufhin. Van der Bellen managt die Krise in staatsmännischer Manier sachlich und kompetent. Er beauftragt eine ranghohe Juristin (Bierlein) mit der Bildung eines Übergangskabinetts. Sie bildet nach Absprache mit den Parteien ein Beamtenkabinett. Relativ paritätisch stehen diese der ÖVP und SPÖ nahe, einer wird der FPÖ zugerechnet. Dieses Kabinett findet überwiegend Zustimmung in den Parlamentsparteien!

Und auch die Umfragewerte deuten auf große Akzeptanz in der Bevölkerung hin!

Das erste Mal seit Maria Theresia hat Österreich damit eine Kanzlerin und ein paritätisch mit vier Frauen und vier Männern besetztes Team! Die den einzelnen Ministerien quasi als Aufpasser vorgesetzten Generalsekretäre wurden abgesetzt und das Kabinett verkleinert.

Diese Regierung wird sich hauptsächlich aufs Verwalten und Abarbeiten noch nicht vollzogener Gesetze konzentrieren. Einige von Kickls Grausamkeiten wurden bereits zurückgenommen. Die zynische Bezeichnung „Ausreisezentrum“ für die Erstaufnahmezentren für Flüchtlinge wurde rückgängig gemacht, ebenso der 1,5 Euro Stundenlohn für anerkannte Flüchtlinge und sein Lieblingsprojekt die Einführung einer berittenen Polizei gestrichen. Allerdings werden weiterhin gut integrierte in Ausbildung stehende nicht anerkannte Flüchtlinge rigoros angeschoben, obwohl die Wirtschaft händeringend nach Lehrlingen sucht.

Und sehr erfreulich: wahrscheinlich wird das von der SPÖ/ÖVP Vorgängerregierung beschlossene aber nicht mehr vollzogene Rauchverbot in der Gastronomie doch eingeführt.

Die VP/FP-Regierung ignorierte ein Volksbegehren mit knapp 900.000 Unterschriften und kippte das Gesetz wieder! Der freie Rauch war Straches Bedingung für den Regierungseintritt. Viele Abgeordnete der ÖVP, darunter einige Ärzte werden wohl zum dritten Mal darüber abstimmen: ja-nein-ja ganz ihrem freien Gewissen folgend!!!

Ausblick: Für die Septemberwahl ist folgendes Szenarium zu befürchten: der Umfragekaiser Sebastian Kurz wird sich nach neuen Koalitionspartnern umschauchen müssen. Nach den Ibiza-Vorfällen wird es wohl nix mehr mit den Blauen und eine große Koalition mit Rendi-Wagner scheint auch schwer vorstellbar. Seit kurzem zeigt er sich offen für das Salzburger Modell: dort regiert seit einem Jahr eine schwarz-grün-pinke(Neos) Koalition. Er sei ohnehin viel mehr „ein urbaner Liberaler“ als der Rechtsausleger, den in halb Europa manche in ihm sehen wollen, sagte Kurz jüngst in Interviews!

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland: Eine Revolution der Arbeiterklasse, die in der bürgerlichen Konterrevolution endete



Die Novemberrevolution hatte einen Doppelcharakter: Die Revolution der Arbeiterklasse fegte die Monarchie hinweg, aber die Konterrevolution sammelte sich unverzüglich, mitgetragen vom rechten Flügel des deutschen Reformismus. Der Ursprung der Spaltung der Arbeiterbewegung liegt weit zurück in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Zu den Ergebnissen der Novemberrevolution gehört die Entstehung der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Aber sie wurde geschlagen, weil sie noch nicht die Zeit und die Umstände hatte, sich zu einer wirksamen und anerkannten Kraft zu entwickeln. Einschneidende Fortschritte gegenüber dem wilhelminischen Kaiserstaat wurden erreicht, wie etwa die republikanische Staatsform, das Frauenwahlrecht, der Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften. Die Entscheidung für den bürgerlichen Staat fiel aber früh: im

ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember. Mit dem Ausgang des Machtkampfs wurde nicht nur die sozialistische Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft verhindert, sondern es konnte andererseits auch keine dauerhafte bürgerliche Demokratie gebildet werden. Im Folgenden untersuchen wir die Voraussetzungen, Bedingungen und den Verlauf der revolutionären und konterrevolutionären Ereignisse, die Kräfteverhältnisse der beteiligten Lager und die Konsequenzen für das bürgerliche Demokratieverständnis in Deutschland.

Zur allgemeinen Lage in Deutschland 1918

In den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland eine der großen Industrienationen Europas. Seine Entwicklung nach der Reichsgründung 1871

war stürmisch verlaufen: 1862 lagen die Staaten des späteren Deutschen Reiches mit 4,9 Prozent der Weltindustrieproduktion an fünfter Stelle (Großbritannien an erster); 1913, in einem halben Jahrhundert, hatte sich der Produktionsausstoß der deutschen Industrie vervierfacht, Großbritannien damit überholt und stand (nunmehr hinter den USA) auf Platz 2. Während zwischen 1886 und 1910 der britische Stahlausstoß um 154 Prozent gestiegen war, hatte sich der deutsche im gleichen Zeitraum um 1335 Prozent erhöht. Ähnliche Zahlen finden sich in anderen Industriebereichen wie Chemie- und Elektroindustrie und im Außenhandel. Das Deutsche Reich war eine zentrale europäische Großmacht, gegründet auf diese Wirtschaftsstärke, eine große Armee und eine vergleichsweise militarisierte Gesellschaft. Weltpolitisch sah es jedoch anders aus. Für eine wirkliche Weltmachtrolle fehlte es an großen, einträglichen Kolonien

und einem weltweit vernetzten Stützpunktsystem. Die Reichsgründung war im Vergleich zu älteren westeuropäischen Nationalstaaten spät erfolgt, der deutsche Imperialismus ein aggressiver Unruhefaktor in der Weltpolitik. Auf die internationale Konfliktlage, die zum Ersten Weltkrieg führte, können wir hier nur verweisen (weitere Ausführungen vgl. *Arbeiterpolitik* 4/2014, S. 19 – 22).

Der wirtschaftlichen Macht der deutschen Bourgeoisie entsprach jedoch nicht ihre gesellschaftliche: „Nach der Reichsgründung nahm sie einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und bestimmte damit wesentlich und zunehmend die weitere Entwicklung Deutschlands (Arpo 4/2014, S. 20).“ Im politischen Überbau aber war der preußische Adel weiterhin die bestimmende und gesellschaftlich tonangebende Macht. Es handelte sich hier um ein Erbe der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848. Damals hatte die Bourgeoisie aus Furcht vor den ersten Regungen einer Arbeiterbewegung (1844 Weberaufstand in Schlesien, 1848 Berliner Märzunruhen und Juniaufstand des Proletariats in Paris) ihre eigene Existenz als gefährdet gesehen und sich schnell mit der feudalen Reaktion geeinigt. Nur deshalb war das Junkertum die regierende Macht in Preußen/Deutschland geblieben, obwohl seine materielle Basis – die spätfeudale Gutsherrschaft – durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts weitgehend zerstört worden war. Diesen Kurs behielten die nach der gewaltsamen Bismarck'schen Reichsgründung in ihrem gemeinsamen Interesse, aber auch mit internen Widersprüchen herrschenden Klassen bei. Zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung dienten Strukturen und Maßnahmen wie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, die polizeiliche und militärische Unterdrückung von Streiks und zeitweise das Sozialistengesetz. Ein wirklich demokratisches Wahlrecht, das also allen Personen gleiches Stimmgewicht garantierte und die Frauen einschloss, gab es damals nirgends in Europa. Insgesamt war aber ein Gefälle festzustellen von den weiter entwickelten bürgerlichen Demokratien des Westens über die konstitutionellen Monarchien in Mitteleuropa bis zum autokratischen Zarenregime im Osten.

Zu Entwicklungsstand und Lage der Arbeiterklasse

Um den Entwicklungsstand und die Lage der Arbeiterklasse in der gebotenen Kürze wenigstens umreißen zu können, bringen wir im folgenden zwei Zitate aus der *Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution* (Autorenkollektiv, Original Berlin 1929, Reprint Frankfurt 1970, S. 56 – 58):

„Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes 1890 setzt dann ein starker Aufstieg ein, der mit Schwankungen bis zum Weltkrieg anhält. Das ist die Zeit der mächtigen Entwicklung der Gewerkschaften, der etwa bis zum Jahre 1906 immer mehr anschwellenden Streikbewegungen, der immer günstigeren und nur kurz unterbrochenen Hochkonjunkturen. Die Zahlen über die (tendenziell steigenden, Anm. d. Red.) Löhne ergeben aber ein falsches Bild, wenn man sie als Grundlage für die Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse nehmen wollte. Hier sind die notwendigen Ausgaben der Arbeiterfamilie, namentlich die Lebensmittelpreise, in den jeweiligen Epochen zu berücksichtigen, und da zeigt sich, wie weit die Arbeiterklasse hinter der Entwicklung des Reichtums zurückgeblieben ist, wie diese Reichtumsentwicklung sich auf Kosten der Arbeiterklasse vollzogen hat. Bis in die neunziger Jahre hinein haben wir ein fast ununterbrochenes Sinken der Weltmarktpreise für Getreide, Fleisch usw., hervorgerufen durch die amerikanische und russische Konkurrenz. Dann aber folgt mit der Industrialisierung ein noch rascheres Steigen aller Lebensmittelpreise, das seit 1906 durch den Zolltarif in Deutschland noch gefördert wird. Dazu kommt mit der Erweiterung der Großstädte ein ebenso unaufhaltsames Steigen der Wohnungsmieten, ferner das Anwachsen der Steuern und vieles andere, das den Arbeiterhaushalt stärker belastet.“

Über die Entwicklung von Unterschieden und Widersprüchen innerhalb der Klasse heißt es: „Noch am Anfang der neunziger Jahre sind die Unterschiede in der Arbeiterschaft in Bezug auf Lohn und Lebenshaltung geringfügig, es ist eine einheitliche graue Masse. Mit der Entwicklung der Großindustrie wachsen die Unterschiede einmal, weil die verschiedenen Berufe mit der komplizierteren Technik eine ganz verschiedene Vorbildung verlangen, zweitens, weil die Unternehmer in ihren Betrieben eine immer weiter verfeinerte Organisation mit

hierarchischer Gliederung der Arbeitermasse durchführen müssen und die Zahl der Angestellten in immer schnellerem Tempo wächst. So bildet sich aus den Angehörigen bestimmter bevorzugter Berufe, aus Kolonnenführern, Vorarbeitern, Meistern, kaufmännischen und technischen Angestellten eine Arbeiteraristokratie heraus, deren Lebenshaltung weit über dem Durchschnitt der Arbeitermasse steht, die auch ihrer sozialen Funktion nach den Massen übergeordnet ist, eine relativ gesicherte Existenz und andere Interessen hat als das Massenheer der Proletarier. Diese Arbeiteraristokratie wird ein konservatives Element. Und sie bildet gerade das geistig beweglichste, einflussreichste Element in der Arbeiterklasse. Sie bestimmt in hohem Maße das gesamte Denken der Masse und bildet auch in den Arbeiterorganisationen eine führende Schicht. Zwischen der Klassenlage des Proletariats und ihrem gesellschaftlichen Denken und politischen Handeln entwickelte sich so in der Zeit vor dem Weltkriege ein immer größerer Widerspruch.“

Insgesamt ging es der Masse der Arbeiterklasse besser, aber der zuletzt beschriebenen Schicht besonders. Es ist mit Sicherheit eine falsche Gleichung, die sogenannten Arbeiteraristokraten schlichtweg mit den Sozialdemokraten ineinzusetzen. Aus den Reihen der besser bezahlten, qualifizierten und betrieblich schwer ersetzbaren Fachkräfte entwickelten sich schließlich auch viele KommunistInnen. Aber im Großen und Ganzen lässt sich ein Trend beobachten, dass die ArbeiterInnen und Angestellten nicht mehr nur ihre Ketten zu verlieren hatten. Andererseits aber war die Gesellschaft des Kaiserreiches noch nicht mit der bürgerlichen von heute gleichzusetzen. Die Arbeiterklasse war in vielem noch diskriminiert und stand quasi außerhalb der „guten“ Gesellschaft. Dies zeigte sich im Wahlrecht, in der Koalitionsfreiheit und dem Streikrecht (bei Streiks rückten vielfach Polizei und Militär an), im öffentlichen Bildungssystem, in der Infrastruktur etc.

Dies alles zusammengenommen ist die materielle Grundlage bei der Entstehung der drei Strömungen in der Arbeiterbewegung des wilhelminischen Deutschlands, die wir als Mittelgruppe „Marxistisches Zentrum“ mit Karl Kautsky als „Cheftheoretiker“, als rechte „Revisionisten/ Reform-



Wohnverhältnisse in Berliner Mietskasernen um 1905

misten“ mit Georg von Vollmar und Eduard Bernstein als Hauptvertreter und als fast verschwindend kleine radikale Linke mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führungspersönlichkeiten zu unterteilen gewöhnt sind. Wie sich diese erste Differenzierung der alten Partei in der Julikrise zum Ersten Weltkrieg und der Zustimmung zu den Kriegskrediten auswirkte, haben wir ausführlich in *Arpo* 4/2014, S. 22 beschrieben. Die dann auch formale Spaltung der SPD in Mehrheit (SPD), Unabhängige (USPD) und die zunächst in der USPD wirkenden, ab Jahreswende 1918/19 in der KPD organisierten Spartakisten, Bremer Linksradikalen u. a. zog neue Linien, die sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik noch mehrmals verschoben.

Voraussetzungen der Revolution

Der Ausgangspunkt für die Revolution war natürlich die Kriegsniederlage des kaiserlichen Regimes. Schon in den Kriegsjahren zuvor führten die rapide Verschlechterung der Versorgungslage und die ungeheuren Verluste an Menschenleben zu großen Streiks wie dem gegen die Inhaftierung Liebknechts 1916, dem der Munitionsarbeiter im März/

April 1917 und dem Generalstreik im Januar 1918. Um solchen „Unruhen“ vorzubeugen und das Proletariat an der „Heimatfront“ unter Kontrolle zu halten, war das „Hilfsdienstgesetz“ (1916) beschlossen worden, mit dem die Arbeitskraft unter strengen Regulationszwang genommen wurde und für das die Gewerkschaften mit ihrer Zustimmung die Mithaftung übernahmen. Führende Sozialdemokraten wie Ebert und Scheidemann waren zur Stelle, um den Streiks die Spitze abzubiegen. In der Streikentwicklung 1917/18 war aber schon die Fernwirkung der russischen Revolution spürbar; die Streikenden bildeten Arbeiterräte und erhoben politische Forderungen. Umso nachhaltiger war dann die Explosion, als die militärische Niederlage nicht mehr zu verheimlichen war. Die Oberste Heeresleitung (OHL) riet zum Waffenstillstand, zur Abdankung des Kaisers und zur Einrichtung eines parlamentarischen Regimes, in dem dann die führenden Sozialdemokraten beteiligt waren. Denen schoben die Generäle die Verantwortung zu und schlossen mit ihnen ein Bündnis (den Ebert-Gröner-Pakt, benannt nach dem Vorsitzenden der SPD und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Obersten Heeresleitung, General

Gröner), die erste Stufe der Konterrevolution.

Wäre es nach Ebert gegangen, hätte sich außer der Auswechslung der diskreditierten Person an der Spitze, Wilhelm II., und einigen sozialen und politischen Reformen nichts ändern sollen. Die Ausgangsposition war nun die, dass die rechten Sozialdemokraten (SPD) mit den Unabhängigen (USPD) eine Koalitionsregierung (Rat der Volkbeauftragten) bildeten, die nur diese beiden Arbeiterparteien umfasste. Sie erweckte nach außen den Anschein, dass die Arbeiterklasse nun die Macht habe, der Frieden mit den Alliierten erträglich gestaltet werden könne und die Sozialisierung „marschiere“. Doch dahinter stand für die Ebert-Scheidemann-Noske (Noske, SPD, war Volksbeauftragter für Heer und Marine) ihr eigenes politisches Kalkül. Die Linksradikalen wurden ausgeschlossen, nur zögernd aus den Gefängnissen entlassen und im weiteren Verlauf blutig bekämpft. Wie zerrissen die Arbeiterbewegung wirklich war, kam darin zum Ausdruck, dass am 9. November die Republik ausgerufen wurde, aber nahezu gleichzeitig die bürgerliche (Scheidemann) und die sozialistische (Liebknecht). Die Revolution trug von Beginn an ihr Gegenteil – die Konterrevolution – in sich.

Zum Verlauf der Revolution

Wir haben hier nicht den Raum, die Revolutionsereignisse nachzuzeichnen, können nur die wichtigsten Phasen benennen. Es begann mit dem Aufstand der Matrosen auf Kriegsschiffen der kaiserlichen Marine, die in einer großen, widerlichen Pose des preußischen Militarismus in einer letzten sinnlosen Schlacht geopfert werden sollten. Sie ließen sich das nicht gefallen, rissen die Feuer unter den Kesseln weg, meuterten und übernahmen die Kontrolle in den zentralen Kriegshäfen. Sie schickten Delegierte ins Reichsgebiet, die den Funken der Revolution weitertrugen. Überall wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Kronen rollten dutzendweise in den Staub, zuerst die von Bayern, Braunschweig und Württemberg, dann die des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen selbst und alle anderen.

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Mit dem Übergang der letzten kaiserlichen Regierung auf Ebert-Scheidemann etablierte sich eine Doppelherrschaft im Verhältnis zu den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich eine Zeitlang hielt, aber recht früh schon in die parlamentarische Schiene der Nationalversammlung einschwenkte, ohne dass – wie in Russland – eine entschlossene und allgemein anerkannte revolutionäre Führung der Arbeiterklasse sich herausbilden konnte. Von Beginn an – so muss man im Rückblick erkennen – erwies sich das Bündnis SPD-OHL als zu stark und festgefügt. Es stützte sich auf „treu“ gebliebene Truppenteile, die staatliche Verwaltung und nicht zuletzt auf die organisatorische Schwäche der Revolutionäre. Zwar waren die ins Reichsgebiet zurückkehrenden Feldtruppen in großem Ausmaß zur Unterdrückung der Revolution nicht geeignet, wendeten vielmehr ihre Waffen gegen die bisherige Obrigkeit. Doch es wurden fieberhaft neue Verbände aufgestellt: von kaiserlichen Offizieren geführte Freikorps, bürgerliche Einwohnerwehren und Einheiten sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter wie die Republikanische Soldatenwehr, die Volksmarinedivision und das Regiment Reichstag, deren Zuverlässigkeit im Sinne des Rates der Volksbeauftragten jedoch nicht außer Frage stand und die deshalb mehr und mehr den Freikorpsstruppen weichen mussten.

Am 15. November wurde das Stinnes-Legien-Abkommen (Stinnes Großindustrie, Legien Gewerkschaftsführer) zur Kooperation zwischen Industrie und Gewerkschaften geschlossen, das die Linie des Hilfsdienstgesetzes an die veränderten Umstände anpasste. Es regelte die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner, die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben (Vorläufer der späteren Betriebsräte), die Einführung des Achtstundentages und die Organe der Arbeitsgemeinschaft (Zentralvorstand, Zentralausschuss, Fachgruppen). Das Agreement war klar: „Die Großindustriellen waren in schwerster Sorge vor einer kommenden Sozialisierung. ... Sie waren zu allem bereit, wenn sie nur ihr Eigentum behielten.“ (Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt 1961, S. 8) Für die Gewerk-

schaften war es ein Vertragswerk von grundsätzlicher Bedeutung für den Wandel im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und Ausdruck ihrer ordnungspolitischen Anerkennung. Damit war es für sie die erste Phase auf dem reformistischen Weg zur friedlichen „Sozialisierung“.

Mitte Dezember wurde ein Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen, der über die weitere Richtung der Revolution beschließen sollte (auch dieser Vorgang hatte sein analoges Vorbild in den Abläufen der russischen Revolution, in deren zentralen Versammlungen der Sowjets des ganzen Landes). Bis dahin hatte der Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte eine Kontrolle der Regierung auszuüben versucht. Die Arbeiterräte im Reichsgebiet waren politisch sehr unterschiedlich aufgestellt, besonders in ländlichen Gebieten oft alles andere als revolutionär eingestellt. Neben Sozialdemokraten, Unabhängigen und dem einen oder anderen Linksradikalen konnten sich auch Bürgerlich-Liberale oder Klerikale in diesen Gremien befinden. Die Zusammensetzung des Reichskongresses wies 291 von der SPD, 90 von der USPD (darunter – vor der Gründung der KPD – 11 Spartakisten) aus, dazu kamen einige Demokraten, Syndikalistinnen und Parteilose. Trotz dieser sicheren Mehrheit versuchte Ebert, das Militär zu veranlassen, den Kongress auseinanderzujagen, weil ihm die ganze Richtung nicht passte.

Charakteristisch ist das Urteil des führenden Kopfes der Revolutionären Obleute, Richard Müller: „Dieser Zentralkongress war das erste revolutionäre Tribunal Deutschlands, aber von revolutionärer Luft war da nichts zu merken. Ich habe vorher meine Erwartungen nicht allzu hoch gestellt, aber dass dieser Kongress zu einem politischen Selbstmörderklub werden würde, das habe ich nicht geglaubt.“ (Ralf Hoffrogge, *Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008, S. 94; die Revolutionären Obleute hatten ihre zentrale Basis in den Berliner Metallbetrieben und gehörten großenteils der USPD an.) Zur Debatte stand (ähnlich wie in Russland, aber mit entgegengesetztem Ergebnis), ob die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung in Deutschland eine sozialistische sein sollte. Dazu gehörte nach dem Verständnis der Spar-



Bewaffnete Matrosen patroulieren auf der Friedrichstraße in Berlin

takisten, der Revolutionären Obleute und einer Minderheit in der USPD unmittelbar ein Rätssystem, dessen Delegierte nicht Mitglieder einer abgehobenen Politikerkaste, sondern direkte zeitweilige Beauftragte ihrer Wählerschaft sein sollten. In dieser Frage gab es eine deutliche Niederlage von 98 zu 344 Stimmen. Das wiederholte sich in der Abstimmung über eine Nationalversammlung, die über die Verfassung zu befinden hätte. Das Ergebnis war letztlich eine Bestätigung der Position des Rates der Volksbeauftragten in den zentralen Fragen. Die USPD trat nun aus der Regierung aus, so dass die Rechtssozialdemokraten unter sich waren. Wenn die Mehrheit des Kongresses zugestand, dass auch die Räte in die kommende Verfassung einzubauen wären, war das ein unsicherer und nichtssagender Wechsel auf die Zukunft.

Die Gründung der KPD

Zum Jahreswechsel zog der Spartakusbund die Konsequenz, endlich die eigenständige KPD zu gründen. Der Gründungsparteitag zeigte aber auch hier die wahren Machtverhältnisse auf. Es waren (nach unter-

schiedlichen Angaben) 83 bis 127 Delegierte aus rund 50 Orten anwesend. Es dürfte also damals nicht mehr als ein paar tausend Kommunisten gegeben haben – sicher viel im Vergleich zu heute, aber wenig im Verhältnis zu den Anforderungen der Revolution (die Bolschewiki hatten im Oktober 1917 300.000 bis 400.000 Mitglieder). Darin eingeschlossen waren auch linkssektiererische Tendenzen, die sich z. B. im Gründungsparteitag mit der Ablehnung der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung durchsetzten. Die Partei bot, trotz solcher Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und vieler anderer, in der Gesamtheit noch ein Bild der organisatorischen, zahlenmäßigen und politischen Unreife.

Die Januarkämpfe

Den Beschlüssen über die Machtfrage folgten die Kämpfe zu deren endgültiger Klärung. Als erstes wurde noch im Dezember die Volksmarinedivision ausgeschaltet (Anlass waren Soldfragen). Am 4. Januar setzte der Rat der Volksbeauftragten den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) ab. Er widersetzte

sich. Eichhorn hatte sich für die Regierung als unzuverlässig erwiesen, sich geweigert, auf revolutionäre Arbeiter schießen zu lassen, diesen sogar geholfen. Folgerichtig empfand das Berliner Proletariat seine Absetzung als konterrevolutionären Akt. Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar. Daraus entwickelten sich die Januarkämpfe. Sie werden in der bürgerlichen Publizistik griffig, aber falsch als „Spartakusaufstand“ bezeichnet. Tatsächlich waren es die Provokationen der Herrschenden, die zu Aktionen im Reich führten.

Die KPD ging vielmehr zunächst davon aus, dass die Chance einer revolutionären Machteroberung nicht gegeben sei. Eine revolutionäre Arbeiterregierung werde sich keine zwei Wochen halten können. In einem Treffen am Abend des 5. Januar wurde zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen. Es handelte sich um einen Kreis, in dem von 90 Leuten insgesamt allein 70 aus den Reihen der Obleute kamen, „die politisch zu 4/5 auf dem linken Flügel der USPD und zu 1/5 bei der KPD standen“ (Richard Müller, *Eine Geschichte der Novemberrevolution*, hrsg. von Gester, Hoffrogge, Knirsch, Berlin 2011, S. 546). Der Rest verteilte sich auf Personen aus den Zentralen von USPD (darunter Ledebour) und

KPD (darunter Liebknecht). Die Obleute drängten jetzt zur Offensive. Der Erfolg der Demonstration vom 5. Januar, die Besetzung des *Vorwärts* (Zeitung der SPD) und Nachrichten über die Solidarisierung von Militäreinheiten veranlassten die Versammlung, einen Revolutionsausschuss (Ledebour, Liebknecht, Scholze) zu wählen und den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt zu erklären.

Was dann geschah, beschrieb die *Rote Fahne* in einem Artikel ein Jahr später so: „Was am Montag (6. Januar 1919) in Berlin sich zeigte, war vielleicht die größte Massentat, die die Geschichte je gesehen hat. Wir glauben nicht, dass in Russland Massendemonstrationen dieses Umfanges stattgefunden haben. Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, das Leben selbst. Eine Armee von 200.000 Mann. ... Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam ... Und

die Führer berieten. Die Massen fieberten ... (D)ie Führer berieten ... (Es kam) die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: Sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie weiter ins Polizeipräsidium und berieten weiter. (...) Sie berieten, berieten, berieten.“ (Georg Ledebour, *Die Revolution und die Anderen, Rote Fahne* 14.1.1920; Annelies Laschitzka meint, dass der Autor dieses Artikels Paul Levi sei: *Laschitzka, Die Liebknechts*, Berlin 2009, S. 427)

Eine scharfe Kritik hatte auch Rosa Luxemburg formuliert, die sich vor allem gegen die Untätigkeit der Führungen der Revolutionären Obleute und der USPD wandte. Sie drängte zu raschem Handeln und dringlichen Maßnahmen wie: „Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet!“ (*Illustrierte Geschichte*, S. 284).

Es war jedoch nur teilweise die Unfähigkeit der Führer zu entschlossenem Handeln, sondern vielmehr wohl die vorangegangene Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse, die jetzt die Entscheidungen lähmte. Die Entlassung des Berliner Polizei-

präsidenten wurde ebenso wie die Besetzung des *Vorwärts* im übrigen Reichsgebiet eher als lokaler Konflikt gewertet. Zwar gab es im ganzen Reichsgebiet Solidaritätsaktionen und Besetzungen von Zeitungsverlagen. Doch reichten diese begrenzten Aktionen nicht für einen revolutionären Sturz der Regierung. Die SPD hatte in Berlin zu einer „Demonstration gegen Spartakus“ aufgerufen, und auch die wurde eine Massenveranstaltung.

Die Offensive der Regierungstruppen begann am 8. Januar. Berliner Bahnhöfe, die Reichsdruckerei, der *Vorwärts* wurden erobert. Die Konterrevolution wütete entsetzlich. Wie schon in der Pariser Kommune, deren Vertretern allerhand Grausamkeiten angedichtet wurden, um die Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen, verhielt es sich in der Realität genau umgekehrt: „Die weiße Bestie war losgelassen, ungehemmt und ungezügelt tobte sie sich aus. Der Mord war freigegeben. Die Bourgeoisie hetzte zu ihm auf, und die Soldateska übte ihn aus tierischer Blutgier. Unschuldige, am Kampf Unbeteiligte fielen dem Rasen zum Opfer. Sanitäter wurden bei ihrem Hilfswerk mit Kolben niedergeschlagen und er-

Wie kam die bürgerliche Demokratie nach Deutschland?

Das Demokratieverständnis in Deutschland ist in weiten Teilen der Bevölkerung nicht von der Emanzipation des Menschen von obrigkeitstaatlichen Zwängen und der Beteiligung an der Gestaltung gesellschaftlichen Lebens geprägt, sondern von der Einhaltung vorgegebener Regeln, der Aufforderung an alle (auch die Zugewanderten), dies ebenso zu tun, und der Einforderung von Interessenvertretung und fairer Behandlung durch „die Politik“. Im Folgenden stellen wir in Stichworten dar, worin wir die geschichtlichen Wurzeln dieser Grundhaltung sehen.

- Die erste – frühbürgerliche – Revolution in Deutschland entwickelte sich im Zusammenhang mit kirchlicher Reformation und Bauernaufständen im 16. Jahrhundert. Die Höhepunkte waren der große Bauernkrieg 1525 und die Gemeinschaft der Täufer in Münster in den 1530er Jahren. Sie wurden von der

Feudalmacht blutig unterdrückt, was Deutschland endgültig im Zustand feudaler Zersplitterung in mehr als 300 Territorien hinterließ.

- Die bürgerliche Revolution von 1848 entsprach in ihrem Beginn den Bedürfnissen der Bourgeoisie nach nationalstaatlicher Einheit, Gewerbefreiheit und demokratischer Mitbestimmung. Die politische Schwäche des Bürgertums sowie die Furcht vor den ersten Regungen einer Arbeiterbewegung führten aber zur Unterwerfung unter die wiedererstarkte Reaktion gegen begrenzte parlamentarische Zugeständnisse in den Einzelstaaten.
- Im weiteren Verlauf wurden nationale Einheit und bürgerliche Demokratie getrennt. Bismarck als genialem Vertreter seiner Standesinteressen gelang es, die Reichsgründung von oben als Anpassung des preußischen Regimes an

die kapitalistische Realität seiner Zeit durchzusetzen. Das bürgerliche Parlament (Reichstag) hatte nur einen geringen Einfluss auf die Staatsgeschäfte im Kaiserreich.

- In der durch Revolution und Konterrevolution durchgesetzten Weimarer Republik hatte das Bürgertum erstmals die volle Verfügung über die Staatsgewalt, aufgeteilt zwischen dem Parlament (Reichstag) und dem „Ersatzmonarchen“ (Reichspräsident), der gegebenenfalls durch Notstandsmaßnahmen (Artikel 48) das Funktionieren bürgerlicher Demokratie aushebeln konnte. Die früheren Träger des Feudalregimes (ostelbische Großgrundbesitzer, kaiserliche Militärs) waren weiterhin präsent und mit Teilen der Bourgeoisie (Schwerindustrie) verbündet. Der Reaktion stand als Gegenpol die organisierte, aber politisch gespaltene Arbeiterbewegung gegenüber.

schossen.“ (*Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, S. 292)

Mit der Januarniederlage hatte die Revolution ihren Zenit überschritten. Aber allein der Rachedurst der Sieger sorgte dafür, dass die Verhältnisse nicht zur Ruhe kamen. Revolutionäre Vorstöße gab es immer noch. Es ging weiter mit der Bremer Räterepublik (10. Januar bis 4. Februar), Generalstreik in Berlin (März), im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Münchener Räterepublik (April), alles im Jahre 1919. Schon vorher hatte die Wahl vom 19. Januar zur Nationalversammlung die Kräfteverhältnisse in Zahlen gefasst: Die SPD erhielt reichsweit von insgesamt 421 Sitzen 163 (37,9 Prozent), die USPD 22 (7,6 Prozent). Die KPD hatte gemäß der Entscheidung auf dem Gründungsparteitag nicht teilgenommen. In Berlin sah es nicht ganz so ungünstig, aber ebenfalls deutlich aus: SPD 36,4 Prozent, USPD 27,6 Prozent.

Kritik der Januarkämpfe

Zu den Januarkämpfen findet sich eine interessante Einschätzung von Karl Radek (Vertreter der Bol-

schewiki und der im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale in Deutschland) in *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* auf Seite 282. Er schrieb am 9. Januar einen Brief an das Zentralkomitee der KPD, in dem er den Beschluss des Revolutionsausschusses vom 5./6. Januar, die politische Macht zu erobern, kritisierte: „In Ihrer Programmbroschüre ‚Was will der Spartakus-Bund?‘ erklären Sie, die Regierung erst dann übernehmen zu wollen, wenn Sie die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben. Dieser vollkommen richtige Standpunkt findet seine Erklärung in der einfachen Tatsache, dass die Arbeiterregierung ohne Massenorganisation der Arbeiterklasse undenkbar ist. Nun sind die einzig in Betracht kommenden Massenorganisationen, die Arbeiterräte, fast nur nominell vorhanden. Sie haben noch keine Kämpfe geführt, die Massenkräfte auslösen könnten. Und dementsprechend hat in ihnen nicht die Partei des Kampfes die Oberhand, sondern die Sozialpatrioten oder die Unabhängigen. In dieser Situation ist an die Machtergreifung des Proletariats gar nicht zu denken. Würde sie, die Regierung, durch einen Putsch in eure Hände fallen, sie würde in ein

paar Tagen von der Provinz abgeschnürt und erdrosselt werden.“

Natürlich ergibt sich sofort der Gedanke an die Situation der russischen Oktoberrevolution ein Jahr zuvor. Radek zog im selben Brief diesen Vergleich. Er schrieb: „Nichts verbietet einem Schwächeren, sich vor der Übermacht zurückzuziehen. Wir haben im Juli 1917, obwohl wir damals stärker waren als ihr jetzt, die Massen mit allen Kräften zurückgehalten, und als dies nicht gelang, sie durch rücksichtsloses Eingreifen aus einer bevorstehenden aussichtslosen Schlacht herausgezogen.“ Er argumentierte, dass die Bolschewiki im Oktober 1917 im Petrograder Sowjet die Mehrheit hatten, während die Spartakisten im Januar 1919 nichts hatten, nicht einmal eine handlungsfähige Organisation und eine Planung. Er empfahl deshalb eine Aufforderung an die Revolutionären Obleute, den Beschluss zurückzunehmen, den Kampf mit möglichst geringen Verlusten abzubrechen, eine Neuwahl der Arbeiterräte anzustreben. Sollte dies nicht angenommen werden oder nicht möglich sein, sei den Massen Klarheit über die Lage zu vermitteln, und das sei Aufgabe der kommunistischen Partei.

- Der Faschismus war eine bürgerliche Bewegung im Klasseninteresse des Kapitals. Er zerschlug die Arbeiterbewegung, stellte die „Volksgemeinschaft“ auf reaktionärer Basis her und führte den Krieg, dessen Hauptziel in der Vernichtung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung bestand.
- Nach der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Siegermächte begannen diese auf der jeweiligen Seite mit der Liquidierung der faschistischen Herrschafts- und Organisationsstrukturen, der „Umerziehung“ der Bevölkerung und dem Aufbau der neuen Gesellschaften in Deutschland. Formal setzten sie teilweise an deutschen Traditionen (z. B. Föderalismus) an, teils schufen sie – besonders zeitweise in Ostdeutschland mit den verordneten sozialistischen Grundlagen – völlig Neues.

- Die Wiederherstellung des gesamtdeutschen bürgerlichen Staates nach dem Untergang des sowjetisch geführten sozialistischen Lagers in Europa stärkte einerseits die traditionelle westliche Vorstellung der „Überlegenheit“ des bürgerlichen Demokratiemodells. Andererseits führte die kapitalistische Krisenhaftigkeit (Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/8, Migrationsbewegung, Klimawandel etc.) zu neuer Verunsicherung breiter Bevölkerungsteile.

Die bürgerliche Demokratie in Deutschland ist kein erkämpftes Eigengewächs des hiesigen Bürgertums, aber auch nicht einfach von außen aufgedrückt. Die bereitwillige Akzeptanz dieser vergleichsweise autoritären Bonner, dann Berliner Demokratie durch die große Mehrheit der Bevölkerung kommt aus der obrigkeitsstaatlichen Tradition, den geschichtlichen Erfahrungen mit den selbst verschuldeten Katastrophen der Weltkriege und der

stabilen wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung im westlichen Lager unter Führung der USA. Der aufkommende Rechtspopulismus ist gefährlich, aber noch kein Vorbote des Faschismus – dazu fehlt die Unterstützung relevanter Teile der Bourgeoisie, weil sie unter gegenwärtigen Bedingungen kein Interesse daran haben kann.

In *Arbeiterpolitik* 4/2018 haben wir dargelegt, dass und warum beim Fehlen einer kämpferisch orientierten Klassenbewegung auch Gewerkschaftsmitglieder in großer Zahl nach rechts gehen. Diese reaktionäre Strömung lässt sich nicht allein mit politisch richtigen Argumenten und antifaschistischen Appellen bekämpfen, sondern nur durch Klassenkämpfe und soziale Bewegungen, die ihre Themen zugunsten der Lohnarbeitenden, Erwerbslosen, MigrantInnen, RentnerInnen konsequent in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten rücken.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 203 Frühjahr 2017, 32 S.

- Neue Aufrüstung – Militarisierung internationaler Politik
- „Linksruck“ der SPD
- Das Irrlicht der sogenannten Wirtschaftsdemokratie
- Venezuela – US-Statthalter Guaidó
- Zu den Rosa Luxemburg-Seminaren der IG Metall
- Eine literarisch-politische Skizze über Jack London
- Kohei Saito: Natur gegen Kapital

Nr. 202 Winter 2018/2019, 36 S.

- Flucht und Migration – I
- Unsere Jahreskonferenz
- Flucht und Migration – II
- Türkei nach der Wahl
- Kann die SPD von Labour unter Corbyn lernen?
- 100 Jahre unvollendete Revolution
- Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler

Nr. 201 Herbst 2017, 38 S.

- Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien
- Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil
- Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“
- Bremen: Die Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung
- Die zionistische Kampagne gegen Corbyn

Nr. 200 Sommer 2017, 32 S.

- Zu internationalen Tendenzen
- Volksparteien in der Krise
- Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien
- Wie kann die AfD bekämpft werden?
- Bericht aus dem Vereinigten Königreich
- Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Die angesprochene Stelle im Gründungsprogramm der KPD (Spartakusbund) lautet: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes“ (Illustrierte Geschichte, S. 263).

Dieser Vergleich zweier Revolutionsverläufe und ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen gibt uns wichtige Hinweise zur Beurteilung der Voraussetzungen, des Verlaufs und der Ergebnisse der Novemberrevolution. Nach Radeks Auffassung hätte die Machtfrage nicht gestellt werden dürfen bzw. scheiterte im Endeffekt, weil die vom Spartakusbund selbst formulierte Grundbedingung, die Einigkeit der Arbeiterklasse „zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden“, nicht gegeben war. Das allgemein anerkannte große Ziel bestand in der Frage der Sozialisierung. Die konkreten Ansichten darüber waren allerdings sehr heterogen.

Das Dilemma der KPD

Schon kurz nach den Januar-kämpfen gab es Hinweise aus mehreren Richtungen, dass die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten von den regierenden Sozialdemokraten bewusst als Provokation geplant und durchgezogen worden war, um Spartakus ins offene Messer laufen zu lassen. Der Nachfolger Eichhorns, Eugen Ernst (SPD), gab dies in einem Interview mit der Zeitung der italienischen Sozialdemokraten, *Avanti*, triumphierend zum Besten: „Ein Erfolg der Spartakusleute war von vornherein ausgeschlossen, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum früheren Zuschlagen genötigt haben. Ihre Karten wurden früher aufgedeckt, als sie es wünschten, und wir waren daher in der Lage, ihnen entgegenzutreten.“ (deutsch in *Rote Fahne* vom 2. April 1919) Weitere Ausführungen in dieser Richtung finden sich in der *Illustrierten Geschichte ...* auf Seite 271 oder in Paul Frölichs Biografie *Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat*, in der es heißt: „Die Wahrheit ist, dass die Januarkämpfe von der Leitung der Konterrevolution

mit Umsicht und Entschlossenheit vorbereitet und mit Tücke herausgefordert worden sind. Sie entsprangen einem so teuflischen Plan, wie er in der modernen Geschichte ohne Beispiel war und erst in den politischen Künsten des Faschismus seinesgleichen gefunden hat.“ (Ausgabe Berlin 1990, S. 357) Ferner heißt es dort, „... dass alle diese Zeitungsbesetzungen unter Führung von Spitzeln der Berliner Kommandantur oder höchst zweifelhafter Elemente vollbracht wurden“ (S. 361).

Man sollte den Aspekt der „Provokation“ aber nicht zu hoch hängen, denn real steckt doch folgendes dahinter: Die Position des Polizeichefs in der Hauptstadt war in diesen bewegten Zeiten für die Regierung viel zu wichtig. Die Absetzung Eichhorns war nicht nur Provokation, sondern tatsächlicher Machtkampf. Umgekehrt konnte diese Maßnahme von den Spartakisten nicht hingenommen werden. Sie war aber von ihrer Dimension her nicht einschneidend genug, um eine wirksame Solidarisierung der Arbeiterbewegung im ganzen Reich hervorzurufen.

Das Dilemma der KPD wird auch in folgendem zeitgenössischen Zitat deutlich: „Der von Rosa Luxemburg geführten jungen Kommunistischen Partei erwuchs aus dieser Lage eine schwierige, konfliktreiche Aufgabe. Sie konnte das Ziel der Massenaktion – Sturz der Regierung – nicht zu dem ihren machen, sie musste es ablehnen, aber sie durfte gleichzeitig sich nicht von den Massen loslösen, die den Kampf aufgenommen hatten. Trotz des Gegensätzlichen musste sie bei den Massen, unter den Massen bleiben, um sie in ihrem Ringen mit der Gegenrevolution zu stärken, und den Prozess ihres revolutionären Reifens während der Aktion zu fördern, indem sie ihnen die Bedingungen ihres Vorstoßes zum Bewusstsein brachte. Zu diesem Zwecke musste die Kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht zeigen, ihre Wertung der Situation scharf umrissen herausarbeiten, ohne die proletarische, die revolutionäre Solidarität zu verletzen, die sie den Kämpfenden schuldete. Ihr Anteil an dem Kampfe musste also negativ-kritisch und positiv-vorwärtstreibend zugleich sein.“ (Clara Zetkin, *Um Rosa Luxemburgs Stellung zur Russischen Revolution*, Hamburg 1922, S. 84, in: Dies., *Ausgewählte Reden und Schriften*, Band II, Berlin/DDR 1960, S. 445 f.)



Unklare Vorstellungen von Sozialisierung

Der Sozialismus war die große Hoffnung der Massen in der Arbeiterklasse. Sie erhofften damit ein Ende von Ausbeutung, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Doch im Kaiserreich war noch viel vorkapitalistischer und vorbürgerlicher Ballast abzuräumen, vor allem die preußische Militärmonarchie und die Junkerherrschaft auf dem Lande, im Staatsapparat und im Militär (vgl. Abschnitt *Zur allgemeinen Lage in Deutschland*). Für die Arbeiterklasse bestand die gesellschaftliche Ausgrenzung vor allem in den Formen der kapitalistischen Ausbeutung der damaligen Zeit und den sich daraus ergebenden Lebensverhältnissen, den Repressionen gegen Streiks und gewerkschaftliche Organisation, der besonders scharfen Diskriminierung der Landarbeiter (Gesindeordnung), den Benachteiligungen im Bildungs- und Gesundheitssystem, den schlechten Wohnverhältnissen in den Arbeitersiedlungen usw.

Diese Zustände machten die Klassenunterschiede an der Oberfläche sehr viel deutlicher sicht- und fühlbar als heute. Für viele Arbeiter, gerade solche, denen es als Facharbeiter in gefragten Berufen schon besser ging, und für Angestellte mit ihren kleinen innerbetrieblichen „Privilegien“ er-

schien es daher schon erstrebenswert und als großer Erfolg, diese Überbleibsel der feudalen Ständeordnung und die Hohenzollernmonarchie zu stürzen, einzelne wichtige Fortschritte wie den Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften und das Frauenwahlrecht durchzusetzen und von ihren Vertretern im Rat der Volksbeauftragten das Versprechen zu bekommen: „*Die Sozialisierung marschiert!*“ Sie nahmen allzu bereitwillig hin, dass die Sozialisierung nicht auf einen Schlag kommen könne. Sie glaubten ferner den führenden Theoretikern der alten SPD, dass der Sozialismus nicht auf dem Boden einer vom Krieg zerrütteten Mangelwirtschaft errichtet werden könne, sondern dass erst einmal „*die Produktion in Gang gesetzt*“ werden müsse. So war ein Kampf um die Schaltstellen der Macht und die Enteignung der Kapitalisten (Marx: Expropriation der Expropriateure) von vornherein gehemmt, weil der einheitliche Wille und die politische Klarheit fehlten. Spartakusbund und andere kommunistische Gruppen befanden sich in einer klar unterlegenen Minderheit.

Von den regionalen Kämpfen um die Sozialisierung ist der im Ruhrgebiet im Januar/Februar 1919 der bedeutendste. Am 11. Januar wurden Büros des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats besetzt. Durch den Druck der streikenden Arbeiter wur-

de die Einrichtung der sogenannten Neunerkommission erzwungen, die die Sozialisierung des Ruhrbergbaus anpacken sollte. Sie bestand aus je drei Vertretern von SPD, USPD und KPD. In der Beurteilung der nachfolgenden Vorgänge gehen die Meinungen der Historiker auseinander. Auf der einen Seite wird in der Darstellung der Schwerpunkt auf die Chance gelegt, die vertan wurde (Klaus Gietinger, *November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 2018, S. 142f.). Die *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* (S. 316ff.) nimmt jedoch gerade auch diesen Konflikt als Beleg für die hinhaltende Taktik der Regierung, die Sozialisierung zu verhindern. Insbesondere die Wahl von Zechenräten (ohne Trennung von Arbeitern und Angestellten) und deren Ausstattung mit wirklich Befugnissen wurde abgelehnt, ebenso die Forderung nach Rückzug der einmarschbereiten Truppen des Freikorps' Watter. 180.000 Bergleute standen im Streik. Doch sogar die sozialdemokratische Gewerkschaft (der Bergbauverband) forderte nun militärisches Eingreifen. Freikorps- und reguläre Reichwehrtruppen schlugen den Streik in blutigen Kämpfen bis zum 22./23. Februar nieder. Auch dieses kämpferische Beispiel konnte – wie viele andere – die entscheidende Schwäche der sozialistischen Strömung in der

Revolution nicht aufheben: Es mangelte letztlich reichsweit an durchsetzungsfähiger Stärke, Geschlossenheit und koordinierter Organisation in Führungsfragen.

Die Spaltung der Arbeiterparteien

Die drei großen Richtungen der Arbeiterparteien in der Novemberrevolution kristallisierten sich schon während des Krieges heraus: SPD (Mehrheitssozialdemokratie), USPD (die Unabhängigen), KPD (Spartakusbund). SPD und USPD bildeten gemeinsam den ersten Rat der Volksbeauftragten als vorläufige „Revolutionsregierung“, bis der Verlauf der Ereignisse die „unentschlossen schwankenden“ Unabhängigen zwang, den Ebert-Noske-Leuten die Drecksarbeit der Konterrevolution allein zu überlassen. Auf die Frage, warum die rebellierende Arbeiterschaft solche Leute in der Führung duldet, die sie in den viereinhalb Jahren des Krieges schon betrogen hatten, sind wir schon teilweise eingegangen: Es waren die in den verschiedenen Schichten des Proletariats real vorhandenen (Teil-) Interessen, die eine einheitliche Willensbildung verhindert hatten. Hinzu kam am Ende des Massenmordens auf den Schlachtfeldern der dringende Wunsch, dass endlich Schluss ge-

macht würde, (fast) egal wie. Doch die Hoffnungen des Teils der Arbeiterklasse, der auf die alte SPD gesetzt hatte, mussten enttäuscht werden. Den Ebert-Noske-Leuten gelang es, die demokratischen Illusionen auf sich selbst zu lenken, obwohl es ihnen nur darum ging, das System zu erhalten und so wenig wie möglich davon zu opfern. Heraus kam eine bürgerliche Verfassung mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und einem starken Reichspräsidenten als Ersatzmonarchen, der im Bedarfsfall für „Ruhe und Ordnung“ sorgen konnte. Der erste war der Sozialdemokrat Ebert, der zweite der kaiserliche General Hindenburg, der später die Gallionsfigur abgab für die Machtübergabe an den NS-Faschismus, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die umfassende Diktatur und die Kriegsvorbereitung.

Gegenüber der klaren konterrevolutionären Einstellung und Funktionsweise der SPD sowie den Halbheiten der Unabhängigen der USPD, aber auch den Intrigen und Rankämpfen in dieser Partei, vertraten allein der Spartakusbund und einige andere kleine Gruppen eine revolutionäre Linie. Aber diese litt unter Beschränkungen und Hemmnissen, die in der kurzen Zeit nicht aufzuheben waren: der geringen Zahl und Organisationskraft, der mangelnden Erfahrung, auch Tatkraft, und der Ermordung ihrer wichtigsten Führungspersönlichkeiten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar, am 10. März auch Leo Jogiches.

rungen dazu bietet unsere Broschüre *Weißer Flecken*).

Der qualitative Unterschied liegt zunächst und vor allem in der gesellschaftlichen Entwicklung. Der Kapitalismus war in Russland landesweit kaum entwickelt, die Landwirtschaft nach einigen Reformversuchen steckengeblieben, so dass es nicht zur Ausbildung einer breiten bäuerlichen Mittelschicht wie in Westeuropa kam. Die armen Bauern stellten aber die große Masse der Bevölkerung. Die Arbeiterklasse war hochkonzentriert, aber gesellschaftlich derart marginalisiert und ausgegrenzt, dass reformistische Positionen sich nicht entfalten konnten. Zwar hatte die Bourgeoisie in der ersten Revolution 1905 einen Klassenkompromiss mit dem Feudalregime gesucht, doch eine Grundlage dafür war kaum vorhanden. Die bolschewistische Partei hatte hier beste Voraussetzungen, mit radikalen Forderungen, die systemsprengenden, aber vorerst noch nicht sozialistischen Charakter hatten, Massen zu mobilisieren. In Russland hatten Adel und Bürgertum dem Bündnis von Arbeitern und Bauern nichts entgegenzusetzen. Die Weiterführung des Krieges und die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse wie im Westen war unmöglich. Die objektiven Bedingungen und die Politik der Kerenski-Regierung erzwangen den Sturz des Regimes, die Bolschewiki führten ihn durch.

In Deutschland dagegen war die Bourgeoisie ökonomisch so stark, dass sie das durch den Krieg endgültig diskreditierte Feudalregime in der Herrschaft ablösen konnte. Die Lage in der Arbeiterbewegung, insbesondere die Rolle der SPD, war für sie günstig. Zwar entstand auch die deutsche Revolution aus Forderungen nach Frieden und führte zur Konfrontation zwischen Proletariat und Bourgeoisie (die Bauern sind hier zu vernachlässigen: In der Novemberrevolution spielten sie keine besondere Rolle). Aber anders als die russischen Menschewiki hatte die SPD eine starke Stellung, die sie nutzte, um ihre Vorstellung eines demokratisch gebändigten Kapitalismus umzusetzen. Dabei trat sie nach außen durchaus revolutionär auf, so dass es den Linken in der USPD und Spartakus in der Kürze der Zeit nicht gelingen konnte, der alten Partei ihre Anhängerschaft und ihren organisatorischen Vorsprung abzunehmen.

Anzeige

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Zwei Revolutionen im Vergleich

Der Ausgang der russischen Revolution 1917 einerseits, der deutschen 1919 andererseits fordert zum Vergleich heraus. Es gab ja oberflächliche Parallelen wie die Arbeiterräte, den Streit um die Konstituante/Nationalversammlung, die Rollen von Kerenski/Ebert, von Lenin/Liebknecht. Doch die Ergebnisse waren gegensätzlich – die russische Revolution führte zum Aufbau des Sozialismus, die deutsche zum bürgerlich-parlamentarischen Regime im Kapitalismus. Wir beschränken uns hier auf Stichworte, weil eine genauere Darstellung der Oktoberrevolution an dieser Stelle unseren Rahmen sprengen würde (Ausfüh-



In der unmittelbaren Revolutionszeit (also bis zu den Januarkämpfen) blieb Spartakus bzw. die KPD zahlenmäßig eine Sekte („50 in Berlin und im Reich ein paar tausend“, Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt 1976, S. 129), in der Gründungsphase zudem unterhalb der Führungsgruppe noch ein „wirrer Haufen“, der die Orientierung noch suchte. Von dem Postulat, dass Spartakus nur „durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland“ die Macht übernehmen werde, war sie in der Realität weit entfernt.

Ebert, Noske und der ganze SPD-Vorstand machten sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse. Die Ursachen des Scheiterns der Revolution liegen nicht einfach in den Personen der SPD-Führung. Die objektiven ökonomischen Verhältnisse zwangen noch nicht zu einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Das Entwicklungspotenzial des Kapitalismus war noch nicht ausgeschöpft.

Die Novemberrevolution in der Gesamteinschätzung

Die Novemberrevolution hatte einen Doppelcharakter als von der Arbeiterklasse begonnene, bürger-

lich beendete Revolution. Im Resümee der *Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution* (S. 511) steht folgende interessante Einschätzung: „Die Schaffung und Festigung der bürgerlichen Republik war also das vorläufige Ergebnis der deutschen Revolution. Was frühere bürgerliche Revolutionen im ersten kühnen Ansturm gegen den Absolutismus durchsetzten – die volle Inbesitznahme und Beherrschung des Staatsapparates – erreichte das deutsche Bürgertum erst als Konterrevolution.“ Das Ergebnis war also die „Schaffung und Festigung der bürgerlichen Republik“. Es wurde im weiteren historischen Verlauf nicht mehr in Frage gestellt durch die Rückkehr zu Hohenzollernmonarchie und Junkerregime – die landeten auf dem Müllhaufen der Geschichte. Damit hatte sich die bürgerliche Demokratie erstmals in Deutschland – jedoch nicht dauerhaft – etabliert (s. Kasten S. 36-37).

Das Proletariat hat also zunächst seine eigene Revolution begonnen. Es hat sie aber nicht vorangetrieben, sondern ist auf halber Strecke stehen geblieben, nachdem es die politische Macht schon fast in den Händen gehabt hatte. Die Arbeiterräte wurden spontan, heterogen, teils chaotisch, teils von oben organisiert. Sie fühlten sich meist als Sachwalter einer Revolution, die sie kaum verstanden. Sie

durchschauten nicht das Spiel, das SPD und Teile der USPD mit ihnen trieben, längst bevor sie die Macht an die bürgerliche Nationalversammlung abgaben.

Damit erhielt die bürgerliche Konterrevolution im Bündnis mit rechter Sozialdemokratie und junkerlich geprägtem Militär die Möglichkeiten, die sie konsequent nutzte. Sie stellte die Kommandogewalt der Offiziere wieder her, sicherte sich das Gewaltmonopol und unterdrückte rigoros die Bildung roter Garden. Allein für die Zeit von November 1918 bis Mitte 1920 wird von mindestens 5000 Toten durch die Konterrevolution unter Mitverantwortung der SPD-Führung ausgegangen. Die Gewalt setzte sich fort in den Konflikten der Weimarer Republik (Kapp-Putsch, Hitler-Putsch etc.) und wurde zu einem entscheidenden Geburtshelfer des Faschismus.

Das andere zentrale Ergebnis der Revolution ist die Verselbständigung der kommunistischen Bewegung in Deutschland durch Gründung der KPD. Deren weitere Entwicklung durch die Geschichte der Weimarer Zeit, des Faschismus und der Nachkriegszeit bis heute zu würdigen, kann aber nur besonderen Artikeln vorbehalten bleiben.

Anzeige

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

Unsere Solidarität gegen ihre Repression! info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für

alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

**Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen**

**IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE**

**Schwerpunkt 2/2019: Oury Jalloh – das war Mord!
Vertuschung, Widerstand, Repression**

**DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression**

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

**Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

BAYER

Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname	Alter
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
eMail	Telefon	

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradiakalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

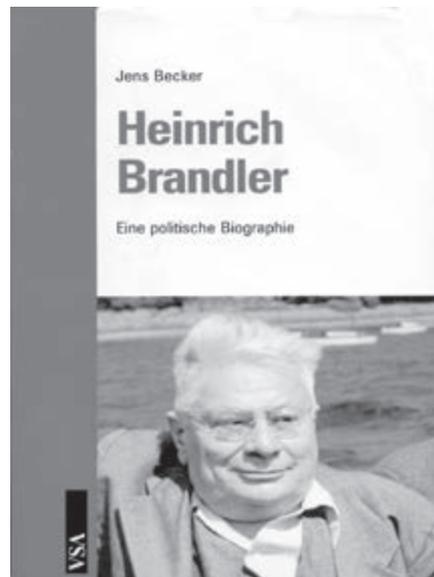
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der

Gruppe Arbeiterstimme



510 Seiten, Paperback,

20,- €

ISBN 3-87975-767-4

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern,“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



624 Seiten, Paperback,

20,- €

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org